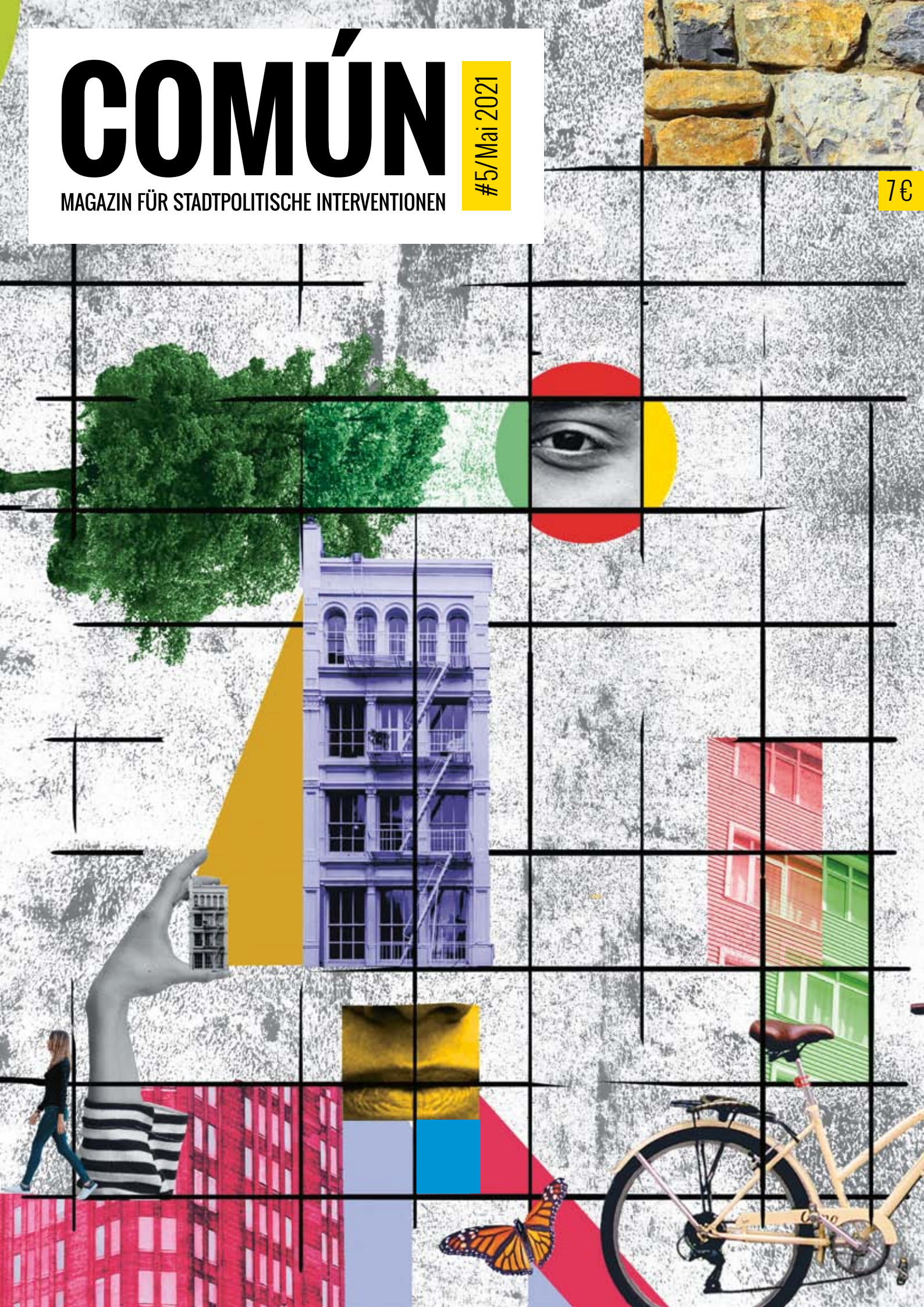
COMÚN

MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

#5/Mai 2021

7€



EDITORIAL

Wut, Fassungslosigkeit und Empörung am Vormittag des 15. April: Das Bundesverfassungsgericht hatte den Berliner Mietendeckel für nichtig erklärt. Smells like Niederlage. Der Mietendeckel war ja ein Resultat von massiven Kämpfen der Mieter*innenbewegung. Nun drohen unzähligen Mieter*innen enorme Mietnachzahlungen. Am Abend des Urteilstags: Bundesweit Proteste und Kundgebungen, allein in Berlin demonstrierten ca. 20.000 Menschen. Die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« mobilisierte mit: „Jetzt erst recht!" Zwei Tage später melden die Aktivist*innen via Twitter einen enormen Zuwachs an Mitstreiter*innen. Jetzt, wo der Mietendeckel gekippt wurde, gibt es auch faktisch keine Alternative zur Enteignungsforderung mehr. Die Kampagne gewinnt durch das folgenreiche Urteil an Auftrieb. Smells like Widerstand.

Mieten- und stadtpolitische Bewegungen erfahren – wie auch andere Soziale Bewegungen – Rückschläge, weil sie es mit mächtigen Gegner*innen zu tun haben. Dazwischen erzielen sie Etappenerfolge und sie wirken langfristig, weil sie scheinbare Alternativlosigkeit und die vermeintlich steinernen Verhältnissen weiter bröckeln lassen.

Für solche Erfolge braucht es die Sichtbarmachung und eine gelebte Praxis von Alternativen – und natürlich: Organisierung. In Común #5 finden sich wieder dafür wieder vielfältige Beispiele: Besetzen gegen Wohnungslosigkeit und Schaffen von Freiräumen, um Stadt zu verändern, Strategien für eine erfolgreiche Mieter*innenorganisierung und kooperative Stadtplanung, Widerstand gegen ein Investoren-Megaprojekt und strategisch schlaue Verhandlungen mit Politik und Verwaltung – all diese und viele weitere Praxen „von unten" rütteln an er der „Normalität" von Profitorientierung, Konkurrenz und Sachzwängen. Gerade angesichts der Corona-Krise wird immer stärker (auch in diesem Heft) die Frage gestellt: Wann, wenn nicht jetzt, soll denn eine gerechte Gesundheitsversorgung, sollen Perspektiven einer Postwachstumsstadt öffentlich verhandelt werden?

Die Beiträge (u.a. aus Köln, Frankfurt/Main, Leipzig, Genua und New Orleans) in unserem Schwerpunkt „Umkämpftes Erinnern in den Städten" zeigen, wie wichtig es ist, scheinbar in Stein gemeißeltes – im Wortsinne – zu zerstören und Neues zu schaffen.

Die Erinnerungskultur, um die es hier geht, macht Unrecht und Widerstand sichtbar und fordert Konsequenzen. Die rassistischen Kontinuitäten sind allgegenwärtig, die Ursachen des begangenen Unrechts sind institutionell verankert. Es gilt sie zu bekämpfen.

Wie immer: Ein dickes Dankeschön an alle, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben!

Viele Spaß beim Lesen, die Redaktion

▸ **Illustration Umschlag:** © Lena-Marie Fisch
Instagram: krims_krams123

INHALT

WIR SO - IHR SO

04 **Die stadtpolitische Vorstellungsrunde #4**

PORTRÄT

06 **Brutalismus sozial**
Die französische Architektin und Stadtplanerin Renée Gailhoustet

MIETER*INNENORGANISIERUNG

08 **Diverse Kerngruppen statt Organic Leaders als Schlüssel zum Erfolg?**
Erfahrungen aus dem Organizing von Deutsche-Wohnen-Mieter*innen in Berlin

11 **Basisarbeit mit utopischem Überschuss**
Das erfolgreiche Netzwerk der LEG-Mieter*innen-Initiative in Münster

12 **Gemeinsam für eine andere Wohnungspolitik!**
Warum eine Kooperation von Mieter*innenvereinen und Mieter*innenbewegung notwendig ist

BILDSERIE

14 **Pithead**
Eine Bildserie von Fatih Kurceren

SCHWERPUNKT: DENKMÄLER STÜRZEN, DENKMÄLER BAUEN
UMKÄMPFTES ERINNERN IN DEN STÄDTEN

19 **Erinnerung im öffentlichen Raum**
Zwischen zementierten Verhältnissen und Aufbruch in die Zukunft

22 **Das Klapperfeld in Frankfurt**
Von einem politischen Gefängnis zu einem Ort des Gedenkens und Aktivismus

24 **Eine wiederentdeckte Seite des Widerstands**
Im »Museo della Resistenza Europea« in Genua bewahren Ehrenamtliche antifaschistische Geschichte

26 **„Ein Bild einer Gesellschaft, für die Migration integraler Bestandteil des Zusammenlebens ist“**
Interview mit Gesine Schütt und Daniel Poštrak von der Initiative »Herkesin Meydanı – Platz für Alle« zum geplanten Mahnmal in der Kölner Keupstraße

28 **Baustelle Zoo**
Im Leipziger Zoo gibt es keine Erinnerungskultur an die koloniale Vergangenheit

30 **Das Monster von New Orleans**
Taktischer Urbanismus gegen rassistische Highways

STÄDTE & BEWEGUNG

33 **Hotels für Alle**
Während der Coronapandemie fordern Initiativen, leerstehende Hotels für wohnungslose Menschen bereit zu stellen

34 **Selbstbestimmtes Leben in der Besetzung**
Das Projekt »Obdachlose mit Zukunft« hat sich in Köln ein Haus erkämpft. In Zeiten der Pandemie ein Zufluchtsort.

36 **Perspektivwechsel Stadt**
Eine Militante Untersuchung in Dresdens größter Großraumsiedlung Gorbitz

38 **Zurück in die Gegenwart**
In Duisburg eröffnet das selbstverwaltete Soziokulturelle Zentrum »Stapeltor«

39 **SÖZ bedeutet Versprochen**
Ein sozial-ökologisches Zentrum als Werkstatt für eine Stadt von Unten in Dortmund

40 **Ein Symbol**
Der Kampf um das RAW-Gelände in Potsdam

41 **Damit uns das Geld nicht stiften geht**
Das Mietshäuser Syndikat gründet eine Stiftung

HINTERGRUND

42 **Postwachstumsstadt**
Gegenentwürfe zusammenbringen – Ein Interview mit dem Aktivisten und Wissenschaftler Anton Brokow-Loga

44 **Gerechte Gesundheitsversorgung vor Ort**
Ein Interview mit Nadja Rakowitz und Peter Hoffmann vom »verein demokratischer ärztinnen und ärzte« (vdää)

46 **Bitte gut durchrühren!**
Warum Kontroversen um die „soziale Mischung“ in Stadtvierteln das Problem verfehlen

48 **Modellprojekt Rathausblock**
Community-Design als Praxis kooperativer Stadtentwicklung?

INTERNATIONAL

51 **Das Recht auf Stadt im Land der Straflosigkeit**
Im Hafen Beiruts wird nicht nur der Wiederaufbau, sondern die Geschichte des Libanon verhandelt

TOOLBOX

54 **Kooperation mit institutionellen Akteur*innen**
Taktiken für stadtpolitische Kollektive zum konstruktiven Umgang mit Behörden, Politik und Institutionen

REZENSIONEN

56 **Konflikte gestalten**
Widersprüche aushalten für eine demokratische Architektur und Stadtplanung

57 **Queerfeministische Perspektiven in fernen Galaxien**
Wie Science Fiktion unseren emanzipatorischen Forderungen eine Architektur zur Verfügung stellt

58 **Infrastrukturen der Solidarität**
Wie die Stadt in Auflehnung gegen den Nationalstaat ein Zufluchtsort für alle sein kann, zeigt der Band „Die Stadt als Stätte der Solidarität“

59 IMPRESSUM

Dear COMÚNity, we need your money! Común ist nur möglich durch den Verkauf und eine zusätzliche solidarische Finanzierung. Común braucht eure Unterstützung, damit es weitergehen kann! Wenn ihr Común fördern wollt, überweist eure Spende an: Urbane Intervention e.V., IBAN: DE89 4306 0967 1108 2700 00 (GLS Bank), Verwendungszweck: Spende

WIR SO – IHR SO

Die stadtpolitische Vorstellungsrunde #4

ST. PAULI CODE JETZT!

WER IHR SEID IN 200 WORTEN

Die Initiative »St. Pauli Code jetzt!« hat sich im September 2019 gegründet. Hintergrund ist der geplante Neubau eines massiven sechsstöckigen Bürokomplexes, der im Hamburger Stadtteil St. Pauli äußerst umstritten ist. Das privat entwickelte, als »Paulihaus« bezeichnete, Projekt wird von den Firmen »steg«, »Hamburg Team«, »Pahnke Markenmacherei« und »Argus« vorangetrieben. Pikant daran ist, dass hinter der Werbefirma »Pahnke« der Berliner Multimilliardär Axel Oberwellland steckt und als Hauptanteilseigner am Paulihaus Wirtschaftsförderung von der Stadt Hamburg erhält.

In der Initiative haben sich Gewerbetreibende und Nachbar-*innen zusammengeschlossen und fordern den sofortigen Stopp der Planungen und einen ergebnisoffenen Dialog unter echter Beteiligung der Öffentlichkeit. Die Initiative fragt nach, deckt auf, sammelt Unterschriften, führt Infoveranstaltungen durch, plant Aktionen, entwickelt eine eigene Nachrichtensendung und bringt vor allem Licht in die dunklen Machenschaften rund um die Planungen zum »Paulihaus«.

Mit ihrem Namen bezieht sie sich auf den »St. Pauli Code«: das Ergebnis der erfolgreichen und breiten Beteiligung des Stadtteils an der Neubauplanung des »Esso-Häuser«-Areals. Schon lange geht es bei den Aktiven der Initiative »St. Pauli Code jetzt!« nicht mehr nur um dieses konkrete Grundstück. Es geht um Stadtentwicklung generell, es geht um Demokratie und Mitbestimmung, es geht darum, wie sich Stadtteile entwickeln und wer darin was entscheiden darf und vor allem wessen Interessen beachtet werden.

Euer politisches Anliegen in einem Demo-Slogan zusammengefasst: Finger weg vom Pferdemarkt – unser Viertel, das bleibt stark!

Vervollständigt bitte: „Ein anderes St. Pauli ist möglich, wenn… endlich der Stadtteil an den Entscheidungen beteiligt werden würde."

▸ **Mehr Infos**
▹ stpaulicode.de ▹ facebook.com/Paulihaus ▹ twitter.com/StPauliCode
▹ youtube.com/c/StPauliselbermachen
▸ **Foto:** © Sebastian Linke Photography

WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN…

…Abwehrkämpfe führen oder für eigene Visionen streiten?

Unser Engagement begann mit einem Abwehrkampf, nämlich einem lauten Nein zum »Paulihaus«. Und es geht uns darum, die Vielfalt des Stadtteils zu erhalten und weiter zu entwickeln und dass dabei alle gehört werden.

…kreative Aktionsformen oder klassischer Protest?

Wir können auch klassischen Protest, ob Unterschriften sammeln oder Kundgebungen und Demos veranstalten. Aber wir entwickeln dabei neue Formen, von einem eigenen YouTube-Nachrichtenformat über die Social-Media-Kampagne „Legt der Knoppersbande das Handwerk" bis zur Demonstration umgesetzt als „Walk of Shame".

…eher mit oder eher gegen die Politik?

Leider sieht die Realität so aus, dass wir gegen die herrschende (Parteien-)Politik aktiv sein müssen. Der St. Pauli Code bei der Neubauplanung des »Esso-Häuser«-Areals hat gezeigt, dass eine echte Beteiligung des Stadtteils möglich ist. Dies hat die Politik im Falle der Planung zum »Paulihaus« scheinbar wieder komplett vergessen.

…Fester Kreis oder wachsendes Bündnis?

Wir sind ein fester Kreis von Aktiven und offen für neue Mitstreiter*innen, vernetzen uns aber immer weiter mit den anderen Aktiven und Initiativen im Stadtteil und darüber hinaus.

…solidarische Unterstützung oder politische Organisierung?

In und mit der Initiative organisieren sich Leute aus dem Stadtteil, um dafür zu kämpfen, dass der Stadtteil nicht den Investoren überlassen wird.

…von der Politik einfordern oder Selbermachen?

Mit dem Slogan „St. Pauli Code jetzt!" geht es darum, von der Politik einzufordern, dass der Stadtteil selber machen kann.

…Realpolitik oder Utopie?

Um Realpolitik zu machen, braucht es immer auch eine Utopie. Die der freien Stadt der Zukunft.

RECHT AUF STADT AACHEN

WER IHR SEID IN 200 WORTEN

»Recht auf Stadt Aachen« hat sich 2015 gegründet. Anlass war der Bau eines Shopping-Centers in der Aachener Innenstadt, für das viel bezahlbarer Wohnraum abgerissen wurde. Seitdem versuchen wir in Aachen auf das Thema Wohnungsnot und die Ideen vom Recht auf Stadt aufmerksam zu machen. Dafür haben wir viel ausprobiert und uns an vielen Stellen engagiert.

Wir haben gemeinsam mit lokalen Initiativen gegen profitorientierte Bauprojekte mobilisiert, uns für unabhängige Kultur eingesetzt und Räume mitgestaltet. Mit Demos, Kundgebungen und über Social Media mischen wir uns kritisch in die Lokalpolitik ein und arbeiten regelmäßig mit feministischen, antirassistischen und Klima-Gruppen zusammen. Ein Ergebnis davon ist eine lokale linke Kollektiv-Zeitung.

Mittlerweile sind wir auch im bundesweiten Aktionsbündnis aktiv und freuen uns, dass gerade so viel in Bewegung ist, sei es die Idee einer Mieter*innen-Gewerkschaft oder die Kampagne für einen Mietenstopp.

Intern haben wir uns zuletzt stärker inhaltlich mit der Beteiligung und Organisierung von Mieter*innen auseinandergesetzt und Vorbereitungen getroffen, um diese Ideen umzusetzen. Um Außenstehenden den Einstieg zu erleichtern, haben wir auf unserer Website umfangreiche Infos über die Recht auf Stadt-Bewegung, Strategien gegen Wohnungsnot und die Situation in Aachen zusammengetragen. Die nächsten Aktionen wollen wir dann dazu nutzen, wieder von der Theorie zur Praxis zu kommen.

Euer politisches Anliegen in einem Demo-Slogan zusammengefasst: Die Stadt für alle, von allen!

Vervollständigt bitte: „Eine anderes Aachen ist möglich, wenn... soziale und gewerkschaftliche Bewegungen es durch Organisierung schaffen, dass sich in den Nachbarschaften solidarische Netzwerke und Eigendynamik entwickeln, bis hin zur Selbstverwaltung."

▸ **Mehr Infos & Kontakt**
▹ rechtaufstadt-aachen.de ▹ rechtaufstadt_ac@riseup.net
▸ **Foto:** Recht auf Stadt Aachen

WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

...Abwehrkämpfe führen oder für eigene Visionen streiten?

Immer für die eigene Vision streiten. Aber erst, wenn genügend Menschen bei den anstehenden Abwehrkämpfen gegen Wohnungsnot mitmachen, wird auch die Vision einer solidarischen Stadt greifbar.

...kreative Aktionsformen oder klassischer Protest?

Vieles ausprobiert. Von klassischem Protest über Planbuden bei Straßenfesten bis zu kritischen Stadtführungen oder Videos zum Thema „Enteignung".

...eher mit oder eher gegen die Politik?

Grundsätzlich halten wir uns an die Erkenntnis, dass wirkliche Veränderung nur von unten kommen kann. Trotzdem haben wir viele Möglichkeiten genutzt mit der Lokalpolitik ins Gespräch zu kommen – leider ohne Ergebnis.

...Fester Kreis oder wachsendes Bündnis?

Seit der Gründung unserer Gruppe haben wir in sehr unterschiedlichen Konstellationen gearbeitet. Die Hauptarbeit wird jedoch von einem kleinen festen Kern getragen.

...solidarische Unterstützung oder politische Organisierung?

Bisher vor allem politische Organisierung. Solidarische Unterstützung und Vernetzung von Mieter*innen findet nur im privaten Rahmen statt. Dies soll sich jedoch bald ändern.

...von der Politik einfordern oder Selbermachen?

Wenn Politik das ist, wo Entscheidungen getroffen werden, dann natürlich dort Gerechtigkeit einfordern. Aber den Druck, um unsere Forderungen durchzusetzen, müssen wir schon selbst machen.

...Realpolitik oder Utopie?

Es braucht realpolitische Forderungen auf dem Weg zur Utopie. Schließlich stehen wir an der Schwelle zwischen Klimawandel und einem urbanisierten Planeten, aufgeteilt in elitäre Smart Citys und Slums. Nur wenn wir als soziale Bewegungen es schon heute schaffen, die Städte zu verändern, ist eine Utopie denkbar.

BRUTALISMUS SOZIAL

Die französische Architektin und Stadtplanerin Renée Gailhoustet

RAINER MIDLASZEWSKI

Im spitzen Winkel ragen Balkone und Dachterrassen aus dem Gebäudekomplex heraus. Der Sichtbeton ist inzwischen grau geworden aber die Vegetation darauf und dazwischen wuchert sich zu üppigen hängenden Gärten aus. Asymetrische Grundrisse und großzügige Fensterflächen geben den Wohnungen eine Art Loft-Charakter. Kaum zu glauben, dass es sich hier um sozialen Wohnungsbau handelt. Die Gebäudekomplexe »Ensemble Voltaire«, »Le Liégat« und »Marat« stehen in der Pariser Vorstadt Ivry-sur-Seine. Gebaut wurden sie im Zeitraum Mitte der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre. Ihre Architektin Renée Gailhoustet wohnt noch heute in einer dieser Apartments mit Dachterrasse. Sie ist jetzt 91 Jahre alt.

Sehr früh erkannte sie, dass den brutalistischen Wohnregalen der Nachkriegsmoderne andere Modelle eines urbanen Wohnens folgen müssen. Ihre Leitidee, das Private und das Gemeinschaftliche zu vermischen und damit eine soziale Nachbarschaft zu initiieren, verwirklichte sie im Rahmen verschiedener städtebaulicher Projekte. Sie kombinierte sozialen Wohnungsbau mit Schulen, Kindertagesstätten, Bibliotheken, Gemeinschaftsräumen und Einkaufsmöglichkeiten in einem Gebäude.

Die Bevölkerung der Gemeinde Ivry-sur-Seine, etwa sieben Kilometer südöstlich des Pariser Zentrums gelegen, wuchs mit dem Ende des französischen Kollonialismus durch Einwanderung aus Algerien und Marokko Anfang der 1960er Jahre stark an. Es wurden Wohnungen gebraucht. Unterstützt von der kommunistischen Stadtregierung entstanden im Rahmen eines öffentlich finanzierten Stadterneuerungsprogramms über einen Zeitraum von rund 30 Jahren Wohnungen und öffentliche Einrichtungen, die von einem Architekt*innen-Team realisiert wurden, in dem Renée Gailhoustet nicht nur eine Leitungsfunktion übernahm sondern auch eine der kreativsten Köpfe war. Ihre originellen und integrativen Architekturkonzepte waren eine bewusste Abkehr von der funktionsgetrennten Stadt, die mit der »Charta von Athen« als städtebauliches Leitbild entwickelt worden war und an anderen Orten die Nachkriegsmoderne in Form monströser Schlafstädte prägte. Renée Gailhoustet verstand die Stadt hingegen als ein durchmischtes Gewebe, das unterschiedliche Funktionen kombiniert.

RENÉE GAILHOUSTET VERSTAND DIE STADT ALS EIN DURCHMISCHTES GEWEBE, DAS UNTERSCHIEDLICHE FUNKTIONEN KOMBINIERT.

So entstanden ihre Terrassenhäuser, die wie eine begrünte Felsenlandschaft wirken, zwar als brutalistische Komposition in Sichtbeton, im Inneren jedoch als soziales Gegenbild zu den Wohnkonzepten der Nachkriegsmoderne. Während an anderen Orten in Europa viele Gebäude dieser Epoche längst abgerissen wurden, sind die Wohnungen, beispielsweise im Ensemble »Le Liégat«, immer noch sehr begehrt. Eine 120-Quadratmeter große Wohnung mit 80 Quadratmeter begrünter Dachterrasse kostet 800 Euro Miete im Monat. An der Sozialbindung hat sich nichts geändert und der Bürgermeister der Stadt Ivry-sur-Seine wird auch heute noch von der kommunistischen PCF (»Parti communiste français«) gestellt.

Renée Gailhoustet war als junge Frau Aktivistin der Kommunistischen Jugend und hatte zunächst Philosophie studiert, bevor sie sich der Architektur zuwand und ihr Studium 1961 abschloss. Diese Disziplin wurde in den 1950er und 1960er Jahren überwiegend von Männern bestimmt. Architektinnen gab es kaum. Renée Gailhoustet war nicht nur als kreative Architektin, sondern auch als eine der wenigen Frauen in diesem Feld eine herausragende Persönlichkeit.

Das Stadterneuerungsprogramm in Ivry-sur-Seine bot ihr einen vom sozialpolitischen Aufbruch der 1968er Bewegung inspirierten Experimentierraum. Sie holte den Architekten Jean Renaudie in ihr Team, der ihr Partner, Liebhaber und Vater ihrer beiden Kinder wurde. Viele ihrer gemeinsamen Projekte wurden jedoch unter dem Namen Jean Renaudies realisiert. Während sie die Kinder versorgte und im Hintergrund die Projekte weiterentwickelte, repräsentierte er diese nach außen.

Heute gilt Renée Gailhoustet als eine der bedeutendsten Architektinnen ihrer Zeit und wird international wahrgenommen. 2019 wurde sie mit dem Großen Kunstpreis Berlin für ihr Lebenswerk ausgezeichnet.

Mit der neoliberalen Wende ab Anfang der 1980er Jahre und dem Rückzug des Staates aus dem öffentlichen Bauen kamen auch die innovativen Bauexperimente in Ivry-sur-Seine an ihr Ende. Noch heute, rund 40 Jahre später, gelten sie als modellhaft für soziales Wohnen und eine positive Urbanität der Vorstadt.

▸ **Rainer Midlaszewski** ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion.

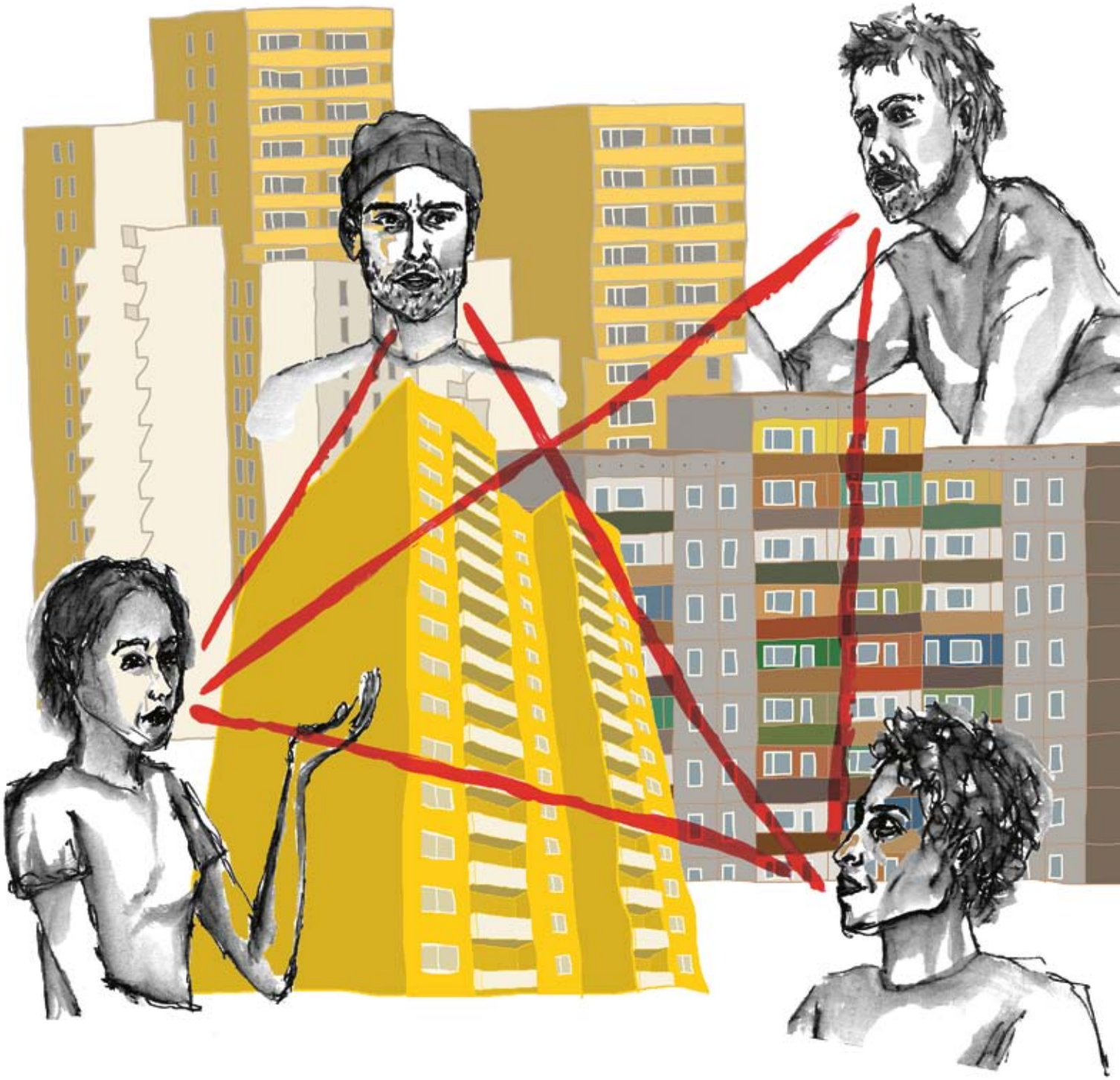
▸ **Weiterlesen:** ARCH+ – Zeitschrift für Architektur und Urbanismus, Nr. 231, 2018, The Property Issue – Von der Bodenfrage und neuen Gemeingütern

▸ **Illustration:** Rainer Midlaszewski unter Verwendung eines Fotos von Guilhem Vellut (CC BY 2.0)

DIVERSE KERNGRUPPEN STATT ORGANIC LEADERS ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG?

Erfahrungen aus dem Organizing von Deutsche-Wohnen-Mieter*innen in Berlin

HANNES STROBEL



Bundesweit kämpfen immer mehr Mieter*innen gegen steigende Mieten und Verdrängung. Erfolgreich ist dieser Widerstand vor allem dann, wenn sich Mieter*innen zusammentun und sich gemeinschaftlich wehren. Dieser Organisierungsprozess wird immer häufiger von außen durch stadtpolitische Aktivist*innen angestoßen, die nicht selbst in den betroffenen Häusern wohnen. Diese stützen sich dabei auf Methoden des Organizing, das ursprünglich aus den USA kommt. Organizing steht dabei für das erlernbare Handwerk, Menschen zu organisieren, damit diese sich für ihre Interessen einsetzen können. In »Común« werden regelmäßig solche Organizing-Erfahrungen reflektiert, etwa von Vonovia-Mieter*innen in Leipzig-Schönefeld (Comun #2 2019), in Beständen eines teilprivatisierten Wohnungsunternehmens in Jena-Lobeda (Comun #3 2020) oder von Betroffenen verschiedener profitorientierter Wohnungskonzerne in Berlin, durch die »AG Starthilfe« von »Deutsche Wohnen und Co enteignen« (Común #2 2019).

Aufgrund meiner Erfahrungen in der berlinweiten Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter*innen, komme ich zu folgender These: Organizer*innen müssen, um starke Mieter*inneninitiativen anzustoßen, die richtigen Aktiven finden und „entwickeln". Einen entscheidenen Vorteil sehe ich überdies darin, eine möglichst diverse Kerngruppe zu bilden, die schlussendlich die Initiative selbst tragen kann. Die Deutsche-Wohnen-Mieter*innen wehren sich als Verbund lokaler Initiativen gegen die Verwertungsstrategien von Berlins größtem Wohnungskonzern. Hier organisieren sich überwiegend Menschen außerhalb linker Zusammenhänge und Szeneviertel. Und es sind nicht zuletzt genau die Aktivitäten dieses Verbunds, welche die Rufe nach einer Enteignung profitorientierter Wohnungskonzerne bundesweit und bis in die Mitte der Gesellschaft populär gemacht haben. Anstoß für meine Überlegungen in diesem Text ist ein Konzept, das in der deutschen Organizing-Landschaft heiß diskutiert wird.

KERNAKTIVE FINDEN

Die US-amerikanische Gewerkschaftsorganizerin Jane McAlevey hat viele inspiriert, indem sie den schillernden Begriff des *organic leader* (dt. organische Anführer*in) in die deutsche Organizing-Debatte eingeführt hat. Was sie vorschlägt, klingt ein wenig nach einer Schatzsuche: Entscheidend, um Gruppen erfolgreich zu organisieren, sei es, in deren Mitte die *organic leader* zu finden und diese noch gezielter einzusetzen. Diese Anführer*innen sehen sich selbst selten als Führungspersonen, so McAlevey, man erkenne sie aber daran, dass sie großen Respekt genießen und Einfluss auf ihr Umfeld haben. Ein Beispiel wäre die erfahrene Krankenpflegerin, an die sich alle Kolleg*innen wenden, wenn sie nicht weiter wissen und sich darauf verlassen können, bei ihr auf offene Ohren zu stoßen. Nachdem man die*den *organic leader* überzeugt habe, würden alle anderen dieser Person ohne weitere große Anstöße folgen und es werde möglich, erfolgreiche Kämpfe zu führen.

> MEINER ERFAHRUNG NACH MACHT ES KEINEN SINN, ORGANIC LEADERS IN SIEDLUNGEN VON DEUTSCHE WOHNEN ZU SUCHEN, DENN ES GIBT SIE SCHLICHTWEG NICHT.

Schnell wird klar, dass dieser Ansatz, der entwickelt wurde, um Arbeiter*innen am Arbeitsplatz zu organisieren, nicht eins zu eins auf Mieter*innen in einer Nachbarschaft übertragbar ist. Meiner Erfahrung nach macht es keinen Sinn, *organic leaders* in Siedlungen von Deutsche Wohnen und Co. zu suchen, denn es gibt sie schlichtweg nicht. Die Situation in einer Nachbarschaft unterscheidet sich deutlich von der am Arbeitsplatz. Bei der Arbeit sieht man sich jeden Tag, muss kooperieren, tauscht sich nebenbei auch über Persönliches aus und wächst unter Kolleg*innen zusammen. Man lernt andere gut kennen und baut Vertrauen in sie auf. In Nachbarschaften gibt es das alles in der Regel nicht. Hier erschöpft sich der Zusammenhalt häufig im kurzen Gruß im Treppenhaus. Engere soziale Gefüge sind in Berlins Deutsche-Wohnen-Siedlungen erst entstanden, nachdem sich die Mieter*innen organisiert hatten.

Trotzdem ist McAleveys Ansatz ein wichtiger Denkanstoß, um besser zu werden beim Organisieren von Mieter*innen. Denn auch meine Erfahrung zeigt, es macht Sinn potenzielle Anführer*innen zu identifizieren und direkt mit ins Boot zu holen. Diese Anführer*innen können auch als Kernaktive bezeichnet werden. Dieses Konzept der *leadership identification* ist eigentlich ein alter Hut im Organizing. Doch McAleveys Verdienst ist, dass sich viele neu mit diesen Fragen beschäftigen und versuchen, sie in ihre individuelle Praxis zu übertragen. Doch wer ist als Kernaktive*r geeignet? Sicher nicht der Lauteste, der auf der Versammlung alle anderen übertönt. Auch nicht unbedingt die Juristin, die alle Paragraphen genau kennt. Nein, es geht vielmehr darum, die richtige Mischung an Leuten zusammenzustellen, die andere mitnehmen wollen und begeistern können.

KERNGRUPPEN ENTWICKELN

Es ist besser, wenn nicht einzelne Personen eine Initiative tragen, sondern diese Arbeit auf mehrere Schultern verteilt wird. Leider ist häufig das Gegenteil der Fall. Insbesondere Frauen schlüpfen oft in die Rolle der alleinigen Organisatorin, bei der alle Fäden zusammenlaufen, die Treffen plant, einlädt und moderiert. Was zunächst als praktisch erscheint, wird oft zum Problem. Leider schlafen viele Initiativen schnell ein, wenn die entscheidende Schlüsselfigur überlastet oder frustriert ausfällt. Deshalb sollte man lieber gleich von Anfang an ein ganzes Team aufbauen – ohne eine Gruppe aus Kernaktiven fällt es viel schwerer, die gesetzten Ziele zu erreichen. Solche Kerngruppen zeichnen erfolgreiche und beständige Initiativen aus. Wie man diese genau nennt ist erst einmal völlig egal, gebräuchliche Namen sind auch Koordinierungs- oder Vorbereitungskreis, oder Aktivengruppe. In der Broschüre »Zusammentun!« unserer »AG Starthilfe« haben wir eine Anleitung zum Aufbau von Mieter*innen-Initiativen verfasst. Darin beschrieben wir auch, was eine Kerngruppe ausmacht: Sie lädt zu den Versammlungen ein, bereitet diese vor und legt fest, was besprochen wird. Gebraucht werden Menschen mit ganz unterschiedlichen Fähigkeiten und Kontakten. Hier sind nicht nur professionelle Skills wie Presse-, Moderations- oder Textarbeit gefragt. Ein Mitstreiter meiner Deutsche-Wohnen-Initiative zum Beispiel war Stammgast in einem Café mit Hinterzimmer – ein Treffpunkt für die Kerngruppe war dadurch gesichert. Auch hat sich die Praxis bewährt, dass die Kerngruppe die Initiative nach außen vertritt, also gegenüber dem Vermieter, der Presse oder Politiker*innen.

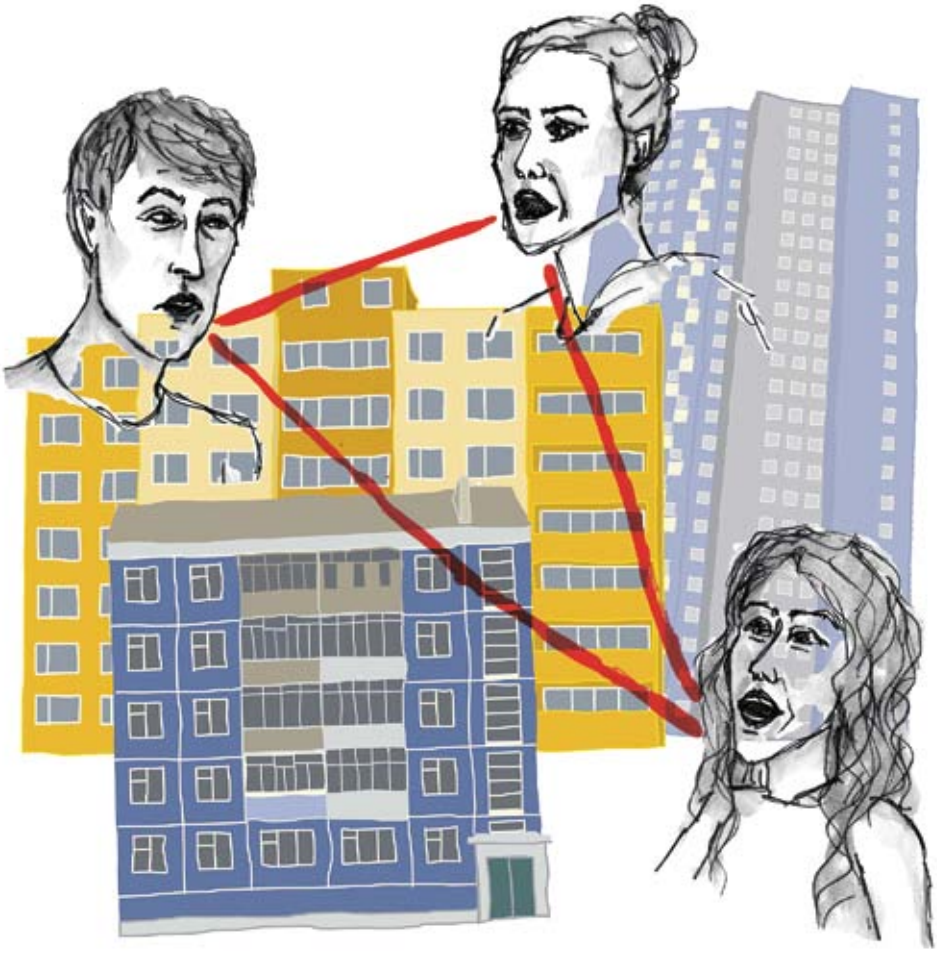
Gute Organizer*innen arbeiten daran, dass die Kernaktiven immer mehr Verantwortung selbst übernehmen. Robert Maruschke geht in seiner Publikation „Linkes Organizing" auf dieses „Entwickeln" oder „Ausbilden" von Kernaktiven ein (S.17ff),

das auch als *leadership development* bezeichnet wird. Von Anfang an sollte offen besprochen werden, warum es dabei geht. Nämlich darum, dass sich die Gruppe selbst organisieren kann, wenn die Organizer*innen wieder weg sind. Dabei ist ein respektvoller Umgang miteinander entscheidend: Organizer*innen sollten niemals als Allwissende auftreten, die ihre „Schüler*innen" ausbilden. Denn alle Beteiligten haben wertvolle Erfahrungen und Fähigkeiten, die es fruchtbar zu machen gilt. Es geht also darum, einen Prozess des gegenseitigen Lernens anzustoßen. Zentral beim Organizing ist ein Plan, wie man gewinnen kann. Dieser sollte gemeinsam in der Kerngruppe entwickelt werden, damit sich die Aktiven auch gleich mit verantwortlich fühlen, diesen umzusetzen. Spätestens wenn der Plan steht, geben die Organizer*innen schrittweise Verantwortlichkeiten ab. Die Kerngruppe teilt diese dann wiederum unter sich auf. Hier hat es sich bewährt, dass sich die Aktiven durch Schulungen fit für diese Aufgaben machen. Als »AG Starthilfe« haben wir dafür Ansprachetrainings, Moderationsworkshops und Presseschulungen entwickelt und in Grundzügen in unserer Broschüre festgehalten.

ALLE INS BOOT HOLEN

In vielen Mieter*inneninitiativen spiegelt sich nicht die Diversität ihrer jeweiligen Nachbarschaft wider. Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Familien mit kleinen Kindern, Nachbar*innen mit wenig Geld oder bestimmte Altersgruppen sind oft unterrepräsentiert. Zu einer echten Organisierung ganzer Siedlungen oder Nachbarschaften kommt es in den seltensten Fällen. Neben einem Demokratiedefizit folgt daraus auch ein praktisches Problem. Zum Beispiel dann, wenn man Kampagnen in einer Nachbarschaft starten möchte, um etwas gemeinsam gegen den Vermieter durchzusetzen, etwa indem man kollektiv die Miete mindert oder gegen überhöhte Nebenkosten vorgeht. Je mehr Leute bei solchen Aktionen mitmachen, desto effektiver. Doch wie kann das gelingen? Das ist weiterhin eine offene Frage. In diesem Zusammenhang sollten es Organizer*innen von vorneherein als strategische Schlüsselfrage begreifen, dass sich die Kerngruppe divers zusammensetzt, also aus Personen besteht, die die Siedlung oder das Haus in ihrer Gesamtheit repräsentieren. Wer fühlt sich vertreten von denen, die die Versammlungen leiten und für die Initiative nach außen sprechen? Wer fühlt sich von wem eingeladen? Diese Fragen gilt es zu beantworten, damit sich mehr Menschen mit der Initiative identifizieren, zu den Treffen kommen, sich dort aufgehoben fühlen und selbst einbringen. Wenn auf der Versammlung rassistische Äußerungen fallen, ist es wichtig, dass Kernaktive und Organizer*innen widersprechen. Es muss klar werden, dass alle Menschen willkommen sind den gemeinsamen Kampf zu führen.

Eine Erweiterung der Kerngruppe lässt sich am besten mit der grundlegendsten Organizing-Technik schlechthin erzielen: dem Eins-zu-eins-Gespräch. Als soziale Wesen wollen Menschen gefragt werden und deswegen ist das persönliche Gespräch entscheidend. Ein gutes Eins-zu-eins-Gespräch ist dabei alles andere als ein Kaffeeklatsch. Für diese Gespräche sollte man gut vorbereitet sein, will man eine Person für die Kerngruppe gewinnen. Ob es so klappt, diversere Mieter*innen-Initiativen aufzubauen, um sich gegen Vonovia, Deutsche Wohnen und Co zu behaupten, kann nur die gemeinsame Organizing-Praxis zeigen.



▸ **Hannes Strobel** ist Soziologe und beschäftigt sich insbesondere mit dem Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit. In seiner Freizeit engagiert er sich seit vielen Jahren in der stadtpolitischen Bewegung, derzeit in der »AG Starthilfe« der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« in Berlin (▹ dwenteignen.de).

▸ **Weiterlesen**

▹ AG Starthilfe (2019b): Zusammentun! Wie wir uns gemeinsam gegen den Mietenwahnsinn wehren können. ▹ deutsche-wohnen-protest.de ▹ Materialien

▹ Maruschke, Robert (2019): Linkes Organizing. Interviews und Arbeitsmaterialien, RLS, Berlin.

▹ McAlevey, Jane (2019): Keine halben Sachen. Machtaufbau durch Organizing, VSA, Hamburg.

▹ Strobel, Hannes (2020): Organisiert gegen einen profitorientierten Wohnungskonzern. Fünf Jahre berlinweite Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter*innen", sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 8(3), S. 195–204.

▸ **Illustrationen:** Lotta Bauer ▹ Instagr.: @lotta_ber

BASISARBEIT MIT UTOPISCHEM ÜBERSCHUSS

Das erfolgreiche Netzwerk der LEG-Mieter*innen-Initiative in Münster

WERNER SZYBALSKI

Die Geschichte der Mieterin Ursula Schmidt hat ein positives Ende, doch dem voraus ging ein jahrelanger Kampf. Was war passiert? Frau Schmidt wohnt seit den 1970er-Jahren in der Nähe des Bahnhofs von Münster, in einer ehemaligen Bahnwohnung. Die Häuserzeile im Besitz der LEG Immobilien AG wurde saniert. So weit, so gut. Doch die Kosten für die Modernisierungen legte der Konzern – wie das so üblich ist – auf die Mieter*innen um. Ursula Schmidt war damit nicht einverstanden. Der Abriss und Neubau des Nachbarhauses direkt an der Außenwand ihrer Wohnung hinterließ Wohnungsschäden und die Modernisierung war mangelhaft. Ursula Schmidt kürzte die Miete und erhielt schließlich von der LEG die fristlose Kündigung. Das war der Grund, weshalb sie zu einem Treffen der damals noch jungen LEG-Mieter*innen-Initiative erschien.

Was Frau Schmidt erlebt hat, ist kein Einzelfall. Allgemeine Mieterhöhungen, Mieterhöhungen durch Modernisierungen, der Verkauf der Wohnungen an andere Unternehmen und der Wegfall von Mieter*innenräten hat direkte Folgen für die Mieter*innen.

Die LEG entstand 1970 als Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH aus dem Zusammenschluss mehrerer gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und befand sich mehrheitlich im Besitz des Landes NRW. 2008 wurde die LEG trotz öffentlicher Proteste an einen Fonds der Investmentbank Goldman Sachs verkauft. 2013 ging die LEG Immobilien AG an die Börse. Die im Privatisierungsvertrag vereinbarte Sozialcharta für Mieter*innen und Beschäftigte, die nur geringen wirksamen Schutz enthielt, darunter auch die Sozialbindung der Wohnungen, ist nun nach 10 Jahren 2018 ausgelaufen.

Das Ende der Sozialbindung war der Anlass, weshalb sich in Münsters Stadtteil Uppenberg erstmals Nachbar*innen zu einem zwanglosen Austausch trafen. Beim ersten Mal reichten die Stühle nicht, so viele Menschen kamen. Beim zweiten Mal erschien auch Ursula Schmidt.

In den folgenden zwei Jahren konstituierte sich die LEG-Mieter*innen-Initiative mit dem Ziel, die Folgen, die mit dem Auslaufen der Sozialbindung entstanden sind, zu bekämpfen und im Alltag die Mieter*innen zu beraten, aufzuklären und bei konkreten Problemen zu unterstützen.

Rechtsanwalt Paul Demel von der LEG-Mieter*innen-Initiative klärt Bewohner*innen des Berg Fidel über ihre Rechte und Widerstandsmöglichkeiten auf (2019). Foto: LEG-Mieter*innen-Initiative

Zugleich geht es der Initiative jedoch auch um das politische Ziel der Rekommunalisierung des gesamten LEG-Wohnungsbestandes.

Neben Uppenberg haben sich inzwischen in weiteren sechs Stadtteilen Münsters nachbarschaftliche LEG-Widerstandsgruppen gebildet. Die einzelnen Gruppen arbeiten autonom, sind aber über die gemeinsame Webseite und den Koordinationsausschuss vernetzt. Jede Stadtteilinitiative entsendet eine*n Vertreter*in in diesen Kreis, der*die Funktion eines Vorstandes übernimmt. Eine Mitgliedschaft in der Initiative kostet zwölf Euro pro Jahr und muss jährlich aktiv erneuert werden. Die Mieter*innen-Initiative besitzt jedoch keinen rechtlichen Status, etwa als eingetragener Verein, sondern ist ein freier Zusammenschluss.

Die Stadtteilgruppen tagen je nach Bedarf. Einmal jährlich werden alle Mitglieder zu einer gemeinsamen stadtweiten Versammlung eingeladen.

Trotz punktueller Verhandlungen mit dem Konzern wird das Fernziel Rekommunalisierung niemals verborgen. Die Nahziele der Initiative sind Mietsenkungen, eine deutliche Verringerung der jährlichen Dividendenzahlung an Aktienbesitzer*innen, wie die Investmentgesellschaft Black Rock, Sanierung des Wohnungsbestandes und Verzicht auf jegliche unnötige Modernisierung.

Die Initiative organisiert Informationsveranstaltungen und bietet eine kostenfreie landesweite Beratung für LEG-Mieter*innen an. Dabei wird mit Hilfe befreundeter Jurist*innen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen geholfen. Durch Druck auf Kommunalpolitik und Verwaltung wird die Finanzierung unberechtigter Mieterhöhungen durch das Jobcenter oder das Sozialamt thematisiert und die Institutionen aufgefordert sich dagegen zu wehren, um die privatwirtschaftliche LEG nicht zu subventionieren.

Die LEG-Mieter*innen-Initiative unterstützt nicht nur die örtlichen Gruppen und Einzelmieter*innen bei der Hilfe zur Selbsthilfe, sondern beteiligt sich auch an bundesweiten Kampagnen und organisiert eigene Demonstrationen und Aktionen. Die Nachbarschaftsgruppen der Initiative in Münster wachsen und neue Gruppen in anderen Stadtteilen kommen hinzu. Aktuell versucht die LEG-Mieter*innen-Initiative ein traditionsreiches Wohnhaus von der LEG zu übernehmen, um es künftig, etwa nach dem Modell des Mietshäuser-Syndikats, selbst zu verwalten.

Dass Widerstand Erfolg haben kann, zeigt das Beispiel von Ursula Schmidt. Unterstützt von der LEG-Mieter*innen-Initiative klagte sie erfolgreich gegen den Wohnungskonzern. Statt nach der fristlosen Kündigung ausziehen zu müssen, hat sie mehr als 4.000 Euro zurückerhalten.

▸ **Werner Szybalski** ist einer der Initiatoren der LEG-Mieter*innen-Initiative in Uppenberg und unter anderem in der Recht-auf-Stadt-Gruppe »Münster gehört uns allen« aktiv.

▸ **Weiterlesen:** ▹ legmieter.de

GEMEINSAM FÜR EINE ANDERE WOHNUNGSPOLITIK!

Warum eine Kooperation von Mieter*innenvereinen und Mieter*innenbewegung notwendig ist

LISA VOLLMER

Wenn über die aktuelle wohnungspolitische Bewegung gesprochen wird, ist es um einen Akteur oft erstaunlich still: den guten alten Mieter*innenverein. In manchen Städten sind die Vereine äußerst aktiv und unterstützen Mieter*inneninitiativen – zum Beispiel »Mieter helfen Mietern e.V.« in Frankfurt/M. sowie Hamburg oder der Berliner Mieterverein. In vielen Fällen sehen sich die lokalen Mieter*innenvereine aber als bloße Rechtsberatung und können mit Annäherungsversuchen aus der Bewegung nicht umgehen. Dabei hat der »Deutsche Mieterbund« (DMB) offiziell den Beschluss gefasst, die Zusammenarbeit mit Initiativen auszuweiten. Trotzdem gelingt das bisher selten. Warum eigentlich?

Schließlich sind die Mietervereine (damals qua Gesetz noch ohne Frauen) aus der Mieter*innenbewegung des 19. Jahrhunderts entstanden, ähnlich wie die Gewerkschaften aus der Arbeiter*innenbewegung. Ohne die „Exmittierungskrawalle" – spontane Solidaritätsproteste von Nachbarschaften gegen Zwangsräumungen – im 19. Jahrhundert, ohne Großdemonstrationen und Mietstreiks hätte es die Einführung des Mieterrechts ins erste BGB (1900) und damit den Aufschwung der Mietervereine nicht gegeben. Nach dem Ersten Weltkrieg trieben die Vereine die Gründung von Mieterräten nach dem Vorbild der Soldaten- und Arbeiterräte voran und forderten teils die „vollständige Sozialisierung des Wohnungswesens". Doch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Mieter*innenvereine weitgehend in den korporatistischen Klassenkompromiss eingehegt, reduzierten ihre Funktion auf rechtliche Dienstleistungen und traten ab und an als offizielle Interessenvertretung der Mieter*innen bei Gesetzgebungsprozessen und ähnlichem auf. Erst in den 1970er und 1980er Jahren repolitisierten sich die Vereine und eine Reihe neuer, alternativer Mieter*innenvereine gründete sich – wieder aus der damaligen Mieter*innenbewegung und der Erfahrung heraus, dass klassische Mieter*innenvereine sie nicht unbedingt unterstützen.

Seit Mitte der 2000er Jahre hat sich in vielen Städten bundesweit wieder eine neue Mieter*innenbewegung etabliert, weitgehend unabhängig von den etablierten Mieter*innenvereinen. Obwohl beide – Vereine und Initiativen – grundsätzlich die gleichen Ziele verfolgen, nämlich die materiellen Lebensumstände von Mieter*innen zu verbessern und in diesem Sinne Wohnungspolitik sowie Wohnraumversorgung zu beeinflussen, sind Kooperationen auch heute eher selten. Die Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen dem Berliner Mieterverein und Initiativen zur Organisierung von Mieter*innen großer finanzialisierter Wohnungsmarktakteure oder zwischen dem Mieterverein München und der Initiative »#ausspekuliert« zum Volksbegehren »6 Jahre Mietenstopp« in Bayern bleiben die Ausnahme. Was sind die Gründe dafür?

Sie liegen in den unterschiedlichen Organisationsformen und politischen Mitteln, die Vereine und Initiativen einsetzen sowie den sich daraus ergebenden unterschiedlichen Handlungslogiken, die nicht selten zum gegenseitigen Unverständnis führen. Um das aufzubrechen, ist es wichtig, dass beide Seiten lernen, die andere Seite und ihre Handlungsweise zu verstehen.

UNTERSCHIEDE VERSTEHEN

Mieter*innenvereine sind formell organisiert mit repräsentativen demokratischen Strukturen und existieren langfristig. Sie haben viele Mitglieder, von denen die meisten aber passiv sind. Ihre Organisationsstruktur ist oft gar nicht auf aktive Mitglieder ausgerichtet. Ihre wichtigste Organisationsebene ist die kommunale, sie sind darüber hinaus auch auf Länder- und Bundesebene miteinander verbunden. Selten gibt es innerhalb von Kommunen kleinere, nachbarschaftlich orientierte Organisationseinheiten. Mieter*inneninitiativen sind dagegen informell organisiert, persönliche Kontakte und direkte demokratische Strukturen sind zentral. Oft sind sie eher von kurzer Lebensdauer. Sie haben wenige Mitglieder, die dafür (fast) alle aktiv sind. Ihre Organisationsebenen sind vor allem die des betroffenen Hauses und der Nachbarschaft, teils gibt es stadtweite Bündnisse und bundesweiten Austausch.

Die Ressourcen, die Vereinen und Initiativen zur Verfügung stehen, sind ebenfalls unterschiedlich: Vereine verfügen vor allem über juristische und wohnungspolitische Expertise, haben sich langfristige Netzwerke in Politik und Verwaltung aufgebaut, verfügen durch die Mitgliedsbeiträge über materielle Ressourcen und genießen eine hohe Legitimität als Interessenvertretung

in der Öffentlichkeit – auch wenn viele lokale Vereine diese Möglichkeit gar nicht wahrnehmen. Initiativen verfügen ihrerseits über meist ausgewählte wohnungspolitische Expertise sowie über politisch-strategisches Wissen. Sie haben lokale Netzwerke, oft sehr geringe materielle Ressourcen, verfügen aber über eine hohe Legitimität als direkte Vertretung von Betroffenen in lokaler Politik und Öffentlichkeit. Vereine setzen ihre Ressourcen verlässlich und konstant in die Breite ein, während Initiativen einen spontanen, oft kurzfristigen und sehr hohen Ressourceneinsatz in Spitzen stemmen können.

Aus den unterschiedlichen Strukturen von Vereinen und Initiativen folgen unterschiedliche Handlungslogiken. Vereine folgen einer juristischen Logik: Diese geht von der strukturellen Ebene der Gesetze zum Einzelfall und führt damit tendenziell zur Individualisierung von Problemen. Gesetze werden oft als gegebene Grenzen wahr- und hingenommen. Initiativen folgen dagegen einer politischen Logik: Sie gehen vom Einzelfall aus und abstrahieren auf die strukturelle Ebene der Wohnungspolitik. Dabei verallgemeinern sie tendenziell Probleme. Aufgrund ihrer langfristigen Orientierung verfolgen Vereine eine Strategie der Kooperation mit der Politik, während Initiativen meist die Strategie der Konfrontation mit Politik und Immobilienwirtschaft suchen.

Vereine	Initiativen
formell organisiert, repräsentative demokratische Strukturen	informell organisiert, direkte demokratische Strukturen
langfristig	kurze Lebensdauer
viele Mitglieder, die meisten passiv	wenige Mitglieder, alle aktiv
Organisationsebenen: kommunal	Organisationsebenen: lokal
Ressourcen: juristische Expertise, langfristig aufgebaute Netzwerke, materielle Ressourcen, Legitimität als Interessensvertretung	Ressourcen: politisch-strategische Expertise, lokale Netzwerke, Legitimität als direkte Vertretung
verlässlicher, konstanter Ressourceneinsatz (Breite)	kurzfristiger, dafür sehr hoher Ressourceneinsatz (Spitzen)
juristische Logik: strukturelle Ebene > Einzelfall	politische Logik: Einzelfall > strukturelle Ebene
Handlungslogik: Kooperation	Handlungslogik: Konflikt

ERGÄNZUNG STATT GEGENSATZ

Die vielen Unterschiede zwischen Vereinen und Initiativen erschweren die Zusammenarbeit, wenn es für Vereine zum Beispiel nicht nachvollziehbar ist, warum Positionen und Entscheidungen zunächst mit allen in den Initiativen rückgesprochen werden müssen oder wenn Initiativen davon ausgehen, Vereine „kuscheln" mit der Politik, weil sie auf eine gemäßigtere Rhetorik setzen.

Anstatt sich gegenseitig aber als Gegensatz oder gar als Konkurrenz wahrzunehmen, wäre es viel produktiver, die Unterschiede als Ergänzung zu betrachten, diese also nicht einzuebnen, sondern fruchtbar zu machen, zum Beispiel in diesen Bereichen:

Vereine	+	Initiativen
langfristige Mitgliedschaft	+	kurzfristige Mobilisierung
formelles Wissen um Organisierungsstrukturen	+	aktive Einbeziehung von Mitgliedern in Aktionen etc., Organisieren als Handwerk
politischer Druck durch konstantes Lobbying	+	politischer Druck durch Aktionen, Medienaufmerksamkeit etc.
langsameres, abwägenderes Ausarbeiten von Forderungen und Ideen	+	schnelles Erarbeiten von Forderungen und Ideen
formellere Struktur braucht länger, aber Konstanz bei Themen	+	Seismographen: neuartige Probleme werden schnell artikuliert
Hauptamtliche brauchen die Selbstaktivität von Ehrenamtlichen	+	Ehrenamtliche brauchen die strukturelle Unterstützung von Hauptamtlichen
Rollenverteilung: Kooperation	+	Rollenverteilung: Konflikt

MÖGLICHKEITEN DER ZUSAMMENARBEIT

Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind vielfältig. Neben der gegenseitigen positiven Bezugnahme in der Öffentlichkeit können auch die Ressourcen ausgetauscht werden. Man kann von der jeweiligen Expertise lernen. Initiativen werben Mitglieder für Vereine und die Mitglieder der Vereine werden in den Initiativen aktiv, statt sich „nur" vertreten zu lassen. Netzwerke und Daten, wie zum Beispiel das Wissen um bestimmte Praktiken von Vermieter*innen, können ausgetauscht werden. Die Initiativen können an den materiellen Ressourcen der Vereine beteiligt werden, indem zum Beispiel Netzwerke unterstützt werden. Auch die Ressource „Legitimität" kann geteilt werden, in dem man sich gegenseitig in der Öffentlichkeit unterstützt. Bei der Zusammenarbeit von Vereinen und Initiativen sollten darüber hinaus weniger inhaltliche Forderungen im Mittelpunkt stehen – über solche ist man sich auch innerhalb der Vereins- und Initiativenlandschaft nicht einig – sondern vielmehr strukturelle Fragen. Wie zum Beispiel die Frage, wie es nachhaltig gelingen kann Mieter*innen zu aktivieren selbst für ihre Rechte einzustehen, und welche Organisationsstrukturen dafür aufgebaut werden müssen. Für diese Formen der Zusammenarbeit müssen sich die Mieter*innenvereine aber überhaupt als politische Akteur*innen verstehen – was in manchen Städten (noch) nicht der Fall ist.

Um der Macht der Immobilienwirtschaft und der jahrzehntelangen Zurückhaltung der Parteien in der Wohnungspolitik etwas entgegen zu setzen, bedarf es dringend einer Bündelung aller Anstrengungen. In diesem Sinne sollte unbedingt die Kooperation zwischen Vereinen und Initiativen gestärkt werden, von der lokalen bis zur Bundesebene.

▸ **Lisa Vollmer** ist aktiv bei der Initiative »Stadt von Unten« in Berlin und als Stadtforscherin am Institut für Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. Außerdem ist die Redaktionsmitglied bei »s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung«.

PITHEAD

Eine Bildserie von Fatih Kurceren

Fatih Kurcerens Bildserie „Pithead“ zeigt Menschen und Orte im Ruhrgebiet. Zwischen Wandel, Hoffnung und Langeweile entstehen hybride Identitäten und Orte die Fatih Kurceren wie beiläufig dokumentiert.

▸ Fotos: © Fatih Kurceren

Fatih Kuceren wurde in Istanbul geboren. Er lebt und arbeitet als freier Fotograf in Oberhausen. Nach dem Studium der Germanistik an der Hacettepe-Universität in Ankara absolvierte er den Masterstudiengang Kommunikationsdesign und Fotografie an der Folkwang Universität in Essen. Seit 2016 ist er Mitglied der »Deutschen Gesellschaft für Photographie«. ▹ fatihkurceren.com

Die Bildserie „Pithead“ ist im Wasmuth & Zohlen Verlag 2021 als Fotobuch erschienen. ▹ wasmuth-verlag.de

BECKS

adidas

Hotel
le Mirage

DENKMÄLER STÜRZEN, DENKMÄLER BAUEN UMKÄMPFTES ERINNERN IN DEN STÄDTEN

Kollektive Erinnerung und Gedenken sind Aushandlungssache – das hat das Jahr 2020 eindeutig gezeigt: In den USA, Großbritannien, Belgien und anderen Ländern wurde mit steinernen Kolonialisten kurzer Prozess gemacht. Vielerorts stellen diverse Protestbündnisse einfach selbst Statuen auf und schaffen Erinnerungsorte. Eine neue Erinnerungspraxis; eine, die die Geschichte vermeintlicher Sieger – der Kolonialisten, der weißen Männer, der Mächtigen – infrage stellt und eine eigene, selbstbestimmte Kultur des Erinnerns einfordert.

Oft ist das Gedenken im öffentlichen Raum im wahrsten Sinne des Wortes in Stein gemeißelt. Dadurch scheint es nur schwer beeinflussbar zu sein. Doch zumindest im vergangenen Jahr hat sich durch die Black Lives Matter-Demonstrationen einiges bewegt. Auch jenseits großer und augenfälliger Aktionen, wie das Köpfen eines Metall-Columbus in Boston, gibt es viel aktivistische Arbeit, die für ein emanzipatorisches Erinnern kämpft: Ein Erinnern, in dem Menschen und Gruppen, die sich gegen Diskriminierung eingesetzt haben, gewürdigt werden. Und ein Erinnern, das zeigt, dass das kollektive Gedächtnis geprägt ist von Unterdrückung und Herrschaft.

Aktivismus, der sich um Erinnerungskultur dreht, kann viele Formen annehmen und unterschiedliche Ziele verfolgen. Meist wird versucht, eine andere Form des kollektiven Gedenkens zu erkämpfen. Ziel ist es, Irritation und Veränderung der kollektiven Erinnerung zu bewirken.

Diese Kämpfe um Erinnerungskultur und Gedenkorte haben es nicht leicht. Denn immerhin müssen Traditionen, Gefühle und stolze Geschichte angerührt werden, und damit Bereiche, an denen nicht selten auch materielle Verhältnisse hängen: Wer diskriminiert wird, ist in der offiziellen Gedenkkultur im öffentlichen Raum nicht sichtbar. Die Sichtbarmachung dessen hat Auswirkungen auf soziale oder rechtliche Ungleichheit im Hier und Jetzt – und damit auch auf ausstehende Entschädigungen und notwendige Veränderungen.

Auf den folgenden Seiten werden Beispiele für Initiativen vorgestellt, die um Erinnerung, Anerkennung und für Konsequenzen kämpfen, die selbst Erinnerungsorte schaffen und in die konflikthafte Auseinandersetzung mit dem Geschehenem und Gegenwärtigen in ihren Städten gehen. In dem ehemaligen Gefängnis und heutigem Kulturzentrum Klapperfeld in Frankfurt a.M. wird den Spuren der Geschichte nachgespürt und diese für alle sichtbar gemacht; und auch in Genua wird bereits seit den 1960iger Jahren in einem ehemaligen Gestapo-Gefängnis und Folterkeller von Aktivist*innen die Geschichte – auch des antifaschistischen Widerstands – zu Tage befördert, die von offizieller Seite gern ignoriert worden wäre. In der Kölner Keupstraße setzen sich Bewohner*innen und Initiativen für ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des NSU ein; in New Orleans kämpft die »Claiborne Avenue Alliance« (CAA) für Wiedergutmachung der gewaltsamen rassistischen Segregierung durch den »Claiborne Expressway«: für dessen Abriss. Die Geographin Felicitas Kübler ordnet die Kämpfe um Erinnerung ein und fragt danach, inwiefern sie auch auf „die Beseitigung der Ursachen des Vergangenen" abzielen.

Solche Kämpfe zeigen, dass kollektive Erinnerung – wem, was und wo auf welche Art gedacht wird – nichts per se in Stein gemeißeltes, sondern Aushandlungssache ist. Sie ist Sache einer wachen und engagierten Öffentlichkeit, die das Anliegen einer inklusiveren, kollektiven Erinnerung voranbringt. Aber sie zeigen auch, dass es noch ungeheuer viel zu kritisieren, irritieren und verändern gibt: Wo sind sie, die Harriet Tubman-, Ada Lovelace-, Novemberrevolutions- und Oury Jalloh-Plätze, Parks und Straßen?

Collage:
© Carolin Schuster
carolin-schuster@hotmail.de

ERINNERUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Zwischen zementierten Verhältnissen und Aufbruch in die Zukunft

FELICITAS KÜBLER

Nach der Tötung des Afroamerikaners George Floyd im Mai 2020 durch eine gewaltsame Festnahme kam es weltweit zu Protesten gegen Polizeigewalt und Rassismus unter dem Motto »Black Lives Matter«. Im Juni 2020 erkletterte in London während einer Demonstration ein Aktivist die Churchill-Statue am Parliament Square. Foto: Edward Howell on unsplash

In den letzten Jahren gab es viele Debatten über und erbitterte Konflikte um Denkmäler, Straßennamen und die damit verbundene Erinnerungskultur. So wurden die reaktionären Implikationen der zunehmend beliebten Rekonstruktionsarchitektur angemahnt, ein Denkmal für die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten gefordert und nicht zuletzt durch das Stürzen von Statuen im Zuge der Black Lives Matter-Proteste vor allem in den USA und Großbritannien, über postkoloniales Erbe und die damit zusammenhängende historische Verantwortung gesprochen.

Die Aushandlungen um und über diese Orte sind vielfältig und beziehen sich auf diverse Aspekte: die architektonische Gestaltung, die Bedeutung eines Denkmals oder Ortes und nicht zuletzt auch die mögliche und tatsächliche Nutzung. Meist verweisen die Konflikte auf zwei Dinge: Zum einen geht es um ein konkretes Projekt, ein Denkmal, ein Gebäude oder auch eine Gedenkstätte und zum anderen geht es um die gesellschaftlichen Implikationen dessen, was durch das konkrete Projekt symbolisiert werden soll. Es geht darum, was im öffentlichen Raum erinnert wird, wie Vergangenheit und Zukunft gedeutet werden, welche kollektiven Erinnerungen repräsentiert und welche Gruppen verdrängt und vergessen werden. Kollektive Erinnerung bzw. das kollektive Gedächtnis bezeichnet dabei eine gemeinsame Gedächtnisleistung innerhalb einer Gruppe, zum Beispiel eines Nationalstaates, aus der sich wiederum das Empfinden einer geteilten Identität ableiten kann.

Denkmäler, Plaketten oder Straßennamen – kurz: Verweise auf das kollektive Gedächtnis – sind machtgeladen. Die physisch-materielle Form der Objekte, deren Symbolik oder Informationstexte, sie alle verweisen darauf, was in einer Gesellschaft als legitim, wertvoll und identitätsstiftend betrachtet wird. Beispielsweise gibt es in vielen Städten in Westdeutschland eine meist zentrale und damit bekannte „Bismarck-Straße“, aber dort selten eine mit revolutionärer oder emanzipatorischer Konnotation – zum Beispiel eine Clara-Zetkin-Straße. Erinnerungen im öffentlichen Raum erzählen nur einen Teil der Geschichte – den Teil, der die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht in Frage stellt. Beispiel dafür ist die Basilika »Sacré-Cœur« in Paris: Sie ist nicht nur Monument eines konservativen, royalistischen Kirchenordens, sondern zugleich der Platz, an dem die revolutionären Kommunard*innen 1871 ermordet wurden. Kennt man letzteren Teil der Geschichte nicht, so würde man eine von Paris‘ bekanntesten Sehenswürdigkeiten kaum als Erinnerungsort der Pariser Kommune begreifen.

So ist es auch zu erklären, dass Wechsel von Regimen meist von einer fundamentalen Neugestaltung von Denkmallandschaften begleitet sind. Ein Beispiel dafür ist die „Enthauptung“ der Lenin-Statue in Berlin Friedrichshain 1991. Hier wurde nicht nur ein figuratives Denkmal geköpft, sondern ein Staat mitsamt seinem kommunistischen Selbstverständnis symbolisch ausgelöscht, denn das abgebaute und zerlegte Denkmal wurde im Wald verbuddelt, um dort vergessen zu werden. Viele Bürger*innen der ehemaligen DDR protestierten gegen dieses Vorgehen und versuchten den Abriss ihrer Geschichte zu verhindern. Doch vergebens – auch in Bezug auf das kollektive Gedächtnis wurde die Wiedervereinigung zur rücksichtslosen Eingliederung in einen kapitalistischen Staat und seine Erinnerungskultur.

Die Churchill-Statue und andere Denkmäler am Londoner Parliament Square wurde bei der Demonstration am 07. Juni 2020 angesprüht und behängt. Als Reaktion darauf ließ die Stadtverwaltung die Statuen am Parliament Square unter silbergrauen Kästen verschwinden. Nach Protesten von Rechts gegen die Verkleidung wurden sie nach einigen Tagen wieder freigelegt. Foto links: Ehimetalor Akhere Unuabona on Unsplash. Foto rechts: Siraj Izhar

Erinnerungen im öffentlichen Raum können steingewordene Herrschaft sein und ebenso Auslöser oder Gegenstand von „Culture Wars“: Das Stürzen von Statuen, das Unkenntlichmachen von damit verbundenen Informationstexten oder Gedenkplaketten oder deren Ergänzung durch Graffiti etc. verhandeln zugleich, was legitim in einer Gesellschaft ist, wer dazu gehört und wer über gesellschaftliche Macht und Ressourcen verfügen darf. Kurz, es geht um die Aushandlung sozialer Regeln und normativer Prämissen, die unser aller Leben strukturieren. Und so beinhaltet der Kampf gegen Unterdrückung und Ungleichheit in modernen Gesellschaften auch den Kampf um Repräsentation. Repräsentation der Teile der Geschichte, die bislang ignoriert, verdrängt oder als scheinbarer notwendiges Übel des Fortschrittes legitimiert wurden. Repräsentation und die Anerkennung von Sklaverei, Menschenraub und Menschenhandel, Mord, Entrechtung, Landraub und niemals endender Demütigung. Repräsentation, die ein Gesellschaftssystem, welches auch heute noch auf denselben Ungleichheiten basiert und sie durch diverse Ideologien legitimiert, auf einer moralischen Ebene fundamental in Frage stellen.

Erinnert zu werden und ein Anrecht auf einen Erinnerungsplatz in einem materiellen Sinn einzufordern, sei es in Form von Denkmälern, Informationstexten oder Straßennamen, ist in gesellschaftliche Kämpfe eingebunden. Erinnerungskultur und ihre Manifestationen haben damit auch immer etwas Dynamisches, sie werden beständig in Frage gestellt und ausgehandelt. Das zeigt sich an der kollektiven Erinnerung an den Nationalsozialismus, an die Shoah und den Porajmos – den Genozid an Sinti und Roma. Nach 1945 allseitig beschwiegen und verdrängt, wurden in den 1950ern und 1960ern erste Denkmäler und Gedenkstätten gebaut als Resultat der Kämpfe von Überlebenden, ihrer Nachkommen sowie solidarischer Aktivist*innen. In den 1980er Jahren wurde die besondere Rolle der Shoah ins öffentliche Gedächtnis aufgenommen und sukzessive weitere Opfergruppen anerkannt.

Kämpfe um Erinnerung und Repräsentation können somit zu gesellschaftlichen Veränderungen führen. Sie können ein neues Bewusstsein für historische Verantwortung schaffen. Heute ist die Erinnerung an die Shoah und den Nationalsozialismus gesellschaftlicher „Mainstream“ geworden. Die dazugehörigen Gedenkstätten gehören heute längst zur „kulturellen Grundausstattung“ der Bundesrepublik, wie Volkhard Knigge, der ehemalige Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, einmal sagte. An manchen Stellen spricht man gar vom „Erinnerungsweltmeister“ Deutschland. Eike Geisel hat diesen neuen Nationalismus aus der Asche der Toten schon früh kritisiert. Denn nach wie vor wird das augenfällige Bekenntnis der Deutschen zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus von der Verdrängung der kollektiven Täterschaft begleitet. Zugleich gibt es eine erschreckende Fortdauer des Antisemitismus, aktuell zusätzlich verschärft durch die Konjunktur von Verschwörungsnarrativen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, was im

DAS BEKENNTNIS DER DEUTSCHEN ZUR AUFARBEITUNG DES NATIONALSOZIALISMUS WIRD VON DER VERDRÄNGUNG DER KOLLEKTIVEN TÄTERSCHAFT BEGLEITET.

Ein Denkmalbrunnen wird nach einer »Black Lives Matter« Demonstration 2020 in Oakland/USA gereinigt. Foto: Freddie Collins on Unsplash

Kontext der offiziellen, staatlich sanktionierten Erinnerungskultur bequemerweise ebenfalls „vergessen“ wird. Die historische Entwicklung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zeigt, wie ein gegenkulturelles Erinnerungsprojekt zu einer narzisstischen Plombe für die Mehrheitsgesellschaft werden konnte.

Der kritische Charakter von Erinnerungsorten und Gedenkstätten kann also dadurch „entschärft“ werden, dass der ursprünglich gesellschaftskritische Charakter auf ein symbolisches Zugeständnis der etablierten Institutionen reduziert wird. Das ist natürlich dem Umstand geschuldet, dass Denkmäler, Gedenkstätten etc. nicht ohne das Zugeständnis politischer Gremien und Verwaltungsapparate entstehen können. Denkmäler und Erinnerungen im öffentlichen Raum können aber auch zu Mitteln der Befriedung gesellschaftlicher Konflikte werden. So ist die Erinnerung an die kolonialen Verbrechen Deutschlands, die Völkermorde an den Herero und Nama, zwar mittlerweile in das öffentliche Gedächtnis der Bundesrepublik aufgenommen, jedoch ohne auch nur das geringste Zugeständnis in Bezug auf Reparationszahlungen an die Nachkommen zu leisten. Ein ähnliches Muster zeichnet sich für die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter*innen ab. Erst nachdem bereits viele der Betroffenen verstorben waren, konnte sich die Bundesregierung zu einer mickrigen Einmalzahlung durchringen.

Kämpfe um Erinnerung und Repräsentation sind vielfältig und sollen nicht verallgemeinert werden. Es geht um verschiedene Aspekte lokaler Geschichte, historischer Ungerechtigkeit und Forderungen für die Zukunft. Erinnerungen im öffentlichen Raum sind auf verschiedene Weisen mit gesellschaftlicher Macht verwoben, sie können demonstrative Bekenntnisse zu nationalen und militärischen Ideen sein, die infrage gestellt werden müssen. Sie können aber auch das Resultat einer hegemonialen Vereinnahmung widerständiger Kämpfe sein, indem versucht wird, gesellschaftliche Antagonismen durch Symbolpolitik zu befrieden, ohne die materielle Ungleichheit und die gewalttätigen Verhältnisse, welche in kapitalistischen Gesellschaften mit diesen Antagonismen untrennbar verbunden sind, zu verändern. Um es hier mit Adorno zu sagen: „Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären“. Es kann wohl kaum bestritten werden, dass die Ursachen für Rassismus, Antisemitismus und andere Strukturen von Ungleichheit untrennbar mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verwoben sind. Am Ende verweist somit alle Erinnerung an historische Ungerechtigkeit, Mord und Ausbeutung auf etwas Ähnliches: den Kampf gegen Kapitalismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, etc. und für eine befreite Gesellschaft. Der Kampf darum, bislang marginalisierte Perspektiven und historische Erfahrungen als gleichberechtigt mit bislang hegemonialen eurozentrischen, patriarchalen, rassistischen Narrativen anzuerkennen ist notwendig. Doch er verweist auf mehr als nur eine Frage der Repräsentation. Es muss darum gehen, die Ursachen der Ungerechtigkeit zu verhandeln und zu verändern, und zwar strukturell und materiell und nicht nur auf der Ebene symbolischer Anerkennung. Dies beinhaltet zugleich neue Möglichkeiten für Bündnisse und Formen der Solidarität.

▸ **Felicitas Kübler** arbeitet an der Uni Klagenfurt in der Geographie zum Thema Erinnerung, Macht und öffentlicher Raum.

DAS KLAPPERFELD IN FRANKFURT

Von einem politischen Gefängnis zu einem Ort des Gedenkens und Aktivismus

KLAPPERFELDPLENUM

1866 entsteht in der Frankfurter Innenstadt das Polizeigefängnis auf dem ehemaligen „Klapperfeld". Das Gebäude war immer ein Ort der politischen Repression: Während des ersten Weltkriegs wurden hier vermeintliche Kriegsgegner*innen eingesperrt, im November 1918 demonstrierten die revolutionären Matrosen zum Klapperfeld, um politische Gefangene zu befreien (es waren aber keine mehr eingesperrt). Im Nationalsozialismus diente der Ort als Gefängnis und Sammelpunkt für Deportationen politischer Gegner*innen und jüdischer Menschen. Nach dem Nationalsozialismus wurde das Gefängnis als Abschiebegefängnis genutzt und immer wieder wurden nach größeren Protesten Linke kurzzeitig dort inhaftiert.

Der Name zeigt an, dass es sich schon historisch um einen Ort der Ausgrenzung handelt: „Klapperfeld" verweist auf eine Praxis, bei der Menschen mit vermeintlich ansteckenden Krankheiten oder sonstigen Stigmata sich per Kolonne durch die Stadt bewegen mussten und dabei, um andere Menschen zu warnen, mit Geräuschen auf sich aufmerksam machen mussten, nämlich mit Klappern.

Das Klapperfeld wurde bis 2002 als Gefängnis genutzt. Sechs Jahre später zog die Initiative »Faites votre jeu!« („Macht euer Spiel!") ein, um dort ein selbstverwaltetes Kulturzentrum zu organisieren. Die Initiative eröffnete 2009 das Klapperfeld für Besucher*innen und Nutzer*innen. Die Beschäftigung mit der Geschichte des ehemaligen Polizeigewahrsams ist seitdem wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit. Anhand von Archivrecherchen und Zeitzeug*inneninterviews befasste sich eine Gruppe mit der Nutzung des Hauses während des Nationalsozialismus. Ein wichtiger Zugang ist die „archäologische" Arbeit am Gebäude selbst – immer wieder geben Fundstücke Hinweise auf Nutzungsweisen, Ereignisse und Biographien. So zeigt die zweite Dauerausstellung mit dem Titel »Raus von hier! Inschriften aus der Abschiebehaft«, die im Januar 2015 im zweiten Stock eröffnet wurde, anhand von Inschriften und deren Übersetzungen, Bruchstücke dessen, was heute noch über die Nutzung als Abschiebegefängnis und die Biographien der Inhaftierten rekonstruierbar ist.

„UND SO ETWAS IM ZENTRUM EINER STADT WIE FRANKFURT AM MAIN...."

Diesen Satz schreibt im Januar 1944 ein Gefängnisarzt aus dem Klapperfeld in einem Brief an den leitenden Polizeiarzt in Frankfurt. Er verweist darin auf die unerträglichen hygienischen Zustände im Haus. Tatsächlich erscheint die zentrale Lage des Gefängnisses einzigartig und bis heute wird immer wieder von bestimmten Akteur*innen gefordert, dieses „Schandbild" aus der Innenstadt zu tilgen.

Dem Bau des Polizeigefängnisses gingen politische Debatten über Zuständigkeiten und Bedürfnisse zu Strafvollzug und Polizei voraus. Die Eingliederung der freien Stadt Frankfurt in den preußischen Staat und die Auswirkungen des Kaiserreichs sind noch heute sichtbar: Das Gebäude wirkt wie eine Festung und ist im Vergleich zu anderen Gefängnissen aus dieser Zeit eher „altmodisch" konstruiert. Auf drei langgezogenen Stockwerken verteilt gab es 47 Einzelzellen und zehn Sammelzellen. Letztere wurden bisweilen mit jeweils etwa sieben Betten bestückt – ansonsten wurden ohne Schlafgelegenheit auch deutlich mehr Menschen im sogenannten „Zusammenschluss" in die Sammelzellen gesperrt.

Die etwa 1,5 Meter breiten und 3,5 Meter langen Zellen enthalten eine hochklappbare Stahlpritsche, einen Klapptisch und einen Klappstuhl – wahrscheinlich allesamt noch aus der Kaiserzeit. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs stattete man die Zellen mit jeweils einer Toilette und einem Waschbecken aus. Ein hohes vergittertes Fenster mit Sichtblende, die die Kommunikation nach draußen verhindern sollte, lässt kaum Licht in die dunklen Zellen. Das lässt Rückschlüsse auf die Vorstellung von Repression und die daraus resultierenden Ängste von Gefangenen zu: In den dunklen Zellen drohen Häftlinge vergessen zu werden.

KANN MAN AN SO EINEM ORT PARTYS FEIERN?

Nachdem die Initiative »Faites votre jeu!« ein leerstehendes Jugendzentrum in Frankfurt besetzt hatte, schlug die Stadt der Initiative an Stelle des Jugendzentrums die Nutzung des Klapperfelds vor. Der Vorschlag führte zunächst zu einigen internen Auseinandersetzungen und Debatten die den Alltag bis heute prägen: Kann/darf man in einem ehemaligen Gestapo-Gefängnis Partys feiern, Konzerte veranstalten und politische Arbeit organisieren? Es entwickelte sich kein Konsens innerhalb der Initiative und manche sprangen ab. Eine notwendige Voraussetzung für die Nutzung des Hauses bestand jedoch in der Schaffung von Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit seiner Geschichte. Auch wenn die städtischen und hessischen Archive anfänglich wenig Hoffnung für die Recherchen machten, konnten Mitglieder der Initiative umfangreiche Daten zur Nutzung des Hauses während des Nationalsozialismus zusammenstellen. Interviews mit ehemaligen Inhaftierten und deren Angehörigen belegten die zentrale Bedeutung des Hauses für die Organisation der Shoah in Frankfurt. Deswegen stehen die Biographien und Schicksale von inhaftierten Personen bis heute im Vordergrund der historischen Auseinandersetzung.

Ein Kompromiss, um die unterschiedlichen Nutzungen des Hauses mit seiner Geschichte zu vereinbaren, ist das Prinzip der Zugänglichkeit der Dauerausstellung im Keller des Hauses bei allen Veranstaltungen. So soll erreicht werden, dass auch zufällige und erstmalige Besucher*innen erfahren, dass es sich beim Klapperfeld nicht einfach um ein alternatives Zentrum oder um eine x-beliebige Partylocation handelt, sondern um einen historischen Ort der Repression. Gleichzeitig kann der Verweis auf die regelmäßigen Ausstellungsöffnungszeiten und öffentlichen

Führungen am ersten Samstag des Monats ein Angebot zur weiteren individuellen und gemeinsamen Auseinandersetzung geben. Diese Angebote können nicht die Tatsache auflösen, dass sich einige, insbesondere Menschen mit eigener Knasterfahrung, im Haus immer unwohl fühlen werden. Aber es kann zumindest teilweise verhindern, dass die Atmosphäre auf einen „Eventcharakter" reduziert wird und die dahinterstehenden Schicksale vieler Menschen vergessen werden. Das „Unwohlsein" gehört dazu.

Hier verlaufen die Konfliktlinien: Das Klapperfeld möchte ein Ort niedrigschwelliger Partizipation sein. Aber die Architektur, die Geschichte des Hauses wie auch die Emotionen, die es hervorruft, wirken diesem Anspruch teilweise entgegen (neben anderen Ausschlussmechanismen, die in der linken Szene reproduziert werden). Wie kann diese Konfliktlinie zwischen Erinnerung und Teilhabe überbrückt werden? Die etwas unbefriedigende Antwort darauf scheint zu sein: gar nicht. Wer ein Projekt wie das Klapperfeld organisiert, muss Widerstände und Konflikte aushalten. Das bedeutet aber auch, dass es in der Verantwortung der einzelnen Akteur*innen liegt, Differenzen transparent zu machen.

UND HEUTE?

Das Klapperfeld versteht sich als heterogenes, offenes und partizipatives Projekt. Der Umgang mit der Geschichte ist für uns dabei nicht abgeschlossen oder vorgegeben. Grundsatzdiskussionen zum Verhältnis von Geschichtsarbeit, Erinnerung und den Inhalten des Kulturzentrums werden immer wieder neu verhandelt.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Hauses führt zu einigen Besonderheiten in der Organisation: Nicht alle trauen sich die Erinnerungsarbeit zu, manche arbeiten intensiver daran, andere nutzen das Klapperfeld lediglich für ihre eigenen Projekte. Das kann zu Hierarchien und Unmut führen. Es gibt einen Konsens darüber, dass die Geschichtsarbeit ein notwendiger Bestandteil der politischen Auseinandersetzung im Klapperfeld ist, nicht jedoch darüber, wer die dafür nötige Zeit und Arbeit aufbringt. Zudem stellt sich die Frage, welche Legitimation wir als Initiative haben und welche Professionalität die Aufarbeitung eines solchen Projekts beinhalten muss. Die Motivationen und Hintergründe der Beteiligten sind unterschiedlich (und das führt auch zu diversen Zugängen zu politischen Themen): Manche haben eine Affinität zu geschichtspolitischen Fragen und einige sehen in der Aufarbeitung der Geschichte selbst ein politisches Moment für Kritik an heutigen Zuständen. Daher wird das Klapperfeld alle Jahre wieder (meistens im Turnus der Kommunal- und Landtagswahlen) als Störer der Frankfurter Seelenruhe beschrien, insbesondere von konservativen und rechten Parteien.

Die Angriffe durch politisch rechte und konservative Parteien, die des Öfteren eine Umwandlung des denkmalgeschützten Gebäudes in ein Parkhaus oder ein neues Gerichtsgebäude fordern und dabei von einem „Filetstück" des Frankfurter Immobilienmarktes sprechen, zeigen, wie prekär die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus in Frankfurt ist. Aber es gibt auch zahlreiche antifaschistische Initiativen, die den Opfern des Nationalsozialismus gedenken und Erinnerungsarbeit in der Stadt sichtbar machen. Das Klapperfeld versteht sich als Teil davon und leitet von der Geschichte des Hauses den Imperativ ab, dass aus der Beschäftigung mit der Geschichte eine antifaschistische Haltung in der Gegenwart folgt.

▸ **Das Klapperfeldplenum** ist das koordinierende Gremium des selbstverwalteten Zentrums Klapperfeld

▸ **Weiterlesen:** ▹ faitesvotrejeu.org, ▹ klapperfeld.de

▸ **Mehr zur Ausstellung „Raus von hier!":** ▹ hinterland-magazin.de/artikel/ich-will-raus-von-hier

EINE WIEDERENTDECKTE SEITE DES WIDERSTANDS

Im »Museo della Resistenza Europea« in Genua bewahren Ehrenamtliche antifaschistische Geschichte

PAOLO MIGONE

Am 19. November 1972 verbreiteten die italienischen Zeitungen die Nachricht, dass im Studierendenwohnheim »Casa dello Studente« in Genua Folterzellen der Gestapo entdeckt worden waren. In der Nacht zuvor sei der letzte Ziegelstein einer Mauer gefallen, hinter der sie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs jahrelang versteckt gewesen waren, berichtete die Zeitung »Il Lavoro«. Partisan*innen, Jüd*innen und Gegner*innen des Faschismus waren im sogenannten „Keller der Qualen" während des Faschismus eingesperrt gewesen.

Das »Casa dello Studente« wurde zwischen 1933 und 1935 von der Universität Genua errichtet und kurz nach seiner Fertigstellung von der faschistischen Partei Italiens übernommen. Nach der Besetzung Italiens durch deutsche Truppen diente es ab 1943 der Gestapo als Hauptquartier sowie als Verhör- und Folterzentrum, in dem auch Hinrichtungen stattfanden. Im April 1945 entdeckten Partisan*innen, vor denen die deutschen Truppen in Genua kapituliert hatten, im Keller des Gebäudes Folterwerkzeuge, Blutspuren, Knochenteile und Fingernägel. Eine kurze Zeit lang erfuhren das Gebäude und seine Geschichte während des Faschismus Aufmerksamkeit. Doch schon ein Jahr später wurde es wieder von der Universität Genua genutzt und die Zugänge zu den unterirdischen Gängen, in denen die Gefängnis- und Folterzellen lagen, zugemauert. Der „Keller der Qualen" verschwand hinter einer weiß getünchten Wand.

VERDRÄNGTE GESCHICHTE

Die ehemaligen Folterzellen sollten im Sinne einer „nationalen Versöhnung" unsichtbar bleiben und nicht an die eigene faschistische Geschichte Italiens und das Bündnis mit Nazi-Deutschland erinnern. Die Selbstbefreiung durch die Partisan*innenbewegung wurde zum nationalen Mythos eines demokratischen Nachkriegsitaliens.

Viele der für Folter und Mord Verantwortlichen – Italiener*innen wie Deutsche – entgingen einer Verurteilung. Sie wurden amnestiert, freigesprochen oder überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen. Ein Beispiel für diese Verdrängung von persönlicher Verantwortung ist auch unmittelbar mit der Geschichte des »Casa dello Studente« verbunden: Als die Universität von Genua 1950 einen neuen Geschäftsführer ernannte, der im Studierendenwohnheim eine Wohnung bezog, wurde nicht thematisiert, dass er schon 1920 Mitglied der Faschistischen Partei Italiens gewesen war. Er war nicht nur ein einfaches Mitglied, sondern hatte am sogenannten „Marsch auf Rom", der Machtergreifung Mussolinis, teilgenommen und anschließend als hochrangiger faschistischer Beamter in Florenz, Viterbo und Siena Karriere gemacht. Es war ganz in seinem Sinne, dass die Erinnerung an den „Keller der Qualen" hinter einer Wand verschwunden blieb.

EIN GENERATIONENGESPRÄCH UND DIE WIEDERENTEDECKUNG

Ende der 1960er Jahre lernte eine Gruppe junger Bewohner*innen des Studierendenwohnheims Fabrikarbeiter*innen, ehemalige Partisan*innen und Widerstandskämpfer*innen kennen. Sie berichteten ihnen, was sie während der Zeit des Faschismus erlebt hatten und erzählten von der Funktion des Wohnheims als Verhör- und Folterzentrum der Gestapo während des Zweiten Weltkriegs. Gemeinsam begannen sie, die Geschichte des Gebäudes zu rekonstruieren.

Mit der Öffnung der Zugänge zu den ehemaligen Folterzellen durch Bewohner*innen des »Casa dello Studente« 1972 und der Wiederentdeckung des „Kellers der Qualen" entstand die Idee, die Räume als Gedenkstätte zu erhalten und einzurichten. Eine Dauerausstellung sollte – anders als bei vielen antifaschistischen Erinnerungsorten Italiens – nicht nur das widerständige Italien fokussieren, sondern die europäische Dimension des Widerstandes gegen den Faschismus abbilden. Explizit sollte auch deutscher Antifaschist*innen gedacht werden, deren Widerstand gegen das NS-Regime in Italien wenig bekannt ist.

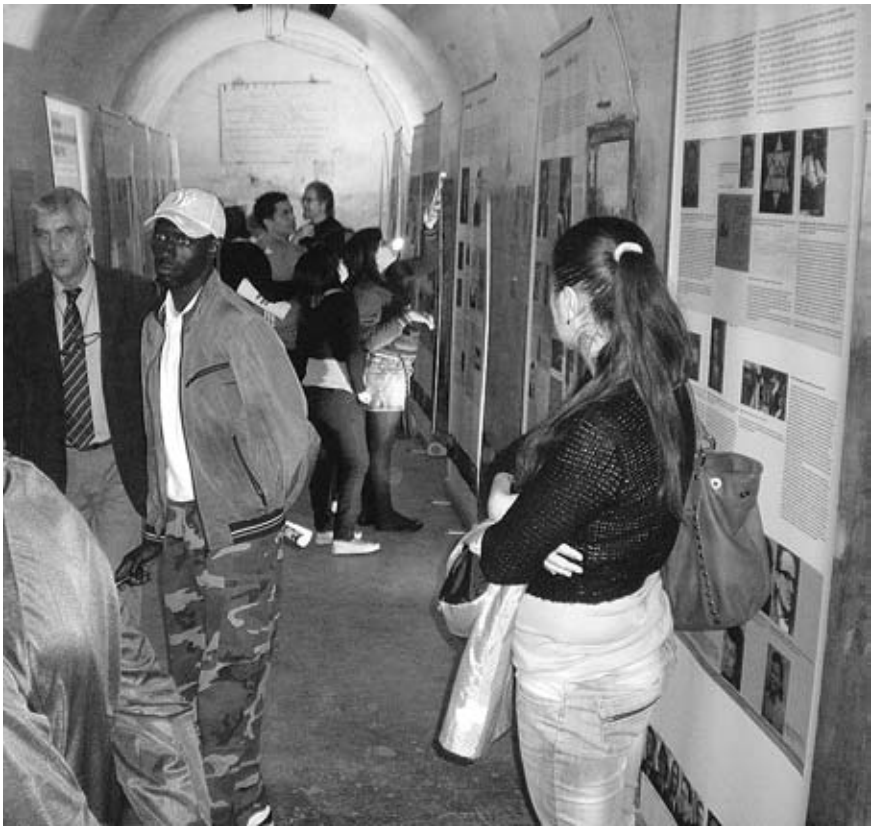
In der seit 1974 eingerichteten Ausstellung steht dafür beispielhaft der deutsche Widerstandskämpfer Rudolf Seiffert. Seiffert war Siemens-Arbeiter und gehörte der Berliner Gruppe »Säefkow-Bastlein-Jakob« an. Er wurde im September 1944 verhaftet und im Januar 1945 in einem brandenburgischen Gefängnis hingerichtet.

EIN MUSEUM DES EUROPÄISCHEN WIDERSTANDS

Das Studierendenwohnheim ist heute nicht nur ein Denkmal, sondern auch ein Ort des Engagements und der Debatte über den antifaschistischen Widerstand in Europa. Jährlich finden öffentliche Gedenktage statt.

Die Arbeit im Museum und den angegliederten Einrichtungen – dem Dokumentationszentrum »Logos« und »Genova Sociale« – ist ehrenamtlich und eigenfinanziert. Zu den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Unterstützer*innen gehören auch Mitglieder der »Nationalen Vereinigung der Partisan*innen Italiens« und dem »Nationalen Verband der Ex-Deportierten in NS-Lager«. Es bestehen Kontakte zur VVN-BdA in Berlin.

Das »Museo della Resistenza Europea im Casa dello Studente« möchte die Erinnerung an die Ermordeten, Gefolterten und Verfolgten lebendig halten und antifaschistisches Engagement verbreitern. Es organisiert Konferenzen, Debatten und Veröffentlichungen – nicht nur in Genua, sondern in ganz Italien und seit einigen Jahren auch in Deutschland.



▸ **Paolo Migone** arbeitet im »Centro di Documentazione Logos«, das dem »Museo della Resistenza Europea im Casa dello Studente« in Genua angegliedert ist.

E-Mail: centrodocumentazionelogos@gmail.com

▸ **Weiterlesen**

Webseite des »Centro di Documentazione Logos«
▹ centrodocumentazionelogos.blogspot.com

Das »Museo della Resistenza Europea alla Casa dello Studente di Genova« auf facebook
▹ Casa-dello-Studente-di-Genova-Museo-della-Resistenza-europea

Piero Ferrazza und Luigi Barco: „La Casa dello studente di Genova. Una pagina della Resistenza" (Das Studentenwohnheim in Genua. Eine Seite des Widerstands), Italienisch, Pantarei 2012. Es gibt eine gestraffte deutsche Ausgabe in der Broschüre: „Die verborgene Seite des italienischen und deutschen Widerstandes – Das Studentenwohnheim von Genua".

▸ **Fotos:** »Museo della Resistenza Europea alla Casa dello Studente di Genova«

„EIN BILD EINER GESELLSCHAFT, FÜR DIE MIGRATION INTEGRALER BESTANDTEIL DES ZUSAMMENLEBENS IST“

Bewohner*innen und Initiativen kämpfen für ein Mahnmal in der Kölner Keupstraße zum Gedenken an die Opfer der Anschläge des NSU 2001 und 2004
Ein Interview mit Gesine Schütt und Daniel Poštrak von der Initiative »Herkesin Meydanı – Platz für Alle«.

INTERVIEW: KATHI KING

Wie lange seid ihr schon dabei, dieses Mahnmal zu planen und zu fordern?

Daniel: Das ist tatsächlich gar nicht so leicht zu beantworten. Es gibt keinen Tag null, an dem alles begann. Der Hintergrund sind der Nagelbombenanschlag in der Keupstraße und der gesellschaftliche Umgang mit den Betroffenen in den Jahren danach. Die Erfahrung, dass die Opfer schnell wussten, dass Neonazis die Täter*innen waren, sie den rassistischen Hintergrund benannten – und niemand ihnen glaubte. Es gab Drohungen seitens der Ermittler*innen, Einschüchterungsversuche, es gab das vorherrschende Narrativ der kriminellen Keupstraße. Immer wieder wurden Bewohner*innen der Straße unter Druck gesetzt, andere zu denunzieren. Die Opfer wurden zu Täter*innen erklärt. Nach dem Anschlag 2004 folgten sieben lange Jahre, in denen die Keupstraße im Grunde genommen auf sich selbst gestellt war. 2011 war dann mit der Enttarnung des NSU plötzlich klar: Die Bewohner*innen der Keupstraße haben natürlich nicht selber diese Bombe gelegt, sondern Nazis. Ab dem Moment wurde auch in der Keupstraße wieder anders über den Anschlag gesprochen. Es gab das Bedürfnis, endlich als Opfer anerkannt zu werden. An anderen Anschlagsorten des NSU wurden Plaketten installiert, es wurde der Opfer gedacht – nur nicht in Köln.

Aus welchen Zusammenhängen und Gruppen ging die Initiative für das Mahnmal hervor?

Daniel: Es gibt verschiedene Initiativen, wie zum Beispiel die Initiative »Dostluk Sineması«, die ab 2011 eine Film- und Veranstaltungsreihe in der Keupstraße durchgeführt hat, und dann später die Initiative »Keupstraße ist überall«. Die Forderung nach einem Gedenkort wurde immer wieder von den Betroffenen des Anschlags formuliert. Als Initiativen haben wir diese Forderung verstärkt, so dass sie auch von städtischen Playern nicht mehr ignoriert werden konnte. Schließlich hat der Integrationsrat einen Vorschlag zur Errichtung eines Mahnmals in den Stadtrat eingebracht, der dann 2015 angenommen wurde.

Das war 2015, erst vier Jahre nach der Aufdeckung des NSU-Komplexes?

Gesine: In der Tat hat die Stadt vier Jahre gebraucht, bis die Idee eines Denkmals konkret wurde. Der Entwurf für das Denkmal ging aus einem städtisch ausgelobten Wettbewerb hervor, der mit 50.000 Euro dotiert war. Das ist nicht viel. Der einstimmig ausgewählte Entwurf kommt vom Künstler Ulf Aminde. Teil seines Konzeptes ist die enge Zusammenarbeit mit den Initiativen und Betroffenen.

Wie wurde über den Entwurf abgestimmt?

Gesine: Neben den Betroffenen des Anschlags und den Initiativen waren auch Kulturschaffende und Personen aus politischen Gremien beteiligt. Und jede*r hatte jeweils eine Stimme im Wettbewerb. Entscheidend war, dass die Betroffenen so formal die Abstimmungsmehrheit in der Jury hatten. Das hat uns hoffnungsvoll gestimmt, dass etwas Gutes dabei herauskommen würde. Allerdings fingen da auch die Probleme mit der Stadt an. Denn der Entwurf sah einen speziellen Ort für das Mahnmal vor, der in Sichtweite vom Anschlagsort lag. Diese Fläche war zwar eine Industriebrache, jedoch im Besitz einer privaten Investorengruppe.

Wie habt ihr andere Menschen mobilisiert, sich für das Mahnmal starkzumachen? Und welche Methoden und Instrumente habt ihr eingesetzt, um die Leute und ihre Ideen und Wünsche einzubinden?

Gesine: Uns ist schnell klar geworden, dass wir gezielt um das Mahnmal und den Ort, an dem es stehen soll, kämpfen müssen. Auf die Stadt ist kein Verlass. Wir waren es, die aus dem Internet Bebauungspläne gezogen haben. Ulf hat ein Mahnmal-Modell gebaut, eine Augmented-Reality-Vorabversion. Wir begannen, den Ort für öffentliche Veranstaltungen zu nutzen, um zu zeigen: Genau hier tauscht man sich aus, wird Rassismus thematisiert, sind wir präsent.

Eine Veranstaltung hieß »Dostluk Sineması – Kino der Freundschaft«, was war das?

Daniel: Wir haben uns gefragt: Was ist da passiert? Ein Bombenanschlag, und wir sind nicht in der Lage, die rassistische Dimension zu erkennen? Wir organisierten Filmvorführungen über die Geschichte von Rassismus und Neonazis seit dem Mauerfall, diese neue Qualität des Rassismus, die wie eine Linie in die Keupstraße führte. Wir luden Menschen ein, die von den damaligen Anschlägen betroffen waren. Und die machten den Menschen dort Mut, wiederum ihre Geschichte zu erzählen.

Das war 2013 – das erste Mal, dass es etwas Derartiges gab. Wir waren da in genau den Läden, die immer rassistisch stigmatisiert worden waren. In den Hinterzimmern, den verrauchten Spiel-Cafés, der Süßwarenbäckerei, dem Restaurant, sogar in Hinterhöfen. Die Forderungen der Initiativen entstanden aus diesen Geschichten. Da ging es nicht darum, eine kurzfristige Kampagne zu führen, sondern sich als Teil einer langfristigen Auseinandersetzung zu sehen.

Warum ist das eine langfristige Auseinandersetzung?

Daniel: Wichtig ist, dass das Problem nicht nur der Anschlag selbst war, den irgendwelche Nazis verübt haben,

Entwurf des Mahnmals Keupstraße: Ein Haus wird angegriffen, ein neues gebaut. Eine Betonplatte symbolisiert den Grundriss des Hauses, vor dem die Nagelbombe detonierte. Die Wände des Hauses werden als Augmented Reality mittels einer Smartphone-App sichtbar – in Form von Filmen, die Rassismus, Migrationsgeschichte und migrantischen Widerstand thematisieren. Rendering: © Studio Ulf Aminde 2019

Plakataktion am 9. Juni 2019 anlässlich des Jahrestages des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße. Foto: Dörthe Boxberg/Herkesin Meydanı

sondern auch die Stigmatisierung, die das Geschehen davor und danach so stark beeinflusst hat: Die Keupstraße ist ein Symbol des migrantischen Lebens in Deutschland. Sie ist weit über Köln hinaus bekannt. Das ist der Grund, warum Nazis gerade diesen Ort gezielt angegriffen haben. Die Geschichte der Keupstraße steht stellvertretend für die Auflösung des Gastarbeiter*innenregimes, dafür, dass Menschen sich hier dauerhafte Existenzen und Rechte erkämpft haben. Dafür, dass Migration integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft ist und diese mitbestimmt. Dieser emanzipatorische Prozess wird auch in der Auseinandersetzung um das Mahnmal sichtbar und zeigt, dass er umkämpft ist.

Gesine: Am 20. Februar letzten Jahres war der Anschlag in Hanau. All die Jahre gab es die Forderung „kein nächstes Opfer" – und dann ist es wieder passiert. Viele Initiativen haben spontan an diesem Tag eine gemeinsame Trauerversammlung organisiert. Uns war sofort klar, die kann nur in der Keupstraße stattfinden. Da sind die Menschen, die vor Jahren auch einen Anschlag erlebt haben. Und diese Leute haben sich organisiert und gemeinsam an Stärke gewonnen. Die Keupstraße ist sehr eng, eine ganz schmale Straße, die durch die Migration seit den 1970er Jahren erhalten, belebt und geprägt wurde. Schon dieser Prozess bedeutete Kämpfe – gegen die Bürokratie, für das Bleiben, das Wirtschaften, um Anerkennung. Und dann standen wir am Tag nach Hanau in dieser Straße – 16 Jahre nach dem Anschlag des NSU – und es war sehr bewegend, tröstend und empowernd, die Stärke dieses Ortes nach so einem furchtbaren Ereignis zu erleben. Die Geschichte der Keupstraße darf nicht vergessen werden, sie muss immer wieder neu erzählt werden.

Unterm Strich – wie ist der aktuelle Stand und wie wird es weitergehen?

Gesine: Im September letzten Jahres wurde das Grundstück, auf dem das Mahnmal geplant war, an eine neue Investmentfirma verkauft. Im Dezember 2020 stellte sie eine Bauvoranfrage. Auch wenn die Stadt von ihren stadtplanerischen Instrumenten in Form von Bebauungsplänen, partizipativen Planungen oder dem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch gemacht hat – so hat sie immerhin mit der neuen Eigentümerin über den gerade so notwendigen Platz für das Mahnmal an der gewünschten Stelle verhandelt. Qualitativ kommt baulich eventuell nicht das Beste raus und die Stadt hat eine riesige Chance vertan, hier Raum für einen wirklich beispielhaften, besonderen Platz zu schaffen. Aber das Mahnmal kommt – und zwar bald und an die geforderte Stelle. Das hätte vor zwei Jahren niemand für möglich gehalten und das ist super.

Daniel: Ich würde sagen, es ist ein großer Erfolg, den wir gemeinsam mit der Keupstraße erkämpft haben. Zum ersten Mal bekennt sich die Stadt öffentlich zu dem geforderten Standort für das Denkmal. Jetzt geht es erst richtig los: Wie wird das Mahnmal aussehen, wie groß und sichtbar wird es, welches Gedenken wird dort möglich sein? Es soll – weit über das Mahnen hinaus – ein Ort werden, an dem Treffen, Ausstellungen, Kino und vieles mehr möglich werden soll. Das Ganze soll nicht nur das Leid dokumentieren, sondern ein Bild einer Gesellschaft, für die Migration integraler Bestandteil des Zusammenlebens ist. Wir sind optimistisch, dass hier ein guter Platz für alle – ein Herkesin Meydanı – gebaut wird.

▸ **Gesine Schütt** ist Architektin in Köln. **Daniel Poštrak** arbeitet für die Kölner Stadtzeitung »Stadtrevue« und als Filmemacher für Initiativen und Gewerkschaften, mit einem Schwerpunkt auf den Themen Antirassismus und Migration. Beide sind im bundesweiten Netzwerk »Tribunal NSU-Komplex auflösen« und bei »Herkesin Meydanı – Platz für Alle« aktiv.

▸ Das Interview führte **Kathi King**. Sie ist Teil der Común-Redaktion.

▸ **Weiterlesen**
▹ mahnmal-keupstrasse.de

BAUSTELLE ZOO

Im Leipziger Zoo gibt es keine Erinnerungskultur an die koloniale Vergangenheit

LINDA LOU SCHÄDLICH

Zoos sind für viele Menschen Orte, zu denen man an sonnigen Wochenenden Ausflüge mit Kindern macht. Dort schaut man mit einem tropfenden Eis in der Hand den süßen Erdmännchen zu. Danach wird ein Selfie mit Zebra im Hintergrund gemacht und vor dem Gehege der Pinguine kann man erleben, wie sie gefüttert werden.

Nur selten ist man sich bei diesen Ausflügen bewusst, wie eng die Entstehung von Zoos mit der Kolonialgeschichte zusammenhängt. Bis heute bestehen koloniale Kontinuitäten in diesen Institutionen fort. So hing die Beschaffung der Tiere in zahlreichen Zoos zu Kolonialzeiten mit der Großwildjagd in den Kolonien zusammen. Das führte dazu, dass dort viele Tierarten fast ausgerottet wurden. Oft fand bei der Gründung der Zoos die rassistische und menschenverachtende Praxis sogenannter „Völkerschauen" statt, die die rassistischen Darstellungsweisen in Zoologischen Gärten normalisierte.

Viele Zoos nehmen aktuell ihre Verantwortung in der Aufarbeitung ihrer Geschichte nicht wahr. Das ist jedoch wichtig, um zu verstehen, wie rassistische Strukturen in der Gesellschaft entstanden sind, und besonders, wie sie abgebaut werden können. Bis heute profitieren Zoos von postkolonialen Strukturen und verdienen Geld auf Kosten von durch Rassismus betroffenen Menschen. Der Leipziger Zoo ist hier keine Ausnahme. Aber wie in einigen anderen Städten fordert die Zivilgesellschaft in Leipzig immer lauter ein, die rassistischen Strukturen aufzudecken und abzubauen.

Auf dem Gelände des heutigen Leipziger Zoos wurden, noch bevor die ersten Tiere zu sehen waren, Menschen ausgestellt. Diese Praxis der sogenannten „Völkerschauen" fand in unterschiedlicher Weise in vielen europäischen Städten statt. Hierbei handelte es sich um eine exotisierende Inszenierung von Menschengruppen aus kolonisierten Gebieten. Unter dem Deckmantel der kulturellen Begegnung, Bildung und Forschung wurden rassistische Menschenbilder geprägt und verbreitet. Die ausgestellten Menschen kamen auf verschiedenen Wegen nach Europa. Ihre Lebenswege sind danach sehr unterschiedlich verlaufen: Manche gingen zurück, manche blieben – und manche Menschen starben während ihres Aufenthalts in europäischen Ausstellungen. Ihre Biographien sind vielfach unbekannt und nicht oder nur leidlich dokumentiert worden. Auch in der Gegenwart gibt es bisher wenige Bemühungen, diese Lebensgeschichten zu recherchieren und zu erzählen. Diese Geschichten und Schicksale sind blinde Flecken in der westlichen Erinnerungskultur, weil die Praxis des Menschenausstellens bislang kaum aufgearbeitet wurde. Diese Aufarbeitung ist jedoch sehr wichtig, da die Zurschaustellung von Menschen eine sehr gewaltvolle Praxis darstellte, die BIPoC (Schwarze, Indigene und Menschen of Color) objektifizierte, sie den Blicken einer weißen Dominanzgesellschaft aussetzte und sie auf entmenschlichende Art und Weise inszenierte. Darüber hinaus prägte diese koloniale Praxis noch lange die Art, wie vermeintlich „andere" Kulturen dargestellt wurden und auch noch immer werden: Ihre Geschichten sagen viel darüber aus, wie Rassismus in unserer Gesellschaft verankert ist.

Die Lebensgeschichten der Menschen, die diese Ausstellungen organisiert haben, sind jedoch sehr bekannt. Nach ihnen sind öffentliche Einrichtungen benannt und sie werden als Zoo-Gründer in Ehren gehalten. Das ist beim ersten Leipziger Zoo-Direktor Ernst Pinkert ähnlich wie beim Hamburger Zoo-Gründer Carl Hagenbeck.

In Leipzig wurden 2009 und 2010 eine Straße und eine Grundschule nach Ernst Pinkert benannt. An die 750 Menschen, die zwischen 1876 und 1931 im Leipziger Zoo ausgestellt wurden, erinnert nichts – weder auf dem Zoogelände, noch im öffentlichen Raum. Der Zoo erschwert es außerdem, an Informationen über diesen Teil ihrer Geschichte zu kommen. In dem Bereich des Zoos, der sich der Vermittlung seiner Geschichte widmet, sind die sogenannten „Völkerschauen" kaum präsent. In der über 270 Seiten umfassenden Chronik des Zoos, die man erst kaufen muss bevor man sie lesen darf, wird sich dem Thema auf sechs Seiten gewidmet. Vier Seiten davon sind unkommentiertes Bild- und Zeitungsmaterial, das im Zusammenhang mit den „Völkerschauen" entstand. Beide Beiträge sind unkritisch und reproduzieren Rassismus. Sie haben mit Aufarbeitung und rassismuskritischer Erinnerungskultur nichts zu tun. Auf der Internetseite des Leipziger Zoos war von der Geschichte der Menschenausstellungen bis zum Sommer 2020 gar nichts zu lesen. Dies änderte sich, als Menschen

Das Eingangstor zum Leipziger Zoo | Foto: Frank Vincentz

anfingen, öffentlich auf die fehlende und missgeleitete Erinnerungskultur hinzuweisen. Jetzt ist dort eine Rechtfertigung dafür zu finden, warum Pinkert in Ehren gehalten werden sollte. Die Geschichte der ausgestellten Menschen sei nach Angaben des Zoos aufgearbeitet.

Ein Positivbeispiel, wie Aufarbeitung aussehen kann, stellt die Anfang 2020 in Berlin eröffnete Ausstellung »zurückGESCHAUT« dar. Sie ist aus der Zusammenarbeit der »Initiativer Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)« und »Berlin postkolonial e.V.« mit dem »Bezirksmuseum Treptow-Köpenick« entstanden. Die Erarbeitung dieser Ausstellung und die Ausstellung selbst sind Teil eines Prozesses, die Geschichte von 106 Kindern, Frauen und Männern aufzuarbeiten, die im Sommer 1896 im Treptower Park als Teil der „Ersten Deutschen Kolonialausstellung" zur Schau gestellt wurden. Bei der Entwicklung des Ausstellungskonzeptes, der Auswahl der Bilder und dem Verfassen der Texte hatten Schwarze Menschen entscheidende Rollen. Die Ausstellung stellt die Biographien der zur Schau gestellten Individuen in den Mittelpunkt und leistet einen Beitrag zur Geschichte von Kolonialismus, Rassismus und Schwarzem Widerstand in Deutschland. Sie ist ein Beispiel dafür, wie der Beginn eines Aufarbeitungsprozesses aussehen kann.

In Leipzig zeigt der Zoo bislang kein Interesse an solchen Formen der Aufarbeitung. Die Erinnerungskultur ist nicht das einzige Manko des Zoos: Auch die aktuelle Zoogestaltung zeigt, dass die Verantwortlichen sich wenig mit der Geschichte ihrer Institution und der daraus erwachsenden Verantwortung auseinandergesetzt haben.

Die Leipziger Zivilgesellschaft weist schon seit Längerem auf die Lücke in der Erinnerung und aktuelle problematische Gestaltung im Zoo hin. So gehen immer wieder Beschwerden im Zoo ein, die auf (kolonial-) rassistische Darstellungen, Texte, Hinweistafeln, Architektur, Tiernamen, Bilder und Veranstaltungen hinweisen. Beispiele hierfür sind Affennamen, die rassistisch Schwarzen Menschen gegenüber sind, oder Hinweistafeln, die BIPoCs als Naturzerstörer*innen und weiße Menschen als Umweltretter*innen zeigen, ohne die globalen Zusammenhänge der Umweltproblematik darzustellen.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich in den letzten Jahren zum Zoo geäußert haben, sind zum Beispiel die »AG Leipzig Postkolonial«, die seit fast zehn Jahren in ihren Stadtrundgängen die Geschichte der „Völkerschauen" im Leipziger Zoo thematisiert. Und damit ist die Gruppe nicht allein. Im Juni 2020 stellte eine Leipzigerin eine Einwohnerinnenanfrage an den Leipziger Stadtrat. Sie wollte wissen, wie die Benennung einer Straße und einer Grundschule nach dem Zoo-Gründer Ernst Pinkert gerechtfertigt werden kann, der verantwortlich für die Zurschaustellung von Menschen im Leipziger Zoo war. Hierdurch ist breitere mediale Aufmerksamkeit für das Thema geschaffen worden. Daraufhin veröffentlichte der »Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen e.V.« und der Verein »Deutsch-Spanische Freundschaft e.V.« Stellungnahmen, welche eine Umbenennung der Pinkert-Straße und -Schule forderten. Diese Ehre sollte ihrer Ansicht nach in einer sich als offen und tolerant gebenden Gesellschaft Opfern von Rassismus und antirassistischen Widerstandskämpfer*innen gebühren. Die »AG Leipzig Postkolonial« trug mit Interviews und Artikeln in lokalen Zeitungen zu der Debatte bei. Am 27. Februar 2021 veranstalteten Schwarze Aktivist*innen von der Leipziger »Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, le-diasporique« und »Black Lives Matter-Leipzig« im Rahmen des Black History Month eine Demo vor dem Zoo, um unter anderem auf koloniale Kontinuitäten und aktuelle Rassismen dort hinzuweisen. Die Autor*innen des antirassistischen Blogs »Wir muessten mal reden« starteten im Frühjahr 2021 eine E-Mail-Aktion, um den Zoo auf kolonialrassistische Inhalte auf ihren Schautafeln hinzuweisen, die exotisierenden Abendveranstaltungen zu kritisieren und auf die Kontinuitäten mit den „Völkerschauen" aufmerksam zu machen. Sie veröffentlichten ihre Kritik zusammen mit einer Sammlung und Analyse der rassistischen Fundstücke aus dem Zoo. Anschließend forderten sie zu der politischen Aktion auf, den Zoo mit sehr vielen Beschwerde-E-Mails zu konfrontieren. Diese Aufzählung zivilgesellschaftlicher Interventionen ist mit Sicherheit nicht vollständig. Sie zeigt aber, dass der Zoo einer dekolonialen Grundsanierung mit offenem Ausgang bedarf und das Konzept Zoo auf dem Prüfstand steht.

Auch auf kommunalpolitischer Ebene wird Druck ausgeübt. Da der Zoo ein kommunales Unternehmen der Stadt Leipzig ist, liegt auf dieser Ebene ein gewisser Spielraum für Mitsprache bei der Ausgestaltung des Zoos. Sowohl das Jugendparlament, der Migrantenbeirat als auch die Stadtratsfraktionen der Parteien Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE stellten Anträge zu verschiedenen Aspekten im Zusammenhang mit einer postkolonialen Auseinandersetzung um den Zoo. Dabei reichen die Anliegen von der Beendigung der sogenannten „exotischen Abendveranstaltungen", der Anfertigung einer unabhängigen Studie über die koloniale Vergangenheit des Zoos, zu ganz Grundsätzlichem, beispielsweise in eine offene Diskussion einzutreten. Der im November 2020 im Stadtrat beschlossene Antrag der Linksfraktion „Leipziger Kolonialgeschichte in die Erinnerungskultur auf[zu] nehmen" macht Hoffnung. In diesem verpflichtet sich die Stadt, ein Konzept zur Erinnerungskultur zu entwickeln unter Beteiligung zahlreicher Akteur*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Leipziger Institutionen. Dabei ist die Fülle und Pluralität von Beteiligten bereits sehr groß, einzig der Leipziger Zoo ist nicht willens, sich zu beteiligen.

Zoologischer Garten.
Suaheli-
Karawane.
Vorführungen in ihren Sitten und Gebräuchen
Nachmittags 4 und 6 Uhr.
„Lebende Bilder"
von der Suaheli-Karawane gestellt, arrangirt und in Scene
gesetzt von Ernst Pinkert.
Täglich 2 Vorstellungen: Nachmittags ½7 Uhr u. Abends bei elektr. Beleuchtung um 9 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. Kinder 25 Pfg. Alle Billets haben Giltigkeit.
Für die Lebenden Bilder reservirte Plätze: I. Platz 50 ₰, II. Platz 30 ₰.
Ernst Pinkert.

Anzeige aus dem »Leipziger Tagblatt« von 1894 zur Bewerbung der „Menschenschau" »Suaheli-Karawane«.

DIE ERINNERUNGSKULTUR IST NICHT DAS EINZIGE MANKO DES ZOOS: AUCH DIE AKTUELLE ZOOGESTALTUNG ZEIGT, DASS DIE VERANTWORTLICHEN SICH WENIG MIT DER GESCHICHTE IHRER INSTITUTION UND DER DARAUS ERWACHSENDEN VERANTWORTUNG AUSEINANDERGESETZT HABEN.

▸ **Linda Lou Schädlich** ist seit 2018 Mitglied bei der AG Leipzig Postkolonial. Ihre Bachelorarbeit schrieb sie zum kolonialen Afrika-Diskurs im Leipziger Zoo.

DAS MONSTER VON NEW ORLEANS

Taktischer Urbanismus gegen rassistische Highways

KATHI KING

Amy Stelly von der »Claiborne Avenue Alliance« (CAA) will die Hochstraße »Claiborne Expressway« in New Orleans abreißen. Das monströse Infrastrukturprojekt steht emblematisch für die seit Mitte des 20. Jahrhunderts in US-amerikanischen Städten gebauten Pendlerstraßen, die überproportional häufig Schwarze Viertel kreuzen und Segregation Vorschub leisteten. Mithilfe künstlerischer Interventionen und taktischem Urbanismus will Stellys kleine Initiative auf das historische Unrecht aufmerksam machen und Zukunftsvisionen für die betroffenen Viertel entwerfen. Dabei spielt die Geschichte der Viertel Tremé und Seventh Ward eine zentrale Rolle.

Tremé, das älteste afroamerikanische Viertel der Vereinigten Staaten, war und ist traditionell das Zuhause der Künstler*innen von New Orleans, ihrer Schriftsteller*innen, Musiker*innen und Maler*innen. Der nördlich davon gelegene Seventh Ward war von der handwerklich tätigen Mittelklasse geprägt, den berühmten Schmieden und Zimmerleuten der Stadt, die deren ikonische Architektur schufen. Tremé besaß entlang der Claiborne Avenue, der Straße, die vom Claiborne Expressway zerstückelt und überschattet wird, einen Grünstreifen voll Azaleen und immergrünen Lebens-Eichen. An diesem Ort trafen sich einst die Menschen der Nachbarschaft zum Grillen und Picknicken; traditionell, zum Faschingsdienstag, dem Mardi Gras, versammelten sich hier die »Mardi Gras Indians«, die afroamerikanischen Karnevalstruppen mit ihren perlenbesetzten, federgeschmückten Kostümen. Auch heute bestehen diese Traditionen fort, wegen derer es so viele Menschen nach New Orleans zieht. Doch genau deshalb leiden Tréme und der Seventh Ward heute besonders unter tourismusgetriebener Gentrifizierung, die die gesamte Stadt fest im Griff hat. Die geradezu gewaltsame Umgestaltung insbesondere Tremés, dessen Bewohner*innenschaft durch das Zusammenwirken ökonomischer Ungleichheit und rassistischer Diskriminierung immer wieder unter Bauprojekten der Stadtverwaltung leiden musste, begann bereits in den 1920ern. Mithilfe des „Eminent-Domain"-Verfahrens, einer spezifisch US-amerikanischen Gesetzgebung, nach der Land- und Immobilienbesitz zwangsverkauft, bzw. enteignet werden kann, wenn Gebäude oder Infrastrukturprojekte von öffentlicher Hand geplant werden, eignete sich die Stadt New Orleans immer wieder Teile des zentrumsnahen Tremé an. So machte die Stadt schon in den 1960ern ganze Blocks des Viertels dem Erdboden gleich, deren Bewohner*innen mit mickrigen Summen für ihre Umsiedlung entschädigt wurden. Auf diesem Gelände sollte dann 1973 das »Mahalia Jackson Theater« und 1980 der »Louis Armstrong Park« eröffnet werden, auf dessen Grund sich auch der historische »Congo Square« befindet – der öffentliche Platz, an dem sich schon zur Zeit der Sklaverei versklavte Afroamerikaner*innen mit der freien Schwarzen Bevölkerung sonntags, zu ihrem freien Tag, trafen. Zwar waren diese Projekte hoch umstritten und zogen Proteste nach sich, doch die Stadt setzte sich Mal um Mal durch. Heute ist das

> TRÉME UND DER SEVENTH WARD LEIDEN HEUTE BESONDERS UNTER TOURISMUSGETRIEBENER GENTRIFIZIERUNG, DIE DIE GESAMTE STADT FEST IM GRIFF HAT.

KANN EIN HIGHWAY RASSISTISCH SEIN?

Im Zuge des „Urban Renewal"[1] und dem Ausbau des Interstate- und Highway-Systems wurden seit Mitte des 20. Jahrhunderts viele Pendlerstraßen gebaut, die die Stadtzentren und Arbeitsorte mit den Wohnsiedlungen in den Vororten verbanden. Die durch „Redlining"[2] ohnehin schon rassistisch segregierten Städte wurden damit noch mit betonierten Grenzstraßen versehen, die nicht selten bewusst durch vornehmlich von PoC bewohnte Viertel gezogen wurden. In Folge dessen wurden die Viertel von wichtigen Verkehrsadern und dem Rest der Stadt abgeschnitten, litten unter der Verschmutzung und Lärmbelastung. Ganze Häuserzeilen wurden abgerissen und die Viertel durch unüberquerbare Highways zerteilt. Als Bilderbuchbeispiel für diese Art der Ausgrenzung durch Straßenbau gilt die Arbeit des New Yorker Stadtplaners Robert Moses. Hier wurden einige Viertel buchstäblich eingesperrt. Die autofreundliche Stadtentwicklung verbaute zudem häufig die Möglichkeit auf ein öffentliches Verkehrsnetz und verstärkte somit auch die Ungleichheit hinsichtlich Mobilität. Viele auch wirtschaftlich funktionierende Communities

Unter dem »Claiborne Expressway« in New Orleans | Foto: © Amy Stelly

gesamte Gelände umzäunt, in Stellys Worten: „öffentlicher Raum, zu dem die Öffentlichkeit keinen Zugang hat".

Die Claiborne Avenue war früher eine florierende Geschäftsstraße, in der es afroamerikanische Händler*innen zu bescheidenem Wohlstand brachten und in der die Schwarze Bevölkerung von New Orleans, der zu Segregationszeiten der Zugang zu den meisten weißen Geschäften verboten war, ihre alltäglichen Erledigungen und Besorgungen machte. Von diesem Geschäftstreiben ist heute kaum mehr etwas übrig. Stelly erinnert sich: „Als Kind konnte ich zu Fuß zur Metzgerei oder zum Eisenwarenladen, die gibt's heute nicht mehr. Die Nähe zum Highway hat sie eingehen lassen".

Besonders schmerzhaft und einschneidend war der Bau des »Claiborne Expressway« 1968, als Teil des Interstate 10, dem 500 Privathäuser und die Lebens-Eichen mitsamt Festwiese zum Opfer fielen. Ersetzt wurden sie durch die Betonsäulen der sechsspurigen Straße.

SYSTEMISCHES AUSMASS

Amy Stelly, die auch als Stadtführerin arbeitet, erklärt das systemische Ausmaß solcher Bauprojekte, durch die seit Mitte des 20. Jahrhunderts zahlreiche Schwarze Viertel in den USA zerstört wurden, am Beispiel Tremé. Sie sieht hier strukturell rassistische Planung am Werk, sowohl beim Interstate als auch bei der Nutzung der Eminent Domain-Klausel: „Manche lokale Initiativen konnten diese Bauten durch Protest abwenden, aber nicht viele. Natürlich braucht man für solche Proteste immense finanzielle und zeitliche Mittel – das fehlt gerade in ärmeren Vierteln. Tremé ist immer noch schön, und Teile der Kultur sind erhalten geblieben. Zugleich ist es ein Bilderbuchbeispiel dafür, wie Schwarze Viertel in Amerika komplett zerstört wurden, und zwar mit voller Absicht." Sie würde uns auf ihrer Führung auch in den Seventh Ward mitnehmen, wo dem Bau des Claiborne Expressway, der hier um die Kurve aus Tremé kommt, hunderte bezahlbarer Wohnhäuser zum Opfer fielen. „Wohnhäuser einer einstigen Schwarzen Mittelstands-Community, das Zuhause von Maurern, Zimmerleuten, Metallarbeiter*innen. Die Künstler*innen und Schriftsteller*innen, Sänger*innen und Musiker*innen lebten eher in Tremé. Und auf einen Schlag hatte man mit einer schlechten Planungsentscheidung zwei Communities und damit auch zwei wertvolle Schätze getroffen. Denn das ist doch, was Leute sehen wollen, wenn sie nach New Orleans kommen: die Architektur. Und sie wollen die Musik hören. Doch der Highway hat diese Menschen vertrieben, und er sorgte im Nachgang noch dafür, dass ihre Viertel extrem unbeliebt wurden." Der Highway reicht bis an die Wohnbebauung der Viertel heran, Reifenabrieb und Abgase sorgen für gesundheitsschädliche Verschmutzung. Vielerorts sind die Pfeiler schwarz von Abgasen. An Regentagen schwappt kontaminiertes Regenwasser von der Fahrbahn in die Wohngegenden – das Entwässerungssystem des Baus ist komplett marode. Hinzu kommt der ewige Lärm.

»PARADISE LOST – PARADISE FOUND« – INTERVENTION MITTELS TACTICAL URBANISM

Gemeinsam mit dem Chicagoer Architekten Douglas Farr entwickelte Stelly eine Kampagne im Stil des „Tactical Urbanism" (dt. taktischer Urbanismus), um einen Diskurs in den Vierteln Tremé und Seventh Ward darüber anzuregen, was durch den Highway verloren wurde. Sie wollen einen Denkraum schaffen, um gemeinsam zu entwickeln, was an seiner Stelle entstehen könnte. Tactical Urbanism, so Stelly „ist eine zeitweilige Umgestaltung oder Umwidmung eines Raums, zum Beispiel eines Parkplatzes als Park. Die Aktionsform, die ich mittels kleinerer Spenden finanzieren konnte, bestand darin, Poster aufzuhängen und mit Anwohner*innen zu reden. Ziel war es, zu intervenieren, eine Neuerfindung des Raumes anzuregen, nachdem man durch die Geschichte des Ortes erschüttert, mit seiner Realität konfrontiert wurde."

„This Monument to Racism is a Crime" heißt es warnend auf dem ersten Poster der »CAA«. Die Sprache der Erinnerungskultur auf das Infrastruktur-Ungetüm anzuwenden, war eine Idee Farrs: Er nannte den Bau „ein Monument des Rassismus," beschrieb die Fahrbahn auf Pfeilern als „monumental und massig". Ein Bauwerk, dass die Betrachtenden sich klein und überwältigt fühlen lässt. Die New Orleanser nennen den Expressway

Ein historisches Foto der Lebens-Eichen im Stadtteil Tremé

wurden dadurch verwüstet, wurden Hotspots von Gewalt und Kriminalität – und Hotspots auch im wahrsten Sinne des Wortes: Durch die bauliche Abriegelung von Windschneisen und die Abholzung der Straßenbäume sind sie, Studien nach, im Schnitt fünf Grad Fahrenheit heißer als reichere, weiße Wohngegenden. Schlichtweg rassistische Planung und das Kalkül, dass aus ökonomisch schlechter gestellten Communities weniger Protest kommen würde, machten diese Projekte möglich. Inzwischen werden viele dieser Hochstraßen wieder rückgebaut. Mit der derzeitigen Besinnung auf Schwarze Geschichte in den USA gibt es immer mehr lokale Initiativen, die sich damit befassen, was durch diese rassistische Raumplanung verloren wurde: Lebendige afroamerikanische Communities und ihre Kultur, sowie das Wissen über verübtes rassistisches Unrecht, das in der Raumplanung bis heute weiterwütet.

▸ Anmerkungen

1 Als **Urban Renewal** (dt. Stadterneuerung) bezeichnet man in den USA (aber auch in anderen Ländern) große Infrastruktur- und Investitionsmaßnahmen seit Beginn des 20. Jahrhunderts, die Verfall entgegenwirken und Elendsquartiere beseitigen sollen, in der Folge aber oft zur Verdrängung marginalisierter Bevölkerungsgruppen und damit zur Verschärfung sozialer Ungleichheit beitrugen. Der afroamerikanische Autor James Baldwin bezeichnete Urban Renewal deshalb sarkastisch als „Negro Removal." (dt. „Schwarzen-Entfernung") Die Hochphase der Urban Renewal fiel in die Zeit zwischen 1930 und 1970.

2 **Redlining** bezeichnet die Praxis Gebiete, die von diskriminierten Minderheiten bewohnt werden, von anderen Teilen einer Stadt abzugrenzen. Der Begriff geht auf die Praxis von Versicherungen und Kreditgeber*innen zurück, die Stadtteile, in denen People of Color lebten, mit einer roten Linie einzufassen, um auf ein erhöhtes Risiko bei Versicherungen und Investitionen hinzuweisen. Aufmerksam machten auf das Redlining, das in der Folge zu rassistischer Diskriminierung und einer Verschärfung städtischer Segregation führte, Aktivist*innen der Bürgerrechtsbewegung der 1960er; gesetzliche Reformen und einem Verbot der Praktik folgten.

auch „das Monster." Seine Pfeiler werden in der Kampagne als Installationsflächen genutzt.

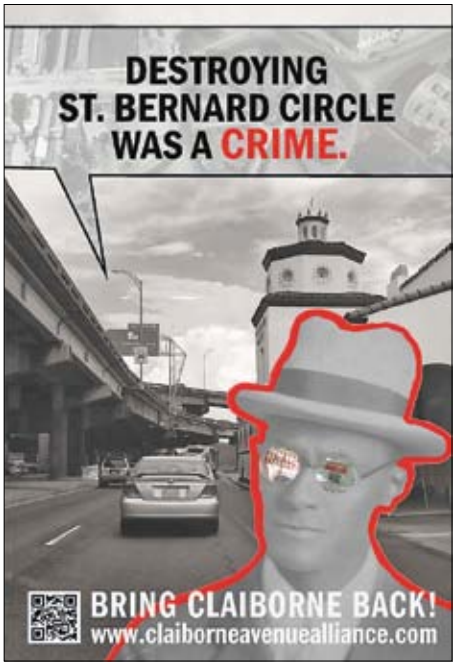
Stellys Aktionsgruppe, die »CAA«, ist eher klein und rekrutiert sich aus wenigen Nachbar*innen und Stellys Architektur- und Stadtplanungs-Netzwerk. Breiten Rückhalt in der Community aufzubauen sei ihnen noch nicht gelungen, gibt Stelly zu. Doch die Diskursverschiebung, die die Installation »Paradise Lost – Paradise Found« vorsieht, könnte ein erster Schritt in Richtung einer breiteren Mobilisierung sein.

Die Poster der Kampagne zeigen einen ehemaligen Bewohner Tremés, Stellys Onkel, sowie aktuelle Bewohner*innen der Viertel. Letztere hatte Stelly hauptsächlich bei den berühmten »Second-Line-Paraden« fotografiert. So gibt es in »Paradise Lost – Paradise Found« den „Weisen" und die „Visionär*innen". Stelly setzte den Porträtierten Brillen auf, als Aufforderung, die Umwelt neu zu betrachten und um auf die „Augmented Reality"-Dimension hinzuweisen: Die Spiegelung in den Brillen der „Visionaries" stellt die gegenwärtige Realität dar, im Hintergrund sieht man Darstellungen des historischen Tremé. Zu jedem Poster gibt es jeweils einen kleinen Artikel auf der Webseite, der sich über QR-Codes abrufen lässt. Dieser weist bei den vier verschiedenen Postern mit Stellys Onkel jeweils auf vergangenes Unrecht hin: die Fällung der 400 Lebens-Eichen, die Enteignung der Häuser, das Desinvestment der Schwarzen Geschäftsmeile, die die Claiborne Avenue einst war. Zugleich zeigt er auf, was an Positivem verloren wurde, aber vielleicht auf neue Weise wiederhergestellt werden kann. Die vier Visionär*innen rufen die Vorstellungskraft auf den Plan: Bezahlbarer Wohnraum, die Wiederbelebung der Geschäftsstraße, bessere Verkehrsführung und mehr Bäume. Die jeweiligen Artikel auf der Webseite sind mit historischen Fotos, teils auch mit Videos bestückt und mit einem Link zu einer Umfrage zur Neugestaltung des »Claiborne Corridor« versehen.

Stelly schätzt auch, dass die Covid-Krise zu einem Umdenken geführt hat, was nachhaltige Stadtgestaltung angeht. Mit dem schlagartigen Rückgang des Tourismus sei vielen Stadtbewohner*innen klar geworden, was wirklich zählt: lebenswerte Nachbarschaften, Einkaufsmöglichkeiten in Laufweite, zugängliche Naherholungsräume, praktikable Verkehrsführung und Parkmöglichkeiten. Die „Disneyland-Vorstellung" von New Orleans, wie Stelly die tourismuszentrierte Stadtentwicklung nennt, die viele Stadtgrößen lange Jahre planerisch vorantrieben, bekommt immer mehr Gegenwind: „Ich bin stolz auf NOLA (Abkürzung und Spitzname für New Orleans, Louisiana; Anm. K.K.), dass sie ‚Nein' gesagt hat zu Kurzvermietungen und Ferienwohnungen. Die Nachbarschaften haben sich zusammengetan und das artikuliert. Wir werden damit weitermachen, bis die Politik merkt, dass wir hier tatsächlich leben, und keine Statisten in einem Filmset sind. Wir leben hier, das muss ein für alle Mal klar sein. Man kann uns nicht verkaufen!"

HIGHWAY REMOVAL ALS STAATLICHES PROJEKT? POSTSCRIPTUM

Zum Zeitpunkt des Interviews, auf dem dieser Artikel basiert, dem 29. Januar 2021, kündigte Stelly an, die Kampagne wegen COVID für eine Weile zu pausieren. Sie hatte sich inzwischen acht Jahre lang für den Abriss des Highways eingesetzt. Es sollte eine kurze Pause werden: Ende März klingelte ihr Telefon. Es war die »Washington Post« (WP), die um ein Interview mit ihr bat. In einem Statement hatte die Regierung Joe Bidens den Claiborne Expressway als Vorzeigebeispiel für das neue Infrastrukturpaket genannt, das vorsieht, Highways wie diesen rückzubauen. Die Zeit ist reif: Vielerorts sind sie inzwischen fünfzig Jahre und älter und haben damit ihr Haltbarkeitsdatum erreicht. Im Zentrum des Plans jedoch steht ihre Auswirkung auf Communities of Color. Nun jedenfalls wollen alle wissen, wer die Frau war, die zum Abriss des Monsters aufgerufen hatte. Vermutlich gibt es keine bessere Person, die erklären kann, was beim Highway-Rückbau zu gewinnen wäre – und was beachtet werden werden muss. Denn wohlgemerkt: Das Infrastrukturpaket ist Teil eines Pakets gegen soziale Ungleichheit. Im Artikel mit der WP mahnt Stelly: „Wir können nicht Viertel damit attraktiver machen, indem wir Highways abreißen und sie dann dem Immobilienmarkt überlassen. Die Menschen aus Tremé sollten das Recht darauf haben, dorthin zurückzukehren, wenn es wieder schön ist."



▸ **Kathi King** ist Redaktionsmitglied der Común. Sie promoviert an der Uni Freiburg zu afroamerikanischen Autorinnen im New Deal. Für Común hat sie mit Amy Stelly gesprochen.

▸ **Amy Stelly** arbeitet selbstständig als Stadtplanerin, Architektin, Stadtführerin, Künstlerin und Journalistin. Sie ist in Tremé aufgewachsen und lebt seit einigen Jahren im Haus ihrer Tante, das seit 1910 in den Händen ihrer Familie ist.

▸ **Weiterlesen**
Amy Stellys Homepage
▹ amyfstelly.com
Homepage der Claiborne Avenue Alliance
▹ claiborneavenuealliance.com

HOTELS FÜR ALLE

Während der Coronapandemie fordern Initiativen, leerstehende Hotels für wohnungslose Menschen bereit zu stellen

EINE STADT FÜR ALLE! (FRANKFURT AM MAIN)

2020 bestimmte Corona den gesellschaftlichen Diskurs. Auch in unserer Gruppe wurde die Pandemie zum bestimmenden Thema, denn sie zeigt, wie wichtig Wohnraum als Schutzraum ist. Corona trifft marginalisierte Menschen besonders hart. Während zahlreiche (Luxus-)Hotels schließen müssen und leer stehen, haben tausende Menschen noch immer keine Unterkunft und keine Möglichkeit, Hygienemaßnahmen umzusetzen. In einigen Städten und Ländern wurde die Forderung nach #OpenTheHotels laut, der wir als Gruppe »Eine Stadt für Alle!« auch in Frankfurt Gehör verschaffen wollten.

Zu Beginn der Pandemie wurde die Versammlungsfreiheit nicht immer gewährleistet. Bei einer Menschenkette der Seebrücke in Frankfurt kam es zu einem massiven, gewaltvollen Polizei-Einsatz. Trotz einer gerichtlichen Klarstellung zur Versammlungsfreiheit beschlossen wir, uns Möglichkeiten öffentlich zu protestieren, zurückholen.

Das taten wir Ende April 2020: Mit einer Aktion machten wir auf die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen und Menschen in Not- und Sammelunterkünften während Corona aufmerksam. Dazu öffneten wir unter dem Motto „Schutz vor Corona braucht ein Zuhause" symbolisch die Rezeption des Luxushotels »Sofitel« an der Alten Oper in Frankfurt. An der Rezeption meldeten sich Aktivist*innen und Passant*innen mit Koffern und Bannern an, um in die bezugsfertigen Hotelzimmer einzuziehen. Etwa 100 Menschen nahmen an dieser Aktion teil und hielten sich dabei an die Auflagen des Ordnungsamtes.

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wendeten wir uns nach einem Corona-Ausbruch in einer Unterkunft für Geflüchtete mit einem Brief an das Sozialdezernat der Stadt. Der Brief ist bis heute unbeantwortet (Stand April 2021).

„SCHUTZ VOR CORONA BRAUCHT EIN ZUHAUSE"

Auch der zweite Lockdown ab November beinhaltete keinerlei Verbesserungen für wohnungslose Menschen in Frankfurt.

Im Laufe der Corona-Krise wird immer deutlicher, was schon jahrelang offensichtlich ist: Obdachlosigkeit ist politisches Versagen. Während millionen- und milliardenschwere Rettungsschirme für (börsennotierte) Unternehmen geschnürt werden, werden arme Menschen im Stich gelassen. Personen ohne festen Wohnsitz oder dauerhaften Aufenthaltsstatus bestraft diese Krise doppelt hart: Sie sind Einkommensverlusten und Kurzarbeit ausgesetzt und werden von der Wohnungspolitik ausgeschlossen. Hier knüpft unsere Forderung an. Wir wollen, dass Wohnraum in Frankfurt für alle Menschen erschwinglich ist, besonders mit geringem oder keinem Einkommen – auch für wohnungslose und geflüchtete Menschen.

Orte, an denen Platz ist, sind die weiterhin leerstehenden Hotels. Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, haben wir die Forderung nach der Öffnung der Hotels vor dem Luxushotel »Hessischer Hof« mit einer weiteren Aktion wiederholt. In Hamburg, Mainz und anderen Städten kam es bereits davor zu Hotelöffnungen. Die Stadt Frankfurt blieb tatenlos. Der »Hessische Hof« hat seit November laut Zeitungsberichten nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft geschlossen. 212 Zimmer stehen damit leer und einer Neubelegung zur Verfügung. Das Hotel gehört dem Prinzen von Hessen (kein Scherz), den wir eingeladen haben, um über die weiteren Schritte zur Öffnung des Hotels zu berichten. Leider unterstützt der Prinz unser Anliegen nicht. Doch Platz ist in den tausenden Hotelzimmern ausreichend. Sowohl für Menschen, die in Frankfurt keine Wohnung haben, als auch für Menschen, die in Lagern, etwa auf den griechischen Inseln, ausharren – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Auf unsere Aktionen folgte weiterer Protest gemeinsam mit anderen Gruppen zu den Themen Wohnungslosigkeit, Flucht und Migration. Das hat gezeigt, wie wertvoll die Vernetzung von wohnungspolitischen und antirassistischen Initiativen innerhalb der Stadt ist, um den Forderungen nach der Öffnung der Hotels und der Bereitstellung von Wohnraum für alle Gehör zu verschaffen. Das letzte Jahr hat außerdem gezeigt, dass wir auch im andauernden Lockdown-Modus Wege finden, um die derzeitige Situation zu skandalisieren und Forderungen nach konkreten Verbesserungen sicht- und hörbar zu machen.

▸ **Eine Stadt für Alle!** in Frankfurt am Main ist eine Kampagne aus stadtpolitischen Initiativen, Stadtteilgruppen, Mieter*innenorganisationen und Einzelpersonen. Seit Ende 2014 organisiert sich »Eine Stadt für Alle!« um zu bleiben: In Wohnungen, Stadtteilen, in der Stadt und der Region.

▸ **Weiterlesen:** ▹ stadt-fuer-alle.net.

SELBSTBESTIMMTES LEBEN IN DER BESETZUNG

Das Projekt »Obdachlose mit Zukunft« hat sich in Köln ein Haus erkämpft. In Zeiten der Pandemie ein Zufluchtsort.

PHILIP MALLMANN (FOTOS) UND FLORIAN HEINKEL (TEXT)

In Köln leben knapp 6200 Menschen auf der Straße. In der Pandemie ist dieser Zustand für die Betroffenen besonders schwierig. Anfang 2020 besetzten obdachlose Menschen mitten in der Corona-Pandemie ein Haus in Köln. Die Bewohner*innen des Hausprojektes »Obdachlose mit Zukunft« (OMZ) schufen sich so ein eigenes Zuhause in einer Zeit, in der Menschen aufgefordert wurden, zuhause zu bleiben. Die Bewohner*innen konnten sich breite Unterstützung in der Zivilgesellschaft für ihr Projekt organisieren. Sie widersetzten sich drohenden Räumungen durch die Stadt Köln am Großmarkt und haben nun mietfrei ein Haus an einem anderen Ort zur Verfügung gestellt bekommen.

Für die Bewohner*innen heißt das Leben im besetzten Haus Selbstbestimmung und die Möglichkeit, eigenen Interessen nachzugehen. Spike aus dem Hausprojekt sagt dazu: „Wir haben einmal die Woche Plenum. Und dann werden Themen angesprochen wie neue Möbelstücke, Wasch-

maschine und Projekte. Wir versuchen jede Meinung zuzulassen". Für viele Bewohner*innen bedeutet das Projekt auch, ihren eigenen Interessen nachgehen zu können: gemeinsames Tanzen, Musik machen oder eine Fahrradwerkstatt aufbauen. Hier können sie ihren Interessen nachgehen oder einfach nur Zuflucht finden.

Philip Mallmann hat die Menschen in der Besetzung als Fotograf begleitet. Er wollte nicht die Bewohner*innen als Opfer eines „unfähigen Systems" portraitieren, sondern als „Pionier*innen" und „Expert*innengruppe" für selbstbestimmtes Wohnen. In seiner fotografischen Arbeit will er genau auf den Alltag der Bewohner*innen schauen und geht davon aus, dass die Bewohner*innen des »OMZ« durch den selbstorganisierten Alltag den Schlüssel zum Gelingen von Wohnprojekten präsentieren. Das Fehlen eines selbstbestimmten Alltags ist für die meisten Bewohner*innen der Grund, warum sie andere Wohnprojekte abgelehnt und auch im Winter auf der Straße gelebt haben. Es scheint also, als ob die gängigen „Angebote" nicht den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. An dieser Disharmonie zwischen Bedürfnissen und Angeboten möchte Philip Mallmann ansetzen.

Die Fotografien versuchen, die oft übersehenen Details des Alltags zu destillieren und so die Kontinuität eines noch ergebnisoffenen Prozesses zu dokumentieren. Sie zeigen keine spektakulären Momente eines „exotischen Milieus", sondern die Feinheit des Alltags, welche in ihrer Gesamtheit das Fundament einer stabilen Gemeinschaft bildet. Die in Vertrautheit festgehaltenen Szenen zeigen das permanente Ringen zwischen Chaos und Ordnung, zwischen Verzweiflung und Hoffnung, Stagnation und Fortschritt.

► **Philip Mallmann** wohnt seit April 2020 im OMZ und begleitet den Projektprozess fotografisch.

► **Florian Heinkel** führte ein Gespräch mit dem »OMZ« Bewohner „Spike" über das Leben im Hausprojekt. Er ist Aktivist im Ruhrgebiet, Raumplaner und Teil der Común Redaktion.

► **Fotos:** © Philip Mallmann

PERSPEKTIVWECHSEL STADT

Eine Militante Untersuchung in Dresdens größter Großraumsiedlung Gorbitz

ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE LÖBTAU (A.I.L.)

Über Dresden wird viel geredet. Insbesondere PEGIDA, die vielen rassistischen Übergriffe und der hohe Wahlzuspruch für die AfD sorgen immer wieder bundesweit für Aufmerksamkeit. Dabei geht jedoch eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Stadt verloren. Auch die organisierte Linke verfällt häufig in den vereinfachenden Gegensatz „Wir gegen Rechts". Sie vernachlässigt eine Analyse der ausgebildeten städtischen Strukturen und reflektiert nicht die eigene Rolle in der sozio-ökonomischen Stadtentwicklung seit der Wiedervereinigung.

Wir, die »A.I.L.«, sind eine Stadtteil-Antifa, die nun seit vier Jahren antifaschistische Politik in dem beschaulichen Löbtau macht. Der im Dresdner Westen liegende Stadtteil ist exemplarisch für die Entwicklung vieler Wohngebiete nach der Wende im Osten der Bundesrepublik. Als Altbaugebiet während des Sozialismus geächtet, hat sich vor allem in den letzten 15 Jahren vieles verändert. Es gibt kulturelle Angebote, einen diversen Einzelhandel und der Wohnungsbestand ist fast vollständig saniert. Student*innen und Familien prägen das Bild – Migrant*innen jedoch sieht man nur selten. Zeitungen berichten positiv über die Selbsthilfewerkstätten oder den „Unverpacktladen".

Nur wenige hundert Meter entfernt beginnt der Stadtteil Gorbitz. Auf einem Hang gelegen, thront das größte Plattenbaugebiet Dresdens mit seinen Hochhäusern über Löbtau. Die Stadtteilgrenze ist nicht nur eine geografische, sondern auch eine soziale Grenze.

In Gorbitz findet sich im Gegensatz zu Löbtau ein ganz anderes soziodemographisches Bild. Die Arbeitslosenzahlen liegen weit über dem Dresdner Durchschnitt. Der Stadtteil hat einen der höchsten Anteile an Migrant*innen und einen der geringsten Anteile an Gymnasiast*innen. Neben den gut sanierten Wohnungen der Eisenbahner Wohnungsgenossenschaft ist ein großer Teil der Vonovia-Wohnungen in einem desolaten Zustand. Die Bewohner*innen des Stadtteils sind alt – die Wahlergebnisse der AfD hoch. Ein Nebeneinander verschiedener sozialer Milieus führt dazu, dass Gorbitz eines der durchmischtesten Viertel Dresdens ist.

Nicht nur die Berichterstattung über den Stadtteil, sondern auch die Diskussion von Interventionsmöglichkeiten werden von einem defizitären Blick geprägt. Die Strategien oszillieren zwischen sozialpädagogischen Projekten und autoritären, ordnungspolitischen Maßnahmen, wie die Einführung des Gefahrengebietes und der Alkoholverbotszone an einem der zentralen Treffpunkte des Stadtteils, dem Amalie-Dietrich-Platz, zeigt.

Die Gegenüberstellung der beiden Quartiere verdeutlicht die ab 1989 einsetzende neoliberale Segregation der Stadt. Altbaugebiete wurden aufgewertet und entwickelten sich zu den „kulturellen" Mittelpunkten der Stadt. In Vierteln wie Löbtau oder der Dresdner Neustadt ist ein links-grünes Alternativ-Milieu zuhause, welches meist aus Wende-Profiteur*innen besteht.

Bei den sogenannten Großwohnraumsiedlungen sieht der Prozess jedoch anders aus. Waren die Siedlungen zu DDR-Zeiten privilegierter und sicherer Wohnraum, begann nach 1989 ihr Abstieg. Das Image wandelte sich vom modernen Stadtteil zum vermeintlichen „Ghetto". Zum sozioökonomischen Absturz Tausender kam der Verlust der Wohnsicherheit, den die DDR durch ihre Mietenpolitik bot. Durch die schnelle Aufwertung der Altbauviertel setzte eine Verdrängung der Einkommensschwachen in die Plattenbausiedlungen ein – für Viele eine einschneidende biografische Erfahrung.

Es geht nicht darum, zu legitimieren, dass in Plattenbaugebieten die AfD häufiger gewählt wird. Rassismus ist nicht tolerierbar. Es geht viel mehr darum, dass die organisierte Linke mittlerweile die soziale Basis im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verloren hat. Lieber zieht sie sich in eine kulturelle Hegemonie der „Alternativen Viertel" zurück, anstatt rassistischen und neoliberalen Parteien dort den Kampf anzusagen, wo bisher linke Organisierung an den Grenzen des eigenen Milieus scheitert und die Probleme der Bewohner*innen im städtischen Diskurs nicht zur Kenntnis genommen werden.

Schon seit längerem diskutieren wir in unserem Gruppenzusammenhang darüber, wie eine solidarische Praxis in Stadtteilen wie Gorbitz aussehen könnte. Es stellte sich uns immer wieder die Frage der Herangehensweise. Übertragen wir das in Löbtau entwickelte Problembewusstsein und die (sub)kulturell und studentisch geprägten Organisierungsansätze auf Gorbitz, werden wir zwangsläufig an den Problemen des Stadtteils und ihrer Bewohner*innen vorbei agieren. Ebenso besteht die Gefahr, in paternalistische Muster zu verfallen.

Um einen ersten Schritt zu wagen, nutzten wir die Methode der „Militanten Untersuchung". Ursprünglich für die Untersuchung von Arbeitsbedingungen in Betrieben entwickelt, lässt sich diese Methode gut auf die Stadtteilebene übertragen. Dabei dient sie nicht nur dazu, Problemlagen und Aktivierungspotentiale abzufragen, sondern auch gleichzeitig die Befragten zur Reflexion der eigenen Lage anzuregen.

Unsere Vorgehensweise bestand aus der Entwicklung eines Fragebogens, der Befragung im Stadtteil und der anschließenden Auswertung. Ziel sollte die Organisierung von Bewohner*innen im Stadtteil sein. Unserem Fragebogen stellten wir eine kurze Selbstdarstellung als Recht-auf-Stadt-Gruppe voran. Dadurch erzielten wir eine größere Aufgeschlossenheit der Bewohner*innen uns gegenüber als wenn wir als Antifa-Gruppe aufgetreten wären.

Die ursprünglich für diese Methode zentrale Abfrage der Arbeitsverhältnisse ergänzten wir mit Fragen nach Wohnverhältnissen und Wahrnehmung von Ausgrenzungen. Teil der Methode ist es, in den entstehenden konkreten Gesprächssituationen zu verdeutlichen, dass Probleme nicht individuell sind, sondern strukturelle Ursachen haben – und es gemeinschaftliche Lösungsansätze gibt. Den Abschluss bildet in der Regel eine Einladung zu weiteren Aktivitäten.

WIR ERHIELTEN EINEN AUTHENTISCHEN BLICK IN DEN STADTTEIL, DER UNSERE BISHERIGEN VORSTELLUNGEN VERÄNDERTE UND UNS PROBLEMLAGEN ERKENNEN LIESS, DIE WIR ZUVOR NUR VERMUTETEN.

Ausgestattet mit einer Vielzahl an Fragebögen waren wir an zwei Tagen im Stadtteil unterwegs und kamen hierbei mit rund 30 Bewohner*innen ins Gespräch. Überraschend war dabei vor allem die Redebereitschaft und Offenheit der Befragten. Gerade nach einem anfänglichen „Wir haben eigentlich keine Probleme hier" wurden bei weiterem Nachfragen sehr klar Problemlagen benannt. Nach unseren ersten Erfahrungen erscheinen uns aktives Zuhören und unvoreingenommenes Interesse am Gegenüber als wichtige Bausteine für eine Gesprächseröffnung.

Die Gespräche dauerten in der Regel eine halbe Stunde und lösten sich in vielen Fällen vom eigentlichen Fragebogen. So wurden beispielsweise mehrfach die Jobsituation oder die Arbeitsverhältnisse kritisiert. Eigene Lösungsvorschläge oder die Bereitschaft zur aktive Beteiligung an der Behebung von Problemen waren selten erkennbar.

Ganz anders zeichnet sich das Bild beim Thema Wohnsituation. Der Stadtteil wird geprägt durch die drei Großvermieter »EWG«, »Vonovia« und »Grand City Properties«. Viele der Befragten klagten über schlechte Erreichbarkeit bei akuten Problemen, fehlende Grünflächen und Begegnungsorte oder Unbehagen gegenüber privaten Großvermietern. Hier wurde auch sichtbar, wie schnell Synergien entstehen können. In einem Fall solidarisierte sich eine umstehende Passantin beim Aufschnappen des Wortes „Vonovia" und äußerte ebenfalls ihren Unmut über die Hotline von »Grand City Properties«. Gerade diese Momente waren es auch, die durch die Befragung im öffentlichen Raum ein Gefühl für die gemeinsamen Probleme entstehen ließen.

Mehrere befragte Bewohner*innen konnten sich vorstellen, zum Thema Mieten an einer Demonstration teilzunehmen oder sich in einer Stadtteilgruppe zu engagieren. Bei vielen Gesprächen wurden Ängste im Bezug auf Kriminalität geäußert, welche häufig verknüpft waren mit rassistischen Einstellungen. Ein von uns im Vorfeld eher als Problem angesehenes Thema, das eingerichtete Gefahrengebiet mit Alkoholverbotszone, spielte dahingegen keine große Rolle.

Die Befragung von rund 30 Personen ist nicht repräsentativ. Ebenfalls war der Umfang nicht ausreichend, um genügend Menschen für eine Organisierung im Stadtteil zu aktivieren. Die Untersuchung dient uns jedoch als Einstieg, um ein Bild des Stadtteils und seiner Bewohner*innen zu erhalten und eine größere Befragung vorzubereiten. Ebenfalls konnten wir erste soziale Treffpunkte ausmachen, an denen wir gezielt bereits aktive Menschen ansprechen können, um eine Stadtteilgruppe zu gründen.

Für uns hat sich Methode der „Militanten Untersuchung" als sinnvolles Instrument erwiesen, Kontakt zu Menschen in einem Stadtteil herzustellen, der aus einer linken Perspektive bisher wenig Beachtung findet. Darüber hinaus senkte es unsere Hemmschwelle, mit Menschen in Kontakt zu treten, die häufig einen anderen biografischen Hintergrund haben als wir selber. Wir erhielten einen authentischen Blick in den Stadtteil, der unsere bisherigen Vorstellungen veränderte und uns Problemlagen erkennen ließ, die wir zuvor nur vermuteten.

Im nächsten Schritt wollen wir unseren Fragebogen präzisieren, einen größeren Teil der Bewohner*innen des Stadtteils befragen und anschließend mit Interessierten ein Treffen initiieren. Wir hoffen, dass dies ein Weg sein kann, um Menschen anzuregen, gemeinsam Probleme anzugehen und den Status Quo der passiven Hinnahme von Ausbeutung und Ausgrenzung infrage zu stellen.

◂ **Demonstration nach Dresden Gorbitz** anlässlich einer Kundgebung der AfD im Vorfeld der Landtagswahlen 2019. Foto: Antifaschistische Initiative Löbtau

▸ **Die Antifaschistische Initiative Löbtau** (A.I.L.) ist eine Stadtteilantifa aus dem Dresdner Westen. Sie beschäftigen sich mit den Themen Antifa, Recht-Auf-Stadt und Feminismus. Ihr Motto: Rebellisch, Solidarisch, Selbstorganisiert!

ZURÜCK IN DIE GEGENWART

In Duisburg eröffnet das selbstverwaltete Soziokulturelle Zentrum »Stapeltor« Eine Geschichte von aktivistischen Windmühlenkämpfen, realpolitischen Aushandlungen und einer zarten Aufbruchstimmung

CHRISTIAN WAGEMANN

Das Stapeltor versteht sich als Teil eines regionalen Netzwerkes soziokultureller Räume und freier Kollektive. Im Sinne dieses Selbstverständnisses als emanzipatorischer und egalitärer Freiraum unterstützt das Stapeltor Initiativen und Einzelpersonen bei der Realisierung von Projektideen und stellt seine Ressourcen zur Verfügung.

Die Stadt Duisburg, seit Jahrzehnten geprägt von Stagnation, Armut und Perspektivlosigkeit, war bislang die einzige Großstadt in Deutschland ohne Soziokulturelles Zentrum. Während selbst ähnlich klamme Kommunen im Ruhrgebiet ihre teilweise seit den 1980er Jahren existierenden Soziokulturellen Zentren nahezu überall institutionell fördern, stemmten sich SPD und CDU in Duisburg seit gut einem Jahrzehnt vehement gegen die Forderung nach soziokulturellen Freiräumen. Neoliberale Standortpolitik, millionenverschlingende Leuchtturmprojekte und aberwitzige Marketingkampagnen für die Erzählung, Duisburg liege gar nicht im strukturschwachen Ruhrgebiet, bestimmten die Stadtentwicklungspolitik und verschlangen auch die schmalen Budgets des Kulturhaushaltes zugunsten einer Marktlogik. Verdrängung und polizeiliche Repression in post-migrantischen Stadtteilen, wie zum Beispiel durch Zwangsräumungen der »Task Force Schrottimmobilien«, sowie die ordnungspolitischen Blockaden von kulturellen Projekten komplettierten lange Zeit das Bild einer ideenlosen Stadt zwischen verklärter Industrieromantik und Elendsverwaltung.

Im Juni 2020, mitten in der Pandemie, gelang es einem Zusammenschluss aus stadtpolitischen Gruppen und Kultur-Initiativen in einem zähen realpolitischen Verhandlungs- und Überzeugungsprozess, die Finanzierung für den Umbau des Gebäudes am Stapeltor in der Stadtmitte zu erwirken. Ausgehend von der Freiraumkampagne »DUityourself« (2011) über den selbstorganisierten Stadtteil- und Projektladen »Syntopia« in Duisburg Hochfeld (seit 2015) und das temporäre interkulturelle Ladenprojekt »47« in der von Leerstand geprägten Altstadt (2019) setzte sich die Forderung nach einem Soziokulturellen Zentrum, getragen von immer wieder neu zusammengefundenen Gruppen von Aktivist*innen und ihren kreativen Aktionsformen, schließlich durch. Der Stadt schienen letztlich die Hürden ausgegangen zu sein, die sie dem Projekt in den Weg stellen konnte. Das hartnäckige Weiterkämpfen auf dem bürokratischen und politischen Feld – „Habt ihr denn auch Parklätze?“ und „Wieso geht ihr nicht ins Theater?“ – der provinziell anmutenden 500.000 Einwohner*innen-Stadt scheint Früchte zu tragen.

Trotz des Erfolgs müssen wir feststellen, dass die Fokussierung auf die Erkämpfung eines Soziokulturellen Zentrums in den letzten Jahren viele Kapazitäten gebunden hat, die in stadtpolitischen Kämpfen anderswo merklich gefehlt haben. Große Stadtentwicklungsprojekte wie die Internationale Gartenausstellung (IGA2027) in Hochfeld, die Entwicklung des alten Güterbahnhofs auf dem ehemaligen „Loveparade“ Gelände und profitorientierte Bauprojekte der städtischen Wohnungsbaugesellschaft blieben im öffentlichen Diskurs nahezu unwidersprochen. Für organisierte und vernetzte Interventionen in „Bürgerbeteiligungsverfahren“ oder Aktionen und Projekte für die Gegenerzählung einer „Stadt für alle“ fehlten die Ressourcen.

Ein Ort dafür soll nun das Stapeltor werden. Zwischen Umbau, Bürokratiebewältigung und Konzeptarbeit keimt die Hoffnung auf eine stabile Basis für die zivilgesellschaftlichen und stadtpolitischen Kämpfe der Gegenwart. Nach Brotkrümeljahren im Hamsterrad haben wir endlich eine Bäckerei, um das zu tun, was wir eigentlich wollen: emanzipatorischen Aktivismus, soziokulturelle Projektarbeit, zivilgesellschaftliche Vernetzung. Räume anbieten und von hier aus weitere Räume aneignen. Aus Abwehrkämpfen gegen Verwertung und Verdrängung zur aktiven Mitgestaltung und Stadtentwicklung von unten. Was jetzt noch fehlt, ist ein letzter Ratsbeschluss zur jährlichen Strukturförderung unseres Zentrums, der im Juni 2021 fallen soll.

▸ **Christian Wagemann** ist stadt- und kulturpolitisch in Duisburg aktiv und arbeitet als Projektkoordinator im Stapeltor.

▸ **Weiterlesen:** ▹ stapeltor.de | ▸ **Foto:** Ellen Trenn

SÖZ BEDEUTET VERSPROCHEN

Ein sozial-ökologisches Zentrum als Werkstatt für eine Stadt von Unten in Dortmund

TIM MAASS UND FLORIAN HEINKEL

Es herrscht emsiges Treiben im Erdgeschoss: Während im Café die letzten Vorbereitungen für den „Pay-What-You-Want"-Mittagstisch getroffen und gerettete Lebensmittel und Gemüse aus regionalem Anbau geschnippelt werden, werkeln einige Meter weiter Menschen an der Bühne für die Abendveranstaltung. Im ersten Stock geht es ruhiger zu. Hier trifft sich eine Gruppe im Seminarraum, die sich mit Wohnraumpolitik beschäftigt, nebenan wird ein Transpi für den nächsten Klimastreik gemalt. Zwei Türen weiter, in der Druckerei, werden Plakate und Flyer gedruckt. In der zweiten Etage endet gerade die Hausaufgabenhilfe für Kids aus der Nachbarschaft, während den Gang runter im Medienraum der letzte Schliff an einem Radiobeitrag gemacht wird. Wer eine Pause einlegen will, setzt sich mit einer Limo oder einem Bier zwischen die Hochbeete im Hof und lässt sich die Sonne auf den Pelz scheinen – so oder so ähnlich könnte es aussehen, das sozial-ökologische Zentrum »SÖZ!«, was auf türkisch soviel heißt wie „Versprochen!". Die Aktivist*innen, viele davon aus der migrantisch geprägten Nordstadt, sind im Herbst 2020 angetreten, um dieses Versprechen wahr zu machen. Das Ziel: Die beiden drängenden Fragen der kommenden Jahrzehnte – soziale Ungleichheit und die Klimakrise – zusammen zu denken. Das »SÖZ!« will einen Raum schaffen, um Klima- und Stadtteilaktivist*innen mit Künstler*innen und Kulturschaffenden zusammen zu bringen, gemeinsam in die Gesellschaft zu wirken, sich zu bilden und neue Lösungsstrategien auszuprobieren.

Seit mehr als 10 Jahren wird in Dortmund von unterschiedlichen Menschen ein Zentrum zur politischen Bildung und zum unkommerziellen Austausch gefordert. Doch Versuche mittels Besetzungen einen Raum zu schaffen scheiterten. Die Aktivist*innen des »SÖZ!« wollen einen anderen Weg gehen und eine sozial-ökologische Transformation der Stadt in den Mittelpunkt stellen. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war die im Kommunalwahlkampf geäußerte Forderung von »Fridays for Future Dortmund« nach einem Ort „an dem sich junge Menschen treffen können. An dem sie sich selbstbestimmt mit Themen wie Klima- und sozialer Gerechtigkeit beschäftigen können". Aktivist*innen der Kampagne »Dortmund von Unten«, die mit einer Aktionszeitung im Wahlkampf die Vielfalt der sozialen Bewegungen in der Stadt abbildete, griffen dieses Konzept gemeinsam mit den Klimaaktivist*innen auf und machten die Forderungen konkret.

EIN SOZIAL-ÖKOLOGISCHES ZENTRUM ALS EMANZIPATORISCHES PROJEKT KÖNNTE IM „GRAVITATIONSZENTRUM" DER WESTDEUTSCHEN NAZI-SZENE EINEN GEGENRAUM SCHAFFEN.

Natürlich müssen die Krisen der kommenden Jahrzehnte im globalen Kontext betrachtet werden, doch viele der Antworten darauf lassen sich auch auf lokaler Ebene vor der eigenen Haustür finden. Ein sozial-ökologisches Zentrum als ein Raum, in dem Utopien erdacht und in die Tat umgesetzt werden können, ist mehr als nur ein Anlaufpunkt. Es ist ein Reallabor für die „Stadt von Unten", wo gemeinsam solidarisch die Zukunft der Stadt gestaltet wird. Nicht nur politische und ökologische Bildungsarbeit ist dabei ein wichtiger Aspekt eines sozial-ökologischen Zentrums: Auch um einer, von der Pandemie angeschlagenen, freien Kunst- und Kulturszene ein Zuhause zu geben, braucht es Räume. Das Zentrum soll keine Insel werden, auf die vor den düsteren Aussichten geflüchtet werden kann, während das Wasser der Gesellschaft bis zum Hals steigt. Es will sich öffnen für Stadtbewohner*innen, unmittelbare Nachbar*innen, aber auch für Interessierte jenseits der Stadtgrenzen.

Dabei ist Selbstorganisation ein zentrales Anliegen der Aktivist*innen, um nicht nur das Zentrum, sondern auch die „Stadt von Unten" selbst zu gestalten und demokratische Aushandlungsprozesse einzuüben. Wichtiger Bestandteil ist hier die kollektive Entscheidungsfindung: Nicht Vorstand eines Trägervereins oder Verantwortliche in Stadt und Politik bestimmen, was im sozial-ökologischen Zentrum passiert, sondern seine Nutzer*innen. Auf regelmäßigen Vollversammlungen werden gemeinsame Spielregeln aufgestellt und der inhaltliche Rahmen abgesteckt – am Ende sind alle, die sich der Idee verbunden fühlen, eingeladen das Zentrum zu ihrem Zentrum zu machen.

Und dann sind da noch die Nazis. War Dortmund lange berühmt für Industrie, Bier und den BVB, sind heute bestenfalls die letzten beiden noch ein Aushängeschild der Stadt. Traurige Bekanntheit erlangte der sogenannte Nazi-Kiez im Stadtteil Dortmund-Dorstfeld, der von einem kleinen Haufen militanter, umtriebiger Neonazis um die rechtsextreme Splitterpartei »Die Rechte« für sich beansprucht wurde. Ein sozial-ökologisches Zentrum als emanzipatorisches Projekt mit Strahlkraft könnte im „Gravitationszentrum" der westdeutschen Nazi-Szene – wie selbst die NRW-Landesregierung Dortmund kürzlich nannte – einen Gegenraum schaffen.

Im Dezember 2020 trat der Finanz- und Liegenschaftsausschuss der Stadt Dortmund das erste Mal in der neuen Legislaturperiode zusammen und verabschiedete einen Antrag, die Verwaltung mit der Suche nach Gebäuden für ein solches Zentrum zu beauftragen. Auch wenn das nur einen ersten Schritt darstellt, stimmt es die Aktivist*innen doch zuversichtlich, mit breiter Unterstützung noch dieses Jahr die Türen zu öffnen und mit der eigentlichen Arbeit zu beginnen. Denn in einer vom Strukturwandel so geprägten Stadt dürfte es an passenden Leerständen nicht mangeln. Doch es ist nicht die Zeit, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten: Es gibt viel zu tun, packen wir es an.

▸ **Tim Maaß** vom Initiativkreis für ein sozial-ökologisches Zentrum beschäftigt sich mit Freiräumen und Stadtteilpolitik im Ruhrgebiet und studiert Geographie und Sozialwissenschaften.

▸ **Florian Heinkel** ist ebenfalls im SÖZ-Initiativkreis aktiv und Teil der Común Redaktion.

▸ **Weiterlesen:** Instagram: ▹ soez.dortmund
Twittter: ▹ @soez_dortmund

EIN SYMBOL

Der Kampf um das RAW-Gelände in Potsdam

POTSDAM STADT FÜR ALLE

Am 4. November 2020 hat die Stadtverordnetenversammlung in Potsdam den Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan für das geplante »Creative Village« auf dem ehemaligen »RAW-Gelände« mitten in der Stadt gefasst.

Eine Aktivistin aus dem angrenzenden Quartier brachte in der Aussprache noch einmal die Kritik vieler Menschen auf den Punkt: „Beschlossen wird heute die Errichtung eines Zentrums für Arbeitgeber, Unternehmer und Konzerne, deren Angestellten hier NICHT wohnen, es entstehen Arbeitsplätze für Menschen, die hier NICHT leben, hier wird mit Renditen gerechnet, die NICHT in der Stadt bleiben." Babette Reimers, Stadtverordnete der SPD erwiderte verständnislos: „Hier ist eine Brache, deshalb wird dort nichts verdrängt".

Am Ende entschied eine große Mehrheit der Stadtverordneten mit Gegenstimmen aus der Linken und der alternativen Wähler*innengruppe »Die Andere« den entscheidenden Schritt hin zur Bebauung des »RAW-Geländes« als IT-Zentrum.

Aber um was geht es denn bei diesem Streit, der symbolisch für die Stadtentwicklung in Potsdam und die völlig unterschiedlichen Positionen von Verwaltung und Politik auf der einen und stadtpolitischen Initiativen sowie Anwohner*innen auf der anderen Seite steht?

Das ehemalige »Reichsbahnausbesserungswerk« (RAW) liegt mitten in Potsdam, direkt neben dem Hauptbahnhof. Die Deutsche Bahn gab das Werk 1999 auf, seit 2002 stehen die alten Hallen leer. 2007 wurde das gesamte Gelände an das private Immobilienunternehmen »Semmelhaak« verkauft, das seit Ende der Neunziger zu einem der größten privaten Wohnungsunternehmen der Stadt geworden ist – kräftig protegiert von der Bauverwaltung und der kommunalen Politik. »Semmelhaak« baute neben dem Hauptbahnhof vor allem Wohnungen. Den Teil mit den alten, teilweise denkmalgeschützten Hallen verkaufte das Unternehmen 2015 schließlich an einen (bis dahin unbekannten) Investor. Seit 2018 werden dessen Pläne und Hintergründe öffentlich diskutiert.

Beim damaligen Oberbürgermeister Jan Jakobs, bei Bauverwaltung und Wirtschaftsförderung, bei SPD und CDU herrschte von Anfang an die pure Euphorie. Potsdams Wirtschaftsförderer Stefan Frerichs bejubelte die Investorenpläne für einen „IT-Standort" Potsdam als Nachrichten, „von denen wir vor ein paar Jahren noch nicht zu träumen gewagt hätten", wie er in der »Potsdamer Neueste Nachrichten« vom 27. November 2018 zitiert wird.

Stadtpolitische Initiativen, die in Potsdam im Netzwerk »Stadt für alle« zusammenarbeiten, befürchten Mieterhöhungen und Verdrängung. Nach einer lauten und turbulenten Infoveranstaltung im April 2019 gründete sich die Anwohner*inneninitiative »Teltower Vorstadt«, in der sich zeitweise über 50 Menschen engagieren: Sie beteiligte sich mit Hunderten Einwendungen im Rahmen eines „Beschleunigten Verfahrens" – ohne Ergebnis.

WÄHREND DIE EINEN VON EINEM „IT-ZENTRUM POTSDAM" UND VON DER ERFOLGREICHEN VERMARKTUNG EINES BESONDEREN GRUNDSTÜCKS TRÄUMEN, REISST DIE GRUNDSÄTZLICHE KRITIK AN DEM PROJEKT NICHT AB.

Errichtet werden soll auf dem rund 12.800 Quadratmeter großen Gelände nicht weniger als das „größte IT- und Innovationszentrum Europas", so die Selbstbeschreibung des Investorenvertreters Mirko Nauheimer, Geschäftsführer der »RAW Potsdam GmbH«. Dort sollen rund 100 Millionen Euro investiert werden, die alten Hallen werden in bis zu 33 Meter hohe Glashüllen gepackt, die auf fast 30.000 Quadratmetern Nutzfläche vor allem Arbeitsplätze für über 1.200 IT-Techniker*innen bieten sollen.

Während die Einen also von einem internationalen „IT-Zentrum Potsdam" und von der erfolgreichen Vermarktung eines besonderen Grundstücks träumen, reißt die grundsätzliche Kritik an dem Projekt nicht ab.

Mit dem lettisch-russischen Ölhändler Michael Zeligmann als Investor, dem aus Berlin bekannten Projektentwickler »Trockland«, der auf Zypern gemeldeten Gesellschaft »Green Palmer Ldt.« sind die Eigentumsverhältnisse nicht wirklich transparent und vertrauenerweckend. Milieuschutz für Potsdam und den Stadtteil gibt es nicht, inzwischen erhöht selbst die kommunale Gesellschaft »ProPotsdam« die Mieten – mitten in der Corona-Krise – bis an das rechtlich Mögliche. All diese Themen haben Aktivist*innen öffentlich zur Diskussion gestellt und immer wieder gegen das Projekt protestiert.

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung begann eine neue Kampagne unter dem Logo „RAW Investor verjagen". Inspiriert von der Bewegung gegen den Google-Campus in Berlin und frustriert von der Ergebnislosigkeit bürgerlichen Engagements geht es jetzt darum, das Projekt doch noch zu verhindern. Die ersten Aktionen und öffentlichen Debatten stehen noch einmal symbolisch für die Fronten und Positionen zu diesem Projekt:

„RAW Investor verjagen" stand am 14. Dezember 2020 an der Mauer des RAW Geländes. Mit „Liebe ist die stärkste Kraft" ließ die »RAW Potsdam GmbH« den Schriftzug schnell übermalen. „Geld ist die stärkste Kraft" wurde zwei Tage später „korrigiert". „Verbalvulgäre Revolutionsrhetorik mit impliziter Gewaltandrohung hat in unserer Stadt keinen Platz," so die Reaktion des Oberbürgermeisters.

Vom Investor Michael Zeligmann hat die Stadt lange nichts gehört.

▸ **Potsdam Stadt für alle** ist ein Netzwerk von Mieter*inneninitiativen, Stadtteilgruppen und Vereinen, das sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung engagiert, gegen die neoliberale und investorenorientierte Stadtpolitik, für eine soziale und nachhaltige Stadt Potsdam.

▸ **Weiterlesen**
▹ potsdam-stadtfueralle.de
▹ initiative-teltower-vorstadt.de

DAMIT UNS DAS GELD NICHT STIFTEN GEHT

Das Mietshäuser Syndikat gründet eine Stiftung

LINA HURLIN

Das Mietshäuser Syndikat ist ein Zusammenschluss aus inzwischen 160 selbstverwalteten Hausprojekten. Mit einem speziellen Rechtsform-Modell aus GmbHs und Vereinen stellt das Mietshäuser Syndikat sicher, dass es kein Privateigentum an den Häusern gibt und nie geben wird. Jetzt wird dieses Rechtsformkonstrukt um eine Stiftung erweitert.

Wer Stiftung hört, denkt an reiche Industrielle, die ihr Vermögen verwalten (lassen), selten an ein selbstorganisiertes und -verwaltetes linkes Projekt, das Geld dahin bringen will, wo es gebraucht wird. Doch genau das ist ein Plan, den es schon lange gibt und der jetzt endlich in die Tat umgesetzt wird: Wir gründen eine Syndikatstiftung! Unsere Themen bleiben gleich: angemessener Wohnraum für alle, Grund und Boden vergesellschaften und der Ware Wohnraum ein Ende machen. Nur das Mittel ist jetzt noch zusätzlich zu dem Altbewährten ein Neues.

Gründe für eine Stiftung gibt es einige: Es werden dem Mietshäuser Syndikat über die Jahre immer mal wieder Häuser, Grundstücke oder Geld als Geschenk oder Erbe angeboten. Das ist als GmbH oder Verein nicht so leicht anzunehmen, bzw. wird so hoch versteuert, dass es sich kaum lohnt. Da wir Geschenke aber lieben und es außerdem für politisch überzeugend halten, dass Privateigentum, sei es von Lebenden oder Toten, kollektiviert wird, brauchen wir dafür eine Lösung.

Ein weiterer Grund ist der abgedrehte Immobilienmarkt. Die Preise für Wohnraum sind hoch, bezahlbare Häuser und Grundstücke in Großstädten schwer zu finden und Verkäufer*innen wollen schnell verkaufen. Das passt oft nicht mit neuen Gruppen zusammen, die sich erst sortieren müssen, Direktkredite einheimsen und Körperschaften gründen. In den letzten Jahren wurden deshalb immer wieder externe Stiftungen zwischengeschaltet, die schnell handeln konnten, Geld hatten und das Haus/Grundstück erstmal gekauft haben. Üblicherweise geben diese Stiftungen dann der Gruppe das Objekt im Erbbaurecht weiter und diese zahlen dafür einen Erbbauzins. Da wir die DIY-Kultur verinnerlicht haben

und den Erbbauzins lieber in neue Syndikatsprojekte stecken, dachten wir auch hier: Das können wir doch selbst.

Weiterer Punkt auf dem Stiftungswunschzettel ist der altbekannte Spruch „Lieber 1000 Freunde im Rücken als eine Bank im Nacken". Als Stiftung können wir Direktkredite an neue Projekte in der Startphase vergeben und ihnen den Start erleichtern. Ein Nebeneffekt könnte sein, dass wir als Stiftung eher Direktkredite angeboten bekommen als neue Hausprojekte, die noch in den Kinderschuhen stecken.

So, genug Gründe – der Sinn des Ganzen dürfte klar sein. Aber wie kann das gehen? Zuerst brauchen wir mal wieder eins: Geld. Aktuell werben wir dafür, Stiftungsgründer*in zu werden und Geld zuzustiften. Vor allem tun das schon bestehende Syndikatsprojekte und das Mietshäuser Syndikat als Gesamtverbund, aber auch Privatpersonen, die der Idee des selbstverwalteten Wohnens und der Kollektivierung von Grund und Boden nahe stehen. Diese Stifter*innen treffen sich dann zur Stifter*innenversammlung, welche einen Stiftungsrat wählt. Dieser wiederum kontrolliert das Stiftungsgeschehen, welches vom Vorstand ausgeführt wird. Wert legen wir, wie im gesamten Syndikat, darauf, dass basisdemokratisch Entscheidungen getroffen werden.

Langfristig wird das Stiftungsvermögen aus Schenkungen, Zustiftungen, Erbschaften, Direktkrediten und dem Erbbauzins der Projekte, die auf Stiftungseigentum bauen, wohnen oder arbeiten, bestehen. Damit wird die Stiftung Grundstücke, Wiesen, Äcker und vielleicht auch Häuser kaufen oder bauen und Öffentlichkeitsarbeit machen. Wichtig ist dabei natürlich immer, dass die Stiftung Erträge erzielt. Wir können also nicht wahllos Geld verteilen, bis der Topf alle ist, sondern müssen wirtschaftlich handeln. Das wird über Schenkungen, Erbschaften, Miet- und Pachteinnahmen abgedeckt.

In der Kurzzusammenfassung heißt das: Das Syndikat eignet sich eine neue Rechtsform an, die Ziele bleiben aber die alten. Wir setzen uns ein für ein würdiges Dach über dem Kopf, für alle. Grund und Boden ist lebensnotwendig wie Sonne, Regen und Luft. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht und sollte als solches behandelt werden. Solange die Mühlen des Kapitalismus weitermahlen, müssen wir unsere Schlupfwinkel dafür finden, wie Geld, Wohnraum, Boden und Äcker besser umverteilt werden können. Die Syndikatstiftung wird hoffentlich schon bald ein Werkzeug dafür sein – ein kleines von vielen weiteren.

▸ **Lina Hurlin** engagiert sich für das Recht auf Stadt und gutes Wohnen für alle. Sie ist aktiv im Mietshäuser Syndikat und dem Nachbarschaftszentrum »OSTWACHE« in Leipzig.
▸ **Foto:** © Mietshäuser Syndikat

POSTWACHSTUMSSTADT

Gegenentwürfe zusammenbringen – Ein Interview mit dem Aktivisten und Wissenschaftler Anton Brokow-Loga

INTERVIEW: FLORIAN HEINKEL

Wie könnte eine solidarische und gerechte Stadt aussehen? In der Postwachstumsstadt sollen Gegenentwürfe und Akteur*innen des nachhaltigen und solidarischen Wandels zusammengebracht werden. Die im März 2020 erschienene Publikation »Postwachstumsstadt« versucht, die unterschiedlichen Perspektiven zu bündeln. Anton Brokow-Loga ist einer der Herausgeber des Bandes. Er wohnt und arbeitet in Weimar, ist dort Aktivist und parteiloser Stadtrat, forscht an der Universität und begleitet die Arbeit an einem »Zentrum für Beteiligungskultur«.

Wie kam es zu eurer Publikation »Postwachstumsstadt«, was war der Hintergrund?

Den Anfang bildete die kritische Auseinandersetzung um Wachstum, „Degrowth" und Transformation in zunächst studentischen Stadtplanungsseminaren an der Universität Weimar. Durch eine darauf basierende Konferenz wurden Brücken geschlagen zwischen den Diskursen in akademischen und praxis-orientierten Sphären in Stadtplanung und Architektur. Hier kamen Stadtplaner*innen, Forscher*inen und Aktivist*innen zusammen und haben sich gemeinsam die Frage gestellt „Wie wollen wir miteinander leben?" Im Buch wurden die Debatten der Konferenz verschriftlicht und weitergeführt. Es erschien als Open Access-Publikation, was mir wichtig war, da Wissenschaft zugänglich sein muss.

Was ist die Postwachstumsstadt? Was hat das mit der Frage, wie wir leben wollen zu tun?

Die Postwachstumsstadt ist kein Entwurf, der sich eins zu eins umsetzten lässt oder aus dem 3D-Drucker kommen kann. Sie ist keine Planung am Reißbrett. Erst einmal ist sie eine Einladung zum Gespräch, zum Träumen, aber auch zum Kritisieren.

Ich verbinde damit drei Zugänge: Erstens steckt in der Postwachstumsstadt eine Kritik an den derzeitigen Verhältnissen und Modellen unserer Städte. Die Modelle der unternehmerischen und wachstumszentrierten Städte haben uns in eine Sackgasse geführt. Sie produzieren Scheinlösungen, wie das Konzept der Smart City oder eine Nachhaltigkeitsdebatte, die Privilegien ausblendet. Der zweite Zugang ist der Versuch, Gegenentwürfe zusammenzuführen. Es geht darum, anzuerkennen, dass sich in den Nischen und den Brüchen der derzeitigen Stadtmodelle Bewegungen tummeln, die in ihrer Pluralität wichtig sind: Radentscheide, Solidarity City, Mietstreiks, Widerstand gegen Zwangsräumungen und Freiraumprojekte können durch Austausch in ihrer Vielfalt gestärkt werden. Es soll nicht die alte Monokultur mit einer neuen Monokultur ausgetauscht werden, sondern mit einem bunten, pluralistischen Gegenentwurf. Der dritte Aspekt ist das Gestalten von neuen Denkräumen und der Glaube an kollektiven Utopien. Unsere Vorstellungskraft ist da gerade eingeschränkt. Wie können wir in unserer Stadt leben und gleichzeitig planetare Grenzen respektieren?

Was wäre denn die Rolle der Recht auf Stadt-Bewegung in der Postwachstumsstadt?

Ich finde es wichtig, dass sich diese Akteur*innen in gemeinsamen praktischen Projekten treffen, zum Beispiel in gemeinsamen Wohn- und Freiraumprojekten. Und dieses gemeinsame Arbeiten zwischen Recht auf Stadt- und Degrowth-Aktivist*innen sollte auch beim Denken und beim Framing stattfinden. Das Label »Stadt für Alle« kann aus meiner Sicht gut genutzt werden, um ein Narrativ zu etablieren. Und auch die Vernetzung über die eigene Stadt hinaus hat Potenzial. Letztendlich brauchen wir eine polyzentrische und hierarchiearme Verknüpfung lokaler Projekte, um langfristig wirkmächtig zu werden.

Wie sähe denn eine Strategie aus, um den Ideen einer Postwachstumsstadt näher zu kommen?

Wir brauchen eine Kombination von unterschiedlichen Logiken. Ich bin ein großer Verfechter der Transformationstheorien von Erik Olin Wright. Wir brauchen Projekte, die in den Nischen des derzeitigen Wirtschaftssystems funktionieren und in denen alternative Formen des Zusammenlebens entworfen

und gelebt werden können. Wir brauchen Politikansätze, die die Parlamente oder munizipalistische Plattformen nutzen und für solidarische Belange einzuspannen versuchen. Und dann braucht es auch Akteur*innen, die mit temporären Interventionen Brüche in der aktuellen Logik der Gesellschaft verursachen, neue Ansätze anstrengen. Diese Ansätze müssen durch Narrative und eine dezentrale Vernetzung zusammengeführt werden. Nach wie vor finde ich das Bild der Graswurzel dazu sehr passend: Lokal verwurzelt, dezentral vernetzt. Wir müssen aber auch einen Plan entwerfen, der unter den jetzigen Umständen noch schwierig zu entwickeln ist. Strategische Diskussionen können uns dabei helfen, wissenschaftliche Ansätze und die Recht auf Stadt-Bewegung zu verknüpfen.

Wie könnte denn eine Postwachstumsplanung aussehen?

Planung ist heute, entgegen der landläufigen Vorstellung, weder rational noch unpolitisch oder unideologisch. Statt diese Illusion weiter aufrechtzuerhalten, kommt sie um eine Auseinandersetzung mit sozialen Konflikten nicht herum. Sie muss sich der Aufgabe annehmen, auch Interessen marginalisierter Gruppen zu vertreten. Das hat in den vergangenen Jahren einen geringen Stellenwert eingenommen. Weitaus eher ging es darum, Ungerechtigkeit und ungleiche Verteilung mit „smarten" Lösungen zu verhüllen.

Inwiefern soll Planung per se politisch sein?

Die vermeintliche Entpolitisierung der letzten Jahrzehnte war eine versteckte Ideologisierung. Das heißt nicht, dass wir nun Planung ideologisieren müssen, aber wir sollten über unausgesprochene Prämissen reden: Wem hilft Planung jetzt gerade? Planung ist auch ein Herrschaftsinstrument, das dazu dient, die geschaffenen Strukturen zu erhalten. Diese Strukturen ermöglichen es uns derzeit, auf Kosten Dritter zu leben und deren Interessen auszublenden. Und das ist meines Erachtens ein zentraler Ausgangspunkt. Um von diesem Punkt weiterzugehen, müssen Planer*innen sich innerhalb der Gesellschaft verorten und sich nicht als externe technische Gutachter*innen sehen. Stadtplanung muss Vielfalt sichtbar machen und eine andere Form der Stadt ermöglichen, Care-Arbeit kann hier ein zentrales Element sein. Die derzeitige Lebensweise ist extrem abhängig von Care-Arbeit und gleichzeitig ist diese im städtischen Raum nicht sichtbar und schlecht bezahlt.

„DIE DERZEITIGE LEBENSWEISE IST EXTREM ABHÄNGIG VON CARE-ARBEIT UND GLEICHZEITIG IST DIESE IM STÄDTISCHEN RAUM NICHT SICHTBAR UND SCHLECHT BEZAHLT."

Postwachstumsstadt ist aber vor allem ein ökonomischer Begriff. Welche Rolle spielen ökonomische Aspekte bei dem Konzept?

Die Frage nach Ökonomie ist wieder sehr groß (lacht). Die Alltagsökonomie spielt sträflicherweise nur eine geringe Rolle in der Art und Weise wie Städte momentan geplant werden. Mit Alltagsökonomie oder Foundational Economy meine ich die als „systemrelevant" eingestuften Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, Nahversorgung, Pflege, Bildung. Vieles davon wird zunehmend privatisiert und erhält zu wenig städtischen Raum.

Für das transformative Wirtschaften in unseren Städten, müssen wir einen Blick auf die planetaren Grenzen werfen und die globalisierten Produktionsprozesse entflechten. Es geht schlicht darum, die Orte der Produktion wieder näher an die Orte der Konsumption zu führen. Mit Produkten, wie zum Beispiel Telefone oder Motoren, die nicht in der Stadt oder dem näheren Umfeld produziert werden können, müssen wir als Stadtbewohnende viel sparsamer umgehen. Um Ressourcen zu sparen, muss es radikale Einschränkungen vor allem für das obere Fünftel der Gesellschaft geben.

Dazu gehört auch, dass wir Städte umbauen, um kurze Wege zu den Läden, Pflegeeinrichtungen und Kindertagesstätten, aber auch zu den Orten der Lohnarbeit zu ermöglichen. Dies wird einerseits Zeit schaffen und andererseits neue Flächen freigeben für Nutzungen, die momentan dringender gebraucht werden. Wenn die Menschen nicht mehr über große Distanzen pendeln müssen, brauchen wir keine Autobahnen mehr: In Amsterdam soll eine Autobahn zurückgebaut werden, um Flächen für Wohnraum zu schaffen.

Du sitzt in Weimar im Stadtrat. Wie versuchst du in dieser Rolle, diese Vision umzusetzen?

Long way to go. Ich fange mit dem Schaffen eines anderen Verständnisses für Urbanität an. Ich versuche Umweltthemen in die Ausschüsse einzubringen, ich versuche Erfolge aus Sozialen Bewegungen abzusichern und Rückschritte zu verhindern. Ich stehe auch ein für eine Politik ohne Einschnitte im Kulturbereich und für eine Politik, die Handlungsspielräume für eine gerechte Wohnungspolitik herstellt.

Ist das dann ein logischer Schritt: Zuerst in die Bewegung zu gehen und dann ins Parlament?

Soziale Bewegungen und Initiativen sind in Ihrem Wesenskern temporär. Und sobald beispielsweise die Recht auf Stadt-Bewegung beginnt, sich zu institutionalisieren, werden bestimmte Strukturen geschaffen, die problematisch sein können: Es werden Funktionäre und Vorstandssprecher*innen bestimmt, mittelbare Repräsentation ersetzt dann direkten Einfluss. Ich sehe Soziale Bewegungen trotzdem als zentral und wirkmächtig. Sie sind schwer steuerbar und verschwinden nach einiger Zeit, aber Aufgabe parlamentarischer Politik ist es dann, im richtigen Moment die Anliegen der Bewegungen wahrzunehmen, aufzugreifen und rechtlich zu verstetigen. Sie kann dadurch Wegbereiterin sein für den notwendigen Druck und die Energie von der Straße. Das war auch ein Lernprozess für mich: Wie können wir für unsere Interessen Mehrheiten erstreiten und wie können wir diese für strukturelle Änderungen nutzen?

▸ **Anton Brokow-Loga** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bauhaus-Universität Weimar und ist unter @abrokowloga auf Twitter zu finden.

▸ **Florian Heinkel** ist Teil der Común Redaktion

▸ **Weiterlesen:** Die Publikation »Postwachstumsstadt« kann unter ▹ postwachstumsstadt.de heruntergeladen werden. Das Buch »Stadtpolitik für alle. Städte zwischen Pandemien und Transformation.« denkt die Ideen der Postwachstumsstadt weiter und setzt Sie in den Kontext der Pandemie. Beide Bücher sind Open-Access Publikationen.

▸ **Illustration:** Sandra Bach und Katharina Scholz von sandruschka – Raum für Gestaltung

GERECHTE GESUNDHEITS-VERSORGUNG VOR ORT

Ein Interview mit Nadja Rakowitz und Peter Hoffmann vom »verein demokratischer ärztinnen und ärzte« (vdää)

INTERVIEW: KRISTIN SCHWIERZ

Mitten in der Pandemie wurden, Berichten zufolge, in Deutschland zwanzig Krankenhäuser geschlossen. Die Versorgung in benachteiligten Stadtteilen verschlechtert sich durch die Schließungen zum Teil dramatisch: In Essen zum Beispiel schloss die katholische Unternehmensgruppe »Contilia« 2020 gleich zwei Krankenhäuser,[1] beide im strukturschwachen Norden, wo es nun nur noch ein Krankenhaus gibt – im wohlhabenderen Essener Süden sind es dagegen noch neun. Die »Bertelsmann-Stiftung« hat 2019 in einer Studie empfohlen, jedes zweite Krankenhaus in Deutschland zu schließen.

Der »vdää« setzt sich für eine demokratische und solidarische Gesundheitsversorgung ein, im Herbst 2020 veröffentlichte er ein Positionspapier zur Zukunft der Krankenhäuser. Nadja Rakowitz ist promovierte Soziologin und Geschäftsführerin des »vdää«, Peter Hoffmann ist Oberarzt in einem kommunalen Klinikum in München und im »vdää«-Vorstand. Im Interview erklären sie, warum das derzeitige System der Gesundheitsversorgung auch städtische soziale Ungleichheiten verschärft und welche Perspektiven es für eine gerechtere Vor-Ort-Versorgung es gibt.

Wie kann es sein, dass wir einerseits, gerade jetzt während der Corona-Krise, über Unterversorgung in den Krankenhäusern sprechen und andererseits Kapazitäten gekappt werden?

PH: Ob ein Krankenhaus ausgebaut, verkleinert oder eben auch geschlossen oder verkauft wird, ist Sache des Trägers. Das Krankenhaus ist, so wie jetzt die Krankenhausfinanzierung läuft, einfach ein Wirtschaftsbetrieb. Und deswegen kann es sein, dass es wirtschaftlich vernünftig ist, einen Betrieb zu schließen, obwohl er gesellschaftlich notwendig ist. Das Wirtschaften im Krankenhaus ist abgekoppelt vom Bedarf und von der Versorgung. Und da eben viele Krankenhäuser in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und es im deutschen Fallpauschalensystem[2] einen großen Druck auf die Preise gibt, ist es logisch, – also „Kapitalismus-im-Krankenhaus-logisch" – dass, selbst wenn dann eine Unterversorgung entsteht oder noch verschlimmert wird vor Ort, Krankenhäuser geschlossen werden.

NR: Hier sieht man sehr deutlich, wie die Diskussion vor Corona war und wo sie vielleicht auch weiter hingeht, wenn man sich nicht dagegen wehrt. Es ist eine Zentralisierung geplant, große Krankenhäuser sollen übrig bleiben und kleinere will man schließen. Und man schließt einfacher Krankenhäuser in armen Gegenden als in wohlhabenderen. In den ärmeren Stadtteilen von Essen führen die Schließungen jetzt dazu, dass die Leute lange Anfahrtswege haben, da braucht man schon mal eine halbe bis dreiviertel Stunde, um zu einem Krankenhaus zu kommen.

Bleiben wir mal beim Beispiel Essen: Die Stadt ist stark segregiert und durch den „Sozialäquator" A40 geteilt. Der Norden besteht aus mehreren Stadtteilen. Da ist also ein ganzes Stadtgebiet abgeschnitten von der Krankenhausversorgung. Scheinbar ist es lohnender, die Krankenhäuser im wohlhabenderen Süden zu behalten als in den eher strukturschwachen Stadtteilen. Was ist da genau der Grund? Und ist das ein allgemeiner Trend in den Städten?

PH: In München passiert genau das gleiche. Es gibt viele kleine Gründe in einer Klassengesellschaft, warum diejenigen, die besser betucht sind, am Ende besser versorgt sind. Die gesetzlichen Kassen glauben, wenn sie die Gesamtkapazität verringern und Krankenhäuser schließen, wird dieser Bereich billiger – und da sich eine Einnahmekrise der Krankenkassen abzeichnet, ist im Moment das politische Primat, die Kosten zu drücken. Das ist der eine Grund. Wenn ich ein Krankenhaus betreibe, habe ich ein Problem mit Kostendruck und mit schlechten Preisen, bei den privaten Krankenhäusern auch mit einer Konzernleitung, die Profit verlangt. Also muss ich gucken, dass ich lukrative Bereiche ausbaue und defizitäre Bereiche abbaue. Lukrative Bereiche sind zum Beispiel diejenigen mit vielen Privatpatienten. Also hast du bessere Marktbedingungen im Münchner Süden als im Münchner Norden, wo es nur wenige Privatpatienten gibt und wo du keine Extra-Kohle und keine Wellness-Angebote machen kannst. Das ist übrigens im ambulanten Bereich genauso. Ein weiterer Punkt: Es findet ja keine demokratische Entscheidungsfindung darüber statt, wo wir die Versorgung am meisten brauchen. Im politischen Raum artikulieren sich am einflussreichsten die bürgerlichen Schichten und setzen ihre Interessen durch. Dass das in Essen skandalisiert worden ist, dass das Aufmerksamkeit erregt, das ist toll, aber dass es fast keine Hausarztpraxen im Münchner Norden mehr gibt, das ist für fast niemanden ein Thema.

Kaum noch Hausarztpraxen im Münchner Norden? Das heißt, es gibt wirklich null politische Steuerung?

PH: Für die Sicherstellung der ambulanten Versorgung ist die Kassenärztliche Vereinigung zuständig. Die müssen dafür sorgen, dass alle versorgt sind. Und in München ist die gesamte Stadt ein einziger Planungsbezirk…

NR: Wie bis vor kurzem Berlin auch…

PH: Ja, das Spannende ist der Unterschied zwischen Berlin und München: Die Berliner gehen das Problem an, die Münchner drücken sich davor. Die regulieren nur, wie viele Ärztinnen und Ärzte sich niederlassen dürfen, aber sie regulieren nicht, wo genau. So schließt eine Praxis nach der anderen in den ärmeren Stadtteilen, wo es kaum Privatpatienten gibt und viele soziale Brennpunkte sind, wo es aufwändiger ist, zu behandeln. Und die neu eröffnete Praxis findet sich dann in einem betuchten Stadtteil. In Berlin gibt es jetzt eine kleinräumigere Bedarfsplanung, da kann ein Sitz aus Kreuzberg nicht einfach aus Kreuzberg raus verlagert werden.

In Essen machen die Menschen in den betroffenen Stadtteilen die Krankenhausschließungen zu Recht zu einem politischen Problem – sie adressieren die Politik. Wenn jetzt politischer Handlungsdruck entstünde: Was wäre das Mittel, das Politik noch hätte?

PH: Da gibt es sowohl kleinräumige als auch großräumige Möglichkeiten. Kleinräumig wäre zum Beispiel: Die Kommune übernimmt und subventioniert. Das geht sogar nach EU-Wettbewerbsrecht. Sie könnte für Bereiche, die unterversorgt sind, sagen, das ist notwendig, aber mit dem Fallpauschalensystem nicht kostendeckend zu machen. Da muss sie dann einen Plan auflegen, was dieses Krankenhaus machen soll, wieviel Defizit dadurch entsteht und wieviel Geld sie deshalb zuschießen muss. Aber das wäre mir jetzt zu klein: Warum geben die Bundesländer zu wenig Investitionsmittel, warum wird nicht nach Bedarf geplant? Und man muss auch das Fallpauschalensystem zur Diskussion stellen. Warum geht eine Schere auf zwischen dem, was betriebswirtschaftlich vernünftig ist und dem, was für die Versorgung der Menschen notwendig ist? Für mich gehört zwingend dazu, dass man sagt: Wir brauchen eine komplett andere Krankenhausfinanzierung, die sich am Bedarf orientiert.

In eurem aktuellen Positionspapier heißt es: „Die stationäre Gesundheitsversorgung hat ein Gerechtigkeitsproblem und ein Demokratiedefizit". Und weiter: „Nur gemeinschaftliches Eigentum kann demokratisch gestaltet werden." Was stellt ihr euch genau unter „gemeinschaftlichem Eigentum" vor?

PH: Entscheidend ist: Es muss einen gemeinwohlorientierten Zugriff auf diese Krankenhäuser geben, auf die Planung, auf die Größe, auf das, was sie machen. Das Ziel darf nicht sein, Gewinn zu machen, sondern muss bedarfsgerechte Versorgung sein. Zur konkreten Form gibt es für mich noch einigen Diskussionsbedarf. Ich stelle mir Demokratie nicht so vor, dass eine ministerielle Bürokratie das Gesundheitswesen ohne demokratische Rückbindung steuert. Demokratie ist für mich mehr. Zum Beispiel, dass die Menschen aus dem Essener Norden gehört und einbezogen werden. Man braucht ein abgestuftes System, man braucht auch kleinere kommunale Einheiten. Ich glaube, dass verschiedene gemeinwohlorientierte Organisationsformen auf verschiedenen Ebenen sinnvoll sind.

„WAS WIR DISKUTIEREN IST, DIE PRIVATEN TRÄGER ÜBER DIE FINANZIERUNG RAUSZUDRÄNGEN."

NR: Wir waren ja mal in Dänemark und haben uns das System dort angeguckt. Dort gibt es Maximalversorger, dann welche in einem mittleren Bereich, es gibt kleine Häuser und da angedockt Polikliniken und es gibt die ambulante Versorgung. Alle arbeiten miteinander. Die Gesundheitsökonomen sehen immer nur, dass es in Dänemark so wenige Krankenhäuser gibt. Die sehen nicht, dass das dänische Gesundheitswesen ein staatliches ist. Nur wenn man einen solchen politischen Zugriff hat, kann man bedarfsgerecht planen und diese Planungen auch realisieren.

Was wir diskutieren ist, die privaten Träger über die Finanzierung wieder rauszudrängen. Wir fordern ein Selbstkostendeckungsprinzip, das heißt ein Gewinn- und Verlustverbot. Wir sagen, die Finanzierung muss so sein, dass das, was medizinisch notwendig ist, bezahlt wird. Außerdem darf kein Überschuss entstehen.

PH: Wenn die Kommune zum Beispiel die beiden Kliniken im Essener Norden übernehmen würde, ändert das nichts daran, dass es im Essener Süden Privatkliniken gibt, in denen Profit gemacht wird. Das heißt, die Versorgung der Bevölkerung wird an einem Ort staatlich bezuschusst, während andernorts Profite gemacht werden. Der Klassiker: Defizite sozialisieren und Gewinne privatisieren. Das gesamte System muss „not for profit" sein.

Ihr schlagt ein „sektorenübergreifendes, vernetztes und gestuftes Versorgungssystem" vor.

NR: Man braucht Primärversorgungsstrukturen, wo es auf keinen Fall mehr Ärzt*innen als Kleinunternehmer*innen gibt. Auch da sind wir noch in der Diskussion und haben noch nicht das Modell, das wir vorstellen können. Die Anfänge, die wir erleben mit dem »Gesundheitskollektiv« (GeKo) in Berlin oder der »Poliklinik Veddel« in Hamburg – das sind ja alles Versuche, die noch relativ nahe dran sind an den gängigen Strukturen. Es ist auch schwierig: Du kannst zum Beispiel gar nicht mit einem Physiotherapeuten und einer Logotherapeutin eine gemeinsame Praxis machen, weil das nach geltendem Recht alles streng voneinander getrennt sein muss. Wir wollen, dass man Sektorengrenzen aufhebt und die Einzelpraxisstrukturen aufbricht zugunsten multiprofessioneller Zusammenarbeit.

Kommunale Aufgaben könnten ja hier viel umfangreicher sein als bisher – solche Versorgungsstrukturen wären doch bestens dazu geeignet, sie in die Hand der Kommune zu legen?

NR: Unser Anspruch ist aber, dass wir eine gleich gute Versorgung flächendeckend im ganzen Land haben. Und dann bräuchte man bei der Ermächtigung der Kommunen trotzdem noch ein Korrektiv, das man zumindest auf Bundesländerebene ansiedeln müsste, so dass nicht die Kommune mit dem größeren Steueraufkommen einfach die bessere medizinische Versorgung hätte. Man müsste darüber diskutieren, wie die Geldflüsse so organisiert werden, dass die Strukturen bedarfsgerecht sind und dort, wo die ärmere Bevölkerung lebt, die Versorgung gut ist. Das muss man bei der Frage, wie mächtig wir die Kommunen machen, mit im Kopf haben.

In eurem Papier betont ihr den Punkt der Demokratisierung sehr stark. Habt ihr da konkrete Modelle diskutiert?

NR: Wir haben zum Teil nur Versatzstücke: In der Nähe von Hanau wurde schon in den 1970iger Jahren das „klassenlose Krankenhaus" geplant. Das ist ein Plan geblieben, das hat die CDU damals verhindern können. Da gab es Überlegungen, dass es Gesundheitskonferenzen geben soll, die tatsächlich demokratisch über den Bedarf, die Planung und über die inneren Strukturen des Krankenhauses entscheiden und dass es Beschäftigtengremien gibt, die sowas mitentscheiden. Und eben die Beispiele, die jetzt einfach mit der Praxis anfangen, wie die »Poliklinik« in Hamburg oder das »GeKo« in Berlin, die sich mit all den derzeitigen strukturellen Beschränkungen auseinandersetzen. Es gibt heute eine materielle Notwendigkeit, sich auf solche Fragen und Versuche einzulassen. Ich glaube, dass die Zeit gar nicht schlecht ist für solche Überlegungen und eine andere Praxis.

▸ **Kristin Schwierz** ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion.

▸ **Weiterlesen:** ▹ vdaeae.de

▸ **Anmerkungen**

1 Im März wurde in Essen ein Bürgerbegehren für die Übernahme durch die Kommune gestartet: ▹ krankenhausentscheid-essen.de

2 2004 wurde die Vergütung der Krankenhäuser auf das Fallpauschalensystem umgestellt. Mittels Fallgruppen – »Diagnosis Related Groups« (DRG) – wird der Kostenaufwand einer Behandlung bei einer bestimmten Diagnose pauschaliert festgelegt. Das Fallpauschalensystem wird vielfach als nicht kosten- und bedarfsdeckend kritisiert.

BITTE GUT DURCHRÜHREN!

Warum Kontroversen um die „soziale Mischung“ in Stadtvierteln das Problem verfehlen

RECHT AUF STADT FREIBURG

Aus der bisherigen Wohnung ins Ungewisse verdrängt werden oder in beengten, gesundheitsschädlichen, hässlichen Verhältnissen wohnen bleiben? Das ist, zugespitzt, die Alternative, vor der ärmere Menschen stehen, während wissenschaftliche und politische Diskussionen um die Strategie der „sozialen Mischung“ geführt werden.

Mit „sozialer (Durch-)Mischung“ ist gemeint, dass Menschen aus gesellschaftlich (meist ökonomisch oder rassistisch) benachteiligten Schichten und solche aus privilegierteren Schichten im selben Stadtviertel wohnen. In der Praxis bedeutet das oft, dass in Vierteln, die von ärmeren Menschen bewohnt werden, höherpreisige Wohnungen angeboten werden, sodass diese nur noch von wohlhabenderen Menschen bezogen werden können. Prinzipiell könnte eine „soziale Mischung“ aber auch durch die Schaffung günstigeren Wohnraums in „reichen“ Wohngegenden stattfinden – nur steht das nie zur Debatte. Problematisiert werden immer nur „arme“ Viertel.

Mildert soziale Durchmischung negative Effekte der Armut oder ist sie nur ein anderes Wort für Gentrifizierung und damit abzulehnen? In dieser Kontroverse drohen beide Seiten manchmal zu ignorieren, was der Stadtgeograph Tom Slater so auf den Punkt bringt: Nicht die Wohngegend bestimmt die Lebenschancen, sondern „die Lebenschancen bestimmen, wo du wohnst“ (Slater 2013, S. 369). Diese Lebenschancen sind durch den sozioökonomischen Status bedingt. Kern des Problems ist also die Armut selbst, egal ob die Armen „durchmischt“ mit Reicheren leben oder von ihnen segregiert. „Soziale Mischung“ als Wegfall und Verteuerung halbwegs bezahlbarer Wohnungen ist abzulehnen, weil Menschen dadurch einen immer höheren Anteil ihres geringen Einkommens für Mieten ausgeben, mit der Angst vor dem Verlust ihrer Wohnung leben müssen oder tatsächlich wohnungslos werden. Aber indem man diese Art der sozialen Mischung verhindert, verhindert man nur das kleinere Übel.

Die „soziale Mischung“ ist oft ein gutgemeintes Ziel oder wird zumindest taktisch als solches präsentiert. Es gehe nicht etwa um höhere Profite mit höheren Mieten, wenn eine zahlungskräftige Klientel in ein bislang ärmeres Viertel einzieht. Angestrebt werde vielmehr eine höhere Lebensqualität in dieser Gegend.

Die sozialreformerische Variante des Arguments geht davon aus, dass die Nachbar*innenschaft zu sozioökonomisch Bessergestellten Vorteile für ärmere Menschen bringe. Soziales oder kulturelles Kapital der Reichen werde an die Ärmeren weitergegeben, zum Beispiel, indem alle Kinder in dieselbe Schule gehen. Die soziale Mischung soll eventuell sogar eine Art „Trickle-down-Effekt“ in materieller Hinsicht hervorrufen – das heißt, vom Reichtum der Nachbar*innen soll etwas zu den Armen „durchsickern“, etwa durch in der Nachbar*innenschaft anfallende Jobs. Bisweilen wird auch noch angeführt, Wohngebiete mit ausschließlich günstigen Mieten zu planen, sei ungerecht, denn die Wohnungsnot betreffe ja alle, nicht nur die Armen – insbesondere „die Mittelschicht“ dürfe nicht vergessen werden.

Die feindseligere Variante behauptet, ärmere Menschen seien, besonders wenn sie gehäuft auftreten, gefährlich. Eine Vorstufe ist die Vorstellung, ärmere Menschen würden die Hässlichkeit ihrer Wohngegenden selbst durch Nachlässigkeit und Vandalismus verantworten, während Wohneigentum zu pfleglichem Verhalten führe. Im nächsten Schritt wird Ärmeren eine höhere Kriminalität unterstellt. Angesichts des sozialen Sprengstoffs, den die ungleichen Verhältnisse potenziell liefern, kann die soziale Mischung schließlich auch als Versuch einer präventiven Aufstandsbekämpfung begriffen werden.

Letzteres spiegelt die Angst wider, allzu viele Menschen unter allzu schlechten Verhältnissen könnten sich organi-

sieren und die Verhältnisse mit Gewalt ändern. Hierzulande ist dies aktuell kein Thema, man mag das bedauerlich oder beruhigend finden. Die pauschale Verknüpfung von Armut mit erhöhter Kriminalität ist kriminologisch nicht haltbar. Die Suggestion, es brauche auch Wohnungen für „die Mittelschicht", ist irreführend, schon weil der formale Anspruch auf eine Sozialwohnung weiter in diese Mittelschicht hineinreicht, als vielen bewusst ist, aber vor allem, weil Menschen mit höherem und stabilem Einkommen selbstverständlich auch bei günstigeren Angeboten auf dem Wohnungsmarkt im Vorteil sind. Hohe Einlagen als Eintrittsbedingung von Wohnungsgenossenschaften sind nur ein Beispiel.

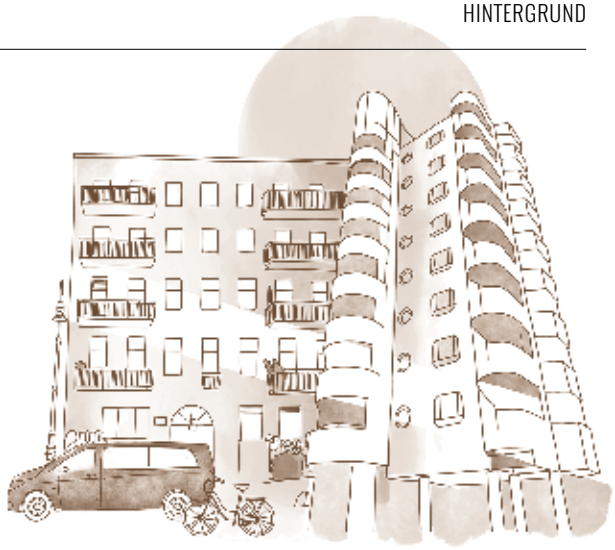
Aber auch das Ziel, die Lebensbedingungen sozial Benachteiligter zu verbessern, kann durch eine gleichmäßigere räumliche Verteilung ärmerer und reicherer Menschen eher nicht erreicht werden – zumindest ließ sich das wissenschaftlich bisher nicht belegen. Sicher ist hingegen:

ERHALTUNGSSATZUNGEN UND DERGLEICHEN SIND IN GEWISSER WEISE NICHT VIEL MEHR ALS DAS „NEGATIV" DER „SOZIALEN MISCHUNG."

Jede teurere Wohnung in einem Stadtviertel mit bisher niedrigeren Mieten bedeutet eine bezahlbare Wohnung weniger für ärmere Menschen.

Dagegen wenden sich immer wieder Bewohner*innen ärmerer Viertel, Recht-auf-Stadt-Initiativen oder auch sozial engagierte Kommunalpolitiker*innen und fordern einen Schutz der Bewohner*innenstruktur solcher Wohngegenden durch eine Garantie der Mietpreisstabilität. „Soziale Erhaltungssatzungen" oder „Milieuschutz" sind Schlagworte einer entsprechenden Politik. Die Kämpfe darum sind wichtig, um die Verdrängung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verhindern, ihr Recht auf Wohnen als Grundbedürfnis zu verteidigen, Menschen nicht aus ihrem langjährigen Lebensumfeld zu reißen und oft auch gewachsene Nachbar*innenschaften mit all ihren Strukturen der Freund*innenschaft und gegenseitigen Unterstützung zu bewahren. In Zeiten, in denen immer noch günstigerer Wohnraum vernichtet und viel zu wenig davon geschaffen wird, ist das umso dringlicher und schwieriger.

Doch handelt es sich bei der Erhaltung „ärmerer" Wohnviertel um nicht mehr als eine notwendige Defensive gegen die fortlaufende Verdrängung. Mit einem Rezept gegen soziale Ungleichheit, gar für ein gutes Leben für alle, darf sie nicht verwechselt werden. Erhaltungssatzungen und dergleichen sind in gewisser Weise nicht viel mehr als das „Negativ" der „sozialen Mischung": Sie nehmen Armut und Reichtum als gegeben hin. Und im Konkreten setzen auch sie am Hebel der räumlichen Verteilung von Armen und Reichen an, nur in umgekehrter Richtung.



Nur dass die einen auf engem Raum leben, Lärm und Abgasen vielbefahrener Straßen ausgesetzt sind, in schlecht instandgesetzten Wohnungen hausen, vor der Tür bestenfalls ein liebloser Grünstreifen oder ein Parkplatz. Und die anderen in der großzügigen Etagenwohnung der Gründerzeitvilla oder im eigenen Haus mit Garten in der verkehrsberuhigten Fahrradstraße. Die Frage ist daher viel eher: Warum werden diese Unterschiede als selbstverständlich hingenommen? Ist die Forderung, das Dach über dem Kopf behalten zu können und für die Miete nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens zu zahlen, schon so verwegen, dass an gesunde oder gar schöne Wohnbedingungen gar nicht zu denken ist? Ist schönes Wohnen nur als Wohnen der Reichen denkbar und somit für Ärmere nur negativ, als Gefahr der eigenen Vertreibung?

Die Form des Wohnens bedingt das Leben so grundlegend wie zum Beispiel Gesundheit und Bildung. Es ist daher legitim und notwendig, nicht nur bezahlbares, sondern gutes Wohnen für alle anzustreben.

Ein erster Schritt in diese Richtung wären eine Architektur und eine Stadtplanung, die qualitativ hochwertige, nachhaltige Bauweisen mit sozialen Ansprüchen in Einklang bringen. Vorbilder existieren ja durchaus, beispielsweise aus dem frühen 20. Jahrhundert. Eine solche Stadtgestaltung müsste konsequent, weiträumig und langfristig betrieben werden, nicht beschränkt auf wenige Jahrzehnte und einzelne Modellviertel, die dann doch wieder zu Wohlstandsinseln oder „Ghettos" werden. Zudem müsste sie mit wirklich basisdemokratischen Methoden zentral von den Bedürfnissen und der Mitwirkung der Bewohner*innen von Stadtteilen selbst ausgehen.

Doch eine solche Kehrtwende in der Stadtplanung ist als isoliertes Projekt nicht möglich. Zurück zu Slater: Wo (und wie) Menschen wohnen, ist durch ihren sozioökonomischen Status begründet, nicht umgekehrt. Wohnen als eine zentrale Lebensbedingung ist seinerseits bedingt durch die Position der Einzelnen in der kapitalistischen Gesellschaft. Daher lässt sich die soziale Ungleichheit nicht dadurch lösen, dass Arme und Reiche anders in der Stadt verteilt werden, sondern indem der Reichtum umverteilt wird. Und das ist innerhalb des Kapitalismus nur schwer möglich. Gutes Wohnen für alle bedarf eines anderen Wirtschaftssystems. Das ist – obwohl ständig das Gegenteil behauptet wird – realistischer als Reformversuche, die an den Zwängen des Marktes scheitern müssen. Realistisch heißt allerdings nicht einfach.

Was heißt das für die Praxis? Ein mühsamer, kleinteiliger, doch sehr sinnvoller Ansatz sind die solidarischen Stadtteilinitiativen, die derzeit in diversen Städten existieren. In ihnen können sich Menschen von unten vernetzen, um sich sowohl in Mietkämpfen als auch in verschiedensten anderen sozialen Notlagen gegenseitig zu unterstützen. Solche Initiativen können bisweilen wirksamen Widerstand gegen die schlimmsten Maßnahmen organisieren. Mit optimistischem Blick können in ihren basisdemokratischen und solidarischen Prinzipien aber die Wurzeln einer ganz anders strukturierten Gesellschaft erahnt werden, die für eine Stadtentwicklung zugunsten aller notwendig wäre.

▸ **Recht auf Stadt Freiburg** ist ein Netzwerk aus Gruppen und Einzelpersonen, die sich gegen Mietsteigerungen, Verdrängung, Privatisierung und Leerstand engagieren.

▸ **Weiterlesen:** Tom Slater (2013): Your Life Chances Affect Where You Live: A Critique of the „Cottage Industry" of Neighbourhood Effects Research. International Journal of Urban and Regional Research, Volume 37.2 March 2013, S. 367–87.

▸ **Illustrationen:** © Eva-Charlotte Vonhof
▹ Instagram: @evacharlottevonhof

MODELLPROJEKT RATHAUSBLOCK

Community-Design als Praxis kooperativer Stadtentwicklung?

STADT VON UNTEN UND COOPDISCO

Stadtpolitische Initiativen fordern eine aktive Mitgestaltung der Stadt ein. Es gibt viele Beispiele, in denen diese Forderungen im Sinne kooperativer Planungsverfahren in Architektur und Städtebau aufgegriffen werden können. Das sind so unterschiedliche Initiativen wie das »Haus der Statistik« in Berlin, die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« oder die »Planbude« in Hamburg.

Die im »Vernetzungstreffen Rathausblock« (VTR) organisierten Initiativen erproben auf einem großen Areal in Berlin-Kreuzberg ein neues kooperatives Entwicklungsverfahren. Gemeinsam mit der Planer*innen-Kooperative »coopdisco« möchte hier die am Rathausblock beteiligte Initiative »Stadt von Unten« diskutieren, wie eine kooperative Gestaltung im Sinne von Community-Design gelingen könnte. Das im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung in den USA entstandene Konzept des Community-Designs wird dabei als eine Ermöglichungsstruktur verstanden, die Menschen dabei unterstützt, ihre Teilhabe an der Gestaltung ihres Umfelds zu realisieren. Denn in der Beschäftigung mit Community-Design geht es darum, die Partizipationsdebatte von einer Angst vor Verhinderung in eine Perspektive der Ermöglichung zu wenden.

WAS IST COMMUNITY-DESIGN?

Community-Design, heute auch häufig als „Public-Interest-Design" bezeichnet, hat sich in den späten 1960er-Jahren unter Einwirkung der US-Amerikanischen Bürgerrechtsbewegung als eine neue Form der politisch oder sozial engagierten Praxis der Architektur in den Vereinigten Staaten herausgebildet. Stadterneuerungsprojekte, wie sogenanntes „Slumclearing", oder große Infrastrukturprojekte, wie Stadtautobahnen, zerstörten gewachsene nachbarschaftliche Strukturen und bezahlbaren Wohnraum. Von diesen Entwicklungen waren überproportional Afro-Amerikaner*innen betroffen. Dagegen entwickelte sich vielerorts Widerstand, der durch eine junge Generation von Planer*innen unterstützt wurde. Sie gründeten eine Reihe von „Community Design Centern", die zunächst oft die Form politischer Initiativen hatten und sich später vermehrt an Hochschulen ansiedelten.

Während der Ansatz der anwaltschaftlichen Planung[1] eher ein repräsentativer Ansatz des „Sprechens für" ist, vertritt ein politisch engagiertes Community-Design heute verstärkt eine Position eines „Planens mit",[2] die auch hier vertreten werden soll. So steht weniger eine Idee des „Helfens" im Mittelpunkt, sondern das Ernstnehmen von Betroffenen als Akteur*innen sowie ein Praxisverständnis, das deren Wissen und Erfahrung als Teil der Problemlösung mit einschließt.

UND HEUTE? PLANUNG IM »MODELLPROJEKT RATHAUSBLOCK«

Der politische Druck von Initiativen hat erreicht, das ein 4,5 ha großes, ehemals bundeseigenes Gelände im Kreuzberger Rathausblock nicht privatisiert wurde und nun zu 100 Prozent bezahlbar, gemeinwohlorientiert und unter Einbeziehung der Betroffenen entwickelt werden soll. Das »VTR« fordert hier eine „Stadtentwicklung mit Vielen". Während diese Forderung über die Etablierung kooperativer Entscheidungsgremien und mithilfe einer Kooperationsvereinbarung punktuell umgesetzt werden konnte, stellt sich die Frage, welche Rolle hier die städtebauliche Gestaltung einnimmt.

Im Modellprojekt findet Planung bislang über Gestaltungswettbewerbe statt, in die die Zivilgesellschaft durch Formate der Mitentscheidung eingebunden wird

(zum Beispiel durch Sitz in der Wettbewerbsjury). Es blieb bislang wenig Raum, darüber nachzudenken, wie „kooperative Planung“ in Bezug auf den Städtebau aussehen könnte.

COMMUNITY-BASED DESIGN ALS KOOPERATIVE GESTALTUNGSPRAXIS?

Methoden, Fragestellungen und Aufgaben des Community-Designs umfassen ein weites Feld von planerischen und gestalterischen Tätigkeiten und richten den Blick auf das „Wie?“ und das „Mit wem?“. Wesentliche Prinzipien des Community-Designs betreffen in diesem Sinne das Verhältnis von Auftraggeber*innenschaft und Gestalter*innen. Community-based Design sucht die direkte Zusammenarbeit mit bestehenden oder zukünftigen Nutzer*innen und hat ein Verständnis für Machtverhältnisse und Konflikte in der Gestaltung der gebauten Umwelt. Und mit dem Anspruch, diejenigen zu unterstützen, deren Bedürfnisse vom Markt oder öffentlicher Planung nicht berücksichtigt werden.

Es gibt keine direkte Übersetzung des Begriffs „Community“ ins Deutsche. Er kann am ehesten als Interessengemeinschaft oder auch als Nachbarschaft übersetzt werden. In diesem Verständnis sind Communities nicht naturgegeben und nicht unbedingt geografisch gefasst. Eine Community entsteht immer dann, wenn aktiv Kommunikationsstrukturen aufgebaut werden, beispielsweise durch Selbstorganisation oder durch aktive Unterstützung von außen – sogenanntes „Community Organizing“. Ob so oder so, Communities schließen sich zusammen, um Strukturen gegenseitiger Unterstützung aufzubauen und sich für gemeinsame Belange einzusetzen. In der Stadtentwicklung geht es dann häufig um den Zugang zu und die Verfügung über nachbarschaftlichen Raum.

Wesentlich für die Frage, ob von Community-Design gesprochen werden kann, ist, wer ein Projekt initiiert, sowie anschließend maßgeblich „steuert“. Communities schlüpfen damit in die Rolle der Auftraggeber*in. Um diese Bedingungen zu erfüllen, braucht es neben entsprechend gesinnten Gestalter*innen, Planer*innen und Architekt*innen, auch Träger*innen, die Projekte im Sinne der Betroffenen umsetzen können (solange sie das nicht selbst oder zumindest teilweise in Eigenleistung tun können), sogenannte Community Developer*innen.

Community-based Design lässt sich in der Nähe einer architektonischen Haltung verorten, die Architektur von ihrem Gebrauch her denkt. Das bedeutet, dass im Zentrum der räumlichen Gestaltung die Nutzer*innen und deren alltäglichen Bedürfnisse stehen. Für Community-based Designer*innen bedeutet es, sich als Teil eines lernenden Prozesses zu verstehen, in dem sich alle Beteiligten als Expert*innen auf unterschiedlichen Gebieten anerkennen. Durch diese Reformulierung der Designpraxis als kooperatives Design werden die Nutzer*innen zu Teilhaber*innen der räumlichen Gestaltung. Community-based Design geht davon aus, dass die Qualität der Planung zunimmt, je mehr sie die Bedürfnisse und Vorstellungen der Nutzer*innen ernst nimmt.

COMMUNITY-BASED DESIGN AM RATHAUSBLOCK

Die Frage, nach der Zusammenstellung der „Community“ ist am Rathausblock nicht leicht zu beantworten. In einem Vernetzungstreffen sind verschiedene Gruppen organisiert: Stadtpolitisch arbeitende Initiativen wie »Stadt von Unten«

oder »Upstall«, Nachbarschaftsinitiativen wie »Dragopolis« sowie Initiativen mit einem direkten Nutzungsinteresse, wie die aktuell schon nutzenden Gewerbetreibenden oder potentielle Hausprojektgruppen. Noch ganz offen ist die Frage, wer die Rolle des „Community-Developers" übernehmen könnte. Keine*r der bislang in den Kooperationsgremien vertretenen Akteur*innen, hat bislang ein solches Selbstverständnis. Als Designer*innen sind eindeutig die Planungsbüros zu identifizieren, die im Werkstattverfahren teilgenommen haben. Aber auch die Zivilgesellschaft bringt sich immer wieder mit Gestaltungsvorschlägen ein. Teilweise sogar mit einem professionellen Hintergrund als Gestalter*innen.

Da das Kooperationsverfahren erst im Rahmen eines klassischen Beteiligungsverfahrens nach Logik der Konsultation erstritten wurde, konnten die Rollen der Akteur*innen in den hier genannten Aufgabenfeldern (Organizing, Development und Design) in Bezug auf deren Community-Ausrichtung bislang nicht ausreichend geklärt werden. Um zu einem wirklichen Modell kooperativer Planung im Sinne des Community-based Designs zu gelangen, müssten die Kooperationspartner*innen ein gemeinsames Verständnis darüber erlangen.

Denn wie bei jedem Planungsprojekt, ist die Qualität des Ergebnisses stark vom Engagement der Auftraggeber*innenschaft abhängig. Eine Aufgabe von Community-based Design wäre deshalb auch, Methoden zu entwickeln, die Communities zur Auftraggeber*innenschaft zu qualifizieren, d.h. Formate zu entwickeln, in denen diese dort abgeholt werden, wo sie stehen – und mit ihren Fähigkeiten und Wissen Wirkungsmacht entfalten können. Im Beispiel der Hamburger »Planbude« ist dies ziemlich gut gelungen. Dort gab es mit der gut organisierten Nachbarschaft einen intensiven Community-Design-Prozess gerade in Bezug auf die Aufgabenstellung, in der nicht nur Nutzungsanforderungen, sondern auch schon räumlich-gestalterische Anforderungen – wie zum Beispiel „eine hohe Eingangsdichte" – festgehalten wurden.

In diesem Sinne lässt sich fragen, ob ein kooperatives und lernendes Planungsverfahren im Sinne des Community-Designs nicht grundlegend andere Planungsverfahren braucht. Anstatt Wettbewerbsverfahren ins Zentrum der Planung zu stellen, wäre es vorstellbar, einen Prozess und einen Ort zu entwerfen, in dem sich ein aushandelnder Lernprozess verstetigen kann und bereits die Entwicklung der Aufgabenstellungen kooperativ gestaltet wird. Wie solche Orte aussehen könnten, konnten die Initiativen im Rathausblock bereits im Ansatz zeigen. Durch die Umfunktionierung einer Garage zur »Plangarage« konnte ein erster kollektiver Planungsraum vor Ort hergestellt werden. Anlässlich des städtebaulichen Werkstattverfahrens haben sich die Initiativen mit Verve dafür eingesetzt, dass die Auftaktwoche in solch einem kollektiven Planungsraum, einer leerstehenden Industriehalle, stattfinden kann. Hier wurde erlebbar, dass eine Planung von Unten nicht nur andere Verfahren braucht, sondern auch ein anderes Set und Setting. Leider konnte die Aufbruchsstimmung aus der Auftaktwoche – und der inspirierende Austausch vor Ort – nicht verstetigt werden. Wir hoffen, dass diese Erfahrungen in den kommenden Planungsschritten aufgegriffen werden können – und das für die kommenden Schritte die Rollen des Community-Organizings und des Community-Developments geschärft werden können, um so auch weitere Formate des Community-basierten Planens zu entwickeln.

▸ **Stadt von Unten** ist eine stadtpolitische Initiative, die sich für eine Stadtentwicklung von Unten, selbstverwaltet und kommunal, 100% bezahlbar und dauerhaft abgesichert, einsetzt. Zusammen mit anderen Initiativen hat »Stadt von Unten« ein Modellprojekt zur gemeinwohlorientieren Stadtentwicklung am Rathausblock angeschoben. ▹ stadtvonunten.de

▸ **coopdisco** ist eine Kooperative von Architekt*innen, die sich für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung einsetzen. Darunter versteht »coopdisco« Räume, denen die Möglichkeit zur Mitgestaltung durch die Nutzer*innen eingeschrieben ist und die bezahlbar, zugänglich sowie dauerhaft vor Privatisierung und Spekulation geschützt sind. »coopdisco« erarbeitet für das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg derzeit eine Grundlagenermittlung zu Community-based Design. ▹ coop-disco.net

▸ **Weiterlesen**
Vernetzungstreffen Rathausblock:
▹ rathausblock.org
Netzwerk Immovilien:
▹ netzwerk-immovielien.de
aks Gemeinwohl:
▹ gemeinwohl.berlin
Planners Network:
▹ plannersnetwork.org
Association for Community Design:
▹ communitydesign.org
Planners and Designers for Social Responsibility:
▹ adpsr.org
AnArchitektur 19-21: Community Design.
Involvement and Architecture in the US since 1963 zu beziehen über ▹ pro-qm.de

▸ **Anmerkungen**
1 Vgl. Paul A. Davidoff: Anwaltsplanungsprinzip und Pluralismus in der Planung
2 Um diese Verschiebung zu markieren wird auch der Begriff community-based Design verwendet.

▸ **Die Fotos** zeigen Momente einer „Planung von unten" aus der Plangarage und aus der Begleitung des städtebaulichen Werkstattverfahrens in der Adlerhalle im Rathausblock.
Fotos: © Roberta Burghardt

DAS RECHT AUF STADT IM LAND DER STRAFLOSIGKEIT

Im Hafen Beiruts wird nicht nur der Wiederaufbau, sondern die Geschichte des Libanon verhandelt

MARIO NEUMANN

Im August 2020 verbrachten wir als Delegation von medico international kurz nach der Explosion im Hafen Beiruts einige Tage in den weitestgehend zerstörten Stadtvierteln Karantina, Mar Mikhael und Gemmayze. Als wir die kaputten Wohnungen sahen und die Geschichten von ruinierten Existenzen hörten, dachten wir, dass die Menschen im Libanon es nun definitiv mit dem Höhepunkt einer lang andauernden Katastrophe zu tun hätten. Fast die gesamte Gegend sah aus wie nach einem Krieg: Trümmer, Autowracks, zerstörte Krankenhäuser und verzweifelte Menschen. Es war fast ein Wunder und dem abseitigen Ort der Detonation geschuldet, dass es nicht noch mehr Tote gab.

Die Zerstörungen waren großflächig, aber doch auf einige Stadtteile begrenzt. Wir dachten auch deshalb in jenen Momenten vor Ort, dass wir mit unseren vergleichsweise bescheidenen NGO-Mitteln die Akteure eines politischen Wiederaufbaus effektiv unterstützen könnten, dass an so etwas wie Wiederaufbau zu denken wäre. Unser libanesischer Freund Lokman Slim sagte uns sogar: „Vielleicht müssen wir dankbar sein dafür, dass 2.750 Tonnen Amoniumnitrat im Hafen gelagert wurden und explodiert sind. Denn vielleicht hat uns diese Katastrophe eine noch viel größere erspart." Es hatte sogar kurz den Anschein, dass sich die Revolte aus dem Oktober 2019 fortsetzen würde, da es genau jene politische Kultur der organisierten Verantwortungslosigkeit war, gegen die Hunderttausende Libanes*innen aufbegehrt hatten, die nun offenkundig die Schuld an der Katastrophe trug. Dies könnte der End- und Tiefpunkt eines maroden und faulen politischen Systems sein: Das dachten und erwarteten viele und ebenso viele gingen in den Tagen nach der Explosion auf die Straße. In unserem Reisebericht für das medico-»rundschreiben« schrieben wir von einer „traurigen Chance".

ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN

Etwas mehr als ein halbes Jahr später hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Eher ist das Gegenteil eingetreten. Nicht nur der Hafen, sondern das ganze Land liegt mittlerweile in Trümmern. Der Wiederaufbau der Stadtteile im Hafen wird überlagert von der Verschlechterung der Lebenssituation im ganzen Land. Ein paar Beispiele? Im März diesen Jahres sank das Libanesische Pfund erneut rapide und war zeitweise nur ein Zehntel dessen wert, was bis Oktober 2019 der übliche Straßenpreis war – die offiziellen Wechselkurse sagen ohnehin kaum noch etwas über die monetäre Realität aus. Menschen horten mittlerweile Lebensmittel und kaufen teils panisch ein, weil sie Angst vor dem weiteren Wertverlust ihres Geldes haben. Supermärkte hatten zeitweise aufgrund der hohen Inflation geschlossen. Die dritte Corona-Welle hat mittlerweile, nach dem selbsternannten „härtesten Lockdown der Welt", das Land erreicht, währenddessen bewaffnete Gruppen Benzinvorräte plündern, weil Treibstoffknappheit droht. Das Land ist seit über einem halben Jahr ohne arbeitsfähige Regierung und die Menschen werden mitten in Corona weitestgehend sich selbst überlassen, während und weil die herrschenden Gruppen ihre politische Macht kompromisslos verteidigen. Und unser Freund Lokman wurde mittlerweile ermordet: hingerichtet mit sechs Kugeln, vier davon in den Kopf – in den südlichen, von der Hisbollah kontrollierten Gebieten, wo nicht einmal eine Maus über die Straße laufen kann, ohne dass die Organisation etwas davon weiß. Die Täter sind nicht ermittelt und werden es wohl auch nie, doch fast jeder meint zu wissen, wer politisch verantwortlich ist.

Lokman kämpfte zeit seines Lebens als Journalist, Aktivist, Filmemacher und Intellektueller gegen diese korrupten Strukturen und die mit ihnen verbundene Kultur der Straflosigkeit. Er pflegte zu sagen: „Es ist offensichtlich, dass eine Strategie der Amnesie versagen muss." Gemeinsam mit seiner Ehefrau und Partnerin Monika Borgmann gründete er im Sommer 2004 die libanesische Initiative »UMAM D&R«, die sich der Aufarbeitung des Bürgerkrieges verschrieben hat. Seine Idee von Erinnerungsarbeit war nahezu einzigartig für die arabische Welt und sein Interesse an der Aufklärung der Explosion

im Hafen selbsterklärend: Wieder ging es um unzählige Tote, für die sich ohne politischen Druck niemand würde verantworten müssen.

WAS DER HAFEN MIT DEM BÜRGERKRIEG ZU TUN HAT

Was seit dem 4. August 2020 geschehen ist, lässt sich also schon lange nicht mehr bloß über die Stadtteile und Nachbarschaften erzählen. Im Hafen und in der fortdauernden Katastrophe treffen sich mindestens zwei Stränge eines maroden Systems und seiner langen Geschichte: einerseits die Kultur der Straflosigkeit, die mindestens seit Beginn des Bürgerkrieg im Jahr 1975 das Land beherrscht, und andererseits eine politische Ökonomie, in der Land und Menschen nicht mehr sind als die Beute der herrschenden Cliquen. Es ist daher alles andere als unwahrscheinlich, dass die Ermordung von Lokman Slim auch in einem Zusammenhang mit der Explosion im Hafen steht.

„Bereits einen Tag nach der Explosion im Hafen wies Lokman im Fernsehen darauf hin, dass sich in den Fassbomben in Syrien auch Ammoniumnitrat befinde. Er stellte die Frage nach dem Verbleib des nichtexplodierten Ammoniumnitrats. Im Zusammenhang mit der Explosion des Hafens gab es noch zwei weitere Morde. Der mit der Sache betraute Untersuchungsrichter wurde entlassen, weil er zu Aufklärung der Vorfälle auch Politiker einladen wollte“, berichtet Monika Borgmann. Der Hafen ist seit Jahren nicht nur wichtigster logistischer Ankerpunkt für Warenimporte, sondern auch Umschlagplatz für den Krieg in Syrien. Daher ist der Kampf um Aufklärung nicht nur gegen Finanzinteressen gerichtet, sondern auch gegen die Zusammenhänge des regionalen Krieges, in dem die libanesische Hisbollah auf Seiten des Diktators Assad kämpft.

AUFKLÄRUNG, WIEDERAUFBAU

Währenddessen haben die sozialen Initiativen im Hafen, die eigentlich Akteur*innen eines politischen Wiederaufbaus sein wollten, mit den Auswirkungen von Krise und Lockdown zu kämpfen: „Es gibt Gruppen wie das stadtpolitische Netzwerk »Public Works«, die sich um die Rechte und Probleme der Einwohner*innen kümmern, und es werden Zwangsräumungen dokumentiert, vor allem von Flüchtlingen, die nur auf der Grundlage mündlicher Vereinbarungen leben. Die Währungsspirale, der Anstieg der Lebensmittel- und Treibstoffpreise, die juristische Untersuchung der Explosion und die im Januar ausgebrochene Covid-Krise übernahmen allerdings die Schlagzeilen“, berichtet der

Journalist und Aktivist Kareem Chehayeb vom Beiruter Medienkollektiv »The Public Source«.

Wiederaufbau und Aufklärung sind zwar nicht das gleiche, aber wenn es keine Gerechtigkeit durch Aufklärung gibt, werden die gleichen Mechanismen im Wiederaufbau wirken, die in die Katastrophe führten. Und es gibt Erfahrungen damit, wie diese Prozesse zu Lasten der Communities in den Nachbarschaften gehen können, wenn sie denn überhaupt stattfinden. Sie gründen sich auf Erfahrungen des letzten Beiruter Wiederaufbaus nach dem Bürgerkrieg. Das ehemalige „Paris des Nahen Ostens" bestand im Jahr 1990 fast nur noch aus Trümmern. Dem später ermordeten Premierminister Rafik Hariri gehörte zu dieser Zeit das Bau- und Immobilienunternehmen »Solidere«, das Hauptakteur des „Wiederaufbaus" werden sollte.

„DIE GRANATEN UND BOMBEN KONNTEN UNS IN ALL DEN JAHREN NICHT VERTREIBEN, NUN MÜSSEN WIR GEHEN."

Das Zentrum Beiruts wurde zu einer morbiden Shopping Mall mit Wolkenkratzern, Büros und Tiefgaragen mit einer überdimensionierten Moschee in ihrem Zentrum umfunktioniert. Ein Premierminister als Vorsitzender des federführenden Immobilienunternehmens – das war eine ganz außergewöhnliche Art der Public-Private-Partnership, die das Unternehmen mit besonderen Möglichkeiten ausstattete: Durch Vertreibungen und Enteignungen, die mit »Solidere«-Aktien „entschädigt" wurden, durchlebten ehemals ärmer geprägte Viertel eine Transformation in Orte mit luxuriösen Wohnkomplexen und Privatkliniken. Aber auch für Student*innen, Tourismus, Gastronomie und Clubs wurde das Zentrum zum Anziehungspunkt. Leidtragende waren die Einwohner*innen. In einer GEO-Dokumentation aus jenen Jahren sagt der Bürgerkriegsflüchtling Samir Wamod: „Die Granaten und Bomben konnten uns in all den Jahren nicht vertreiben, nun müssen wir gehen."

Auch die jüngste Geschichte der Stadtteile rund um den Hafen ist von neoliberalen Prozessen geprägt, die sich nun nach der Explosion zu wiederholen oder sogar zu verschärfen drohen. Die Finanzialisierung der Bau- und Immobilienwirtschaft und die ihr verwandten Erscheinungen – Gentrifizierung, Stadttourismus und Spekulation – prägten auch das letzte Jahrzehnt in den jetzt besonders betroffenen Stadtvierteln rund um den Hafen. Sollte sich das Land von der gegenwärtigen Krise erholen, ist damit zu rechnen, dass es damit weiter geht.

Gleichzeitig hat die Explosion den armen Stadtteil Karantina am schlimmsten getroffen. Das Viertel war zu Zeiten des Osmanischen Reiches eine Quarantäneeinrichtung des Hafens. Im frühen 19. Jahrhundert kamen viele Arbeiter*innen vom Land hierher, ehe es auch ein Zuhause für Armenier*innen, Kurd*innen und Palästinenser*innen wurde, die nach dem Völkermord an den Armeniern 1915, dem Ersten Weltkrieg und der Nakba von 1948 hier Zuflucht suchten. Karantina wurde zum durchmischten Arbeiter*innenviertel, seit 2011 leben außerdem viele syrische Flüchtlinge hier. Schon das Massaker von Karantina in der Frühphase des libanesischen Bürgerkriegs, angerichtet durch christliche Milizen, hat erhebliche Schäden in dieser Sozialstruktur angerichtet. Nun droht auch ihnen Verdrängung.

RECHT AUF STADT NACH DER EXPLOSION

Der Wiederaufbau ist ein politischer Prozess, der die geltenden Machtstrukturen herausfordern muss, wenn er erfolgreich sein will. Viele der existierenden Probleme lassen sich nicht mit humanitären Ansätzen beheben, daran ändern auch die 384 offiziell bei der Armee registrierten Hilfsorganisationen nichts. Es werden erheblich mehr sein, die Spenden gesammelt haben. Kareem Chehayeb spricht deshalb wie viele andere von einer „NGO-Republik". Damit ist aber nicht nur die Praxis der Hilfsorganisationen gemeint, sondern auch die Tatsache, dass öffentliche soziale Infrastrukturen oder gar Fürsorge schlicht nicht existieren. Den Menschen bleiben oft nur die privaten Hilfsorganisationen oder die religiösen Gemeinschaften, von deren Güte oder Willkür sie abhängen. „Das Sozialministerium war praktisch nicht existent, die Stadtverwaltung von Beirut war darauf angewiesen, sich Arbeiter, Ausrüstung und Fahrzeuge von einigen dieser Baufirmen zu leihen, und die politischen Parteien nutzten ihre klientelistischen Netzwerke, um einige Bewohner zu unterstützen", sagt Chehayeb.

Dementsprechend haben viele Organisationen aus Beirut bereits am Tag nach der Explosion auch die politische Auseinandersetzung aufgenommen. Das bereits erwähnte Netzwerk »Public Works« – medicos neue Partnerorganisation – vernetzt Anwohner*innen mit Aktivist*innen, Urbanist*innen und Stadtplaner*innen. Das Kollektiv versucht, das existierende Wissen für die Auseinandersetzungen nutzbar zu machen und die Vernetzung von Nachbarschaftskomitees und Aktivist*innen zu koordinieren. Nach der Explosion begann das Kollektiv direkt mit der Arbeit in den besonders betroffenen Stadtvierteln. Lokale Komitees und Bewohner*innen werden unterstützt. Von Vorteil ist dabei, dass das Netzwerk bereits seit Jahren in diesen Vierteln gearbeitet hat. »Public Works« führt diese Arbeit nun unter viel intensiveren Bedingungen fort.

Dabei werden drei strategische Aufgaben angegangen: erstens das Monitoring von Schäden, aber auch von drohenden oder bestätigten Verdrängungen. Die Betroffenen sollen rechtliche Unterstützung erhalten. Zusätzlich vermittelt »Public Works« Betroffene an die vielen Hilfsprojekte in der Innenstadt. Durch eine schnelle Vermittlung und Instandsetzung von Wohnraum soll auch verhindert werden, dass Hausbesitzer und Investoren Gebäude als unbewohnbar deklarieren können, um sie abzureißen und die Bewohner*innen so zu vertreiben. Zweitens wird durch „Neighbourhood Meetings" den Bewohner*innen die Möglichkeit gegeben, ihre Prioritäten beim Wiederaufbau zu diskutieren und zu dokumentieren. Ziel dieser Treffen ist eine Art „Fahrplan" für den lokalen Wiederaufbau, der die Prioritäten der Bewohner*innen in den Vordergrund rückt. Um eine breitere Wirkung zu erzielen, begleitet »Public Works« drittens die Arbeit in den Stadtteilen durch eine größer angelegte Öffentlichkeitsarbeit.

Das Marx-Zitat, dass Geschichte sich „einmal als Tragödie, einmal als Farce" wiederhole, scheint auch im Libanon zu gelten. Wenig später im Text heißt es aber auch: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden." Die vielleicht einzige Lösung des Problems bleibt die Losung der Protestbewegung aus dem Oktober 2019: „Alle heißt alle" – sie müssen alle verschwinden. Vielleicht können die Prozesse im Hafen trotz der veränderten Gesamtlage dabei eine Rolle spielen: Als Beispiel für Aufklärung und einen Neuanfang, der dann weit über die Fragen der Stadtpolitik hinaus Bedeutung hätte und von unten, in den Communities und Stadtteilen, beginnt. Aber nicht dort aufhört.

▸ **Mario Neumann** arbeitet in der Öffentlichkeitsabteilung von »medico international«

▸ **Fotos:** Walid Rashid © »medico international«

TOOLBOX: KOOPERATION MIT INSTITUTIONELLEN AKTEUR*INNEN

Taktiken für stadtpolitische Kollektive zum konstruktiven Umgang mit Behörden, Politik und Institutionen

URBAN EQUIPE

Stadtaktivistischen Kollektiven und Bewegungen ist der Umgang mit Institutionen nicht automatisch vertraut. Wer jedoch stadtpolitisch etwas bewegen will, kommt kaum umhin, sich irgendwann einmal mit Stadtverwaltungen, Parteien, Hochschulen, Kulturinstitutionen etc. auseinanderzusetzen. Bloß: Wie?

Die hier umrissenen Taktiken stammen aus dem **Handbuch „ORGANISIERT EUCH! Zusammen die Stadt verändern“** zu dem Menschen aus über 20 Kollektiven aus dem deutschsprachigen Raum ihre Erfahrungen beigetragen haben. Sie sind weder vollständig noch allgemeingültig, sollen aber Optionen aufzeigen, wie ihr vorgehen könnt.

Es gibt verschiedene Positionen, die stadtpolitische Kollektive oder Bewegungen zu Institutionen beziehen – von Kooperation über Konfrontation bis hin zur Transformation politischer und verwalterischer Strukturen. Welches Szenario sich für euch eignet, ist unter anderem abhängig davon, in welcher politischen Lage, auf welcher Maßstabsebene – von hyperlokal bis international – ihr agiert und für welches Anliegen ihr euch einsetzt. Und es hängt davon ab, wie eure Gegenüber in den Institutionen mit euch umgehen, wie verhandlungsbereit und wie veränderungswillig sie sind.

Demokratische Institutionen und der Rechtsstaat müssen immer wieder „demokratisiert“, vielstimmig weiterentwickelt und transformiert werden. Wir bleiben ihnen gegenüber kritisch, aber dort, wo sie sukzessive abgebaut werden, wehren wir uns gemeinsam!

„Die Stadt“ bzw. **„die Kommune“** als eine einheitliche Akteurin gibt es nicht, sondern unterschiedliche Departemente und Abteilungen, die alle eigene Aufträge und entsprechend unterschiedliche Prioritäten und Standpunkte haben und sich nicht immer einig sind. Dies gilt auch für „die Politik“. Manchmal geratet ihr an unverständige, mühsame oder gar machthungrige Menschen. Teilweise findet ihr aber auch ziemlich coole Menschen, die eure Vision teilen und Lust haben, euch zu unterstützen.

In den folgenden Herangehensweisen geht es darum, wie ihr kooperationswillige Personen in Institutionen finden, überzeugen und die Kooperation mit ihnen gestalten könnt.

1. RICHTIGE PERSON FINDEN

Findet eure Ansprechperson. Dazu könnt ihr zum Beispiel diese Taktiken verfolgen:

- Schaut in **Publikationen, Nachrichten, Redelisten von Events**, welche Personen sich zu eurem Anliegen öffentlich äußern.
- Sucht in **Organigrammen**. Wenn ihr dort niemanden findet, sucht im **Impressum von Leitbildern, Strategien** etc.
- **Ruft in der jeweils zuständigen Verwaltung** an und fragt nach Kontakten. Sollte mit der angegebenen Person kein Dialog möglich sein, wendet euch an deren Vorgesetzte*n oder direkt an den*die Dezernatsleiter*in/Departementsvorsteher*in/leitende Person in Stadt-, Senats- und Bezirksverwaltungen
- **Fragt bei euren Kompliz*innen** nach, die bereits mit Institutionen zu tun hatten (Achtung: Kontakte herausgeben ist Vertrauenssache. Geht damit sorgfältig um!)

Versucht grundsätzlich **so hoch wie möglich auf den Hierarchieebenen anzuklopfen**. Das mag etwas Mut erfordern, aber so sprecht ihr direkt mit den Entscheidenden.

2. ÜBERZEUGEN

Die Kunst, von Politiker*innen, Behörden und weiteren Institutionen gehört und ernst genommen zu werden, beginnt und endet mit der Art und Weise, wie ihr mit ihnen kommuniziert.

Worum geht es euch?

Einigt euch zuerst im Kollektiv, warum ihr die Akteur*innen kontaktiert. Was ist euer Anliegen? Es hilft euch, darüber nicht nur zu sprechen, sondern eure Punkte schriftlich auszuformulieren. Dann müsst ihr nämlich viel konkreter werden.

Tipp: Dazu könnt ihr den Konsenswasserfall benutzen. Handbuch Seite 77.

Was sind die Ziele der Gegenüber?

Und wo finden sich Schnittstellen zu eurem Anliegen? Schaut auf den jeweiligen Websites nach, sucht nach Interviews mit euren Gegenübern und achtet auch darauf, was sie bisher unterstützt und vorangetrieben haben. Außerdem finden sich ihre Ziele in offiziellen Dokumenten, die ihr zum Beispiel unter folgenden Stichworten findet:

- Kulturleitbild, Kulturbotschaft, Kulturstrategien;
- Entwicklungsziele für Stadt, Quartier, Wirtschaft;
- Masterpläne, Entwicklungspläne;
- integrierte Stadtentwicklungskonzepte, örtliche Entwicklungskonzepte, Stadt(teil)entwicklungspläne;
- Koalitionsverträge;
- Parteiprogramme der unterschiedlichen Parteien.

Tipp: Erinnert eure Gegenüber an ihre eigenen Leitlinien und Strategien, indem ihr Zitate ihrer Dokumente in eure Konzepte und Mails einbaut.

Wie könnt ihr eure Argumente legitimieren?

- Betont eure Erfahrung und Fähigkeiten (zum Beispiel mit einem Portfolio, eurer eigenen Ausbildung, eurem bisherigen Engagement, ...)
- lasst Dritte für euch und euer Vorhaben sprechen, zum Beispiel:
  - gute und vergleichbare Beispielprojekte aus anderen Städten
  - Medienberichte über euch
  - Kompliz*innen mit Öffentlichkeitswirksamkeit (Bekannte Einzelpersonen oder verbündete stadtpolitische Kollektive)
  - wissenschaftliche Erkenntnisse/ Studien

Anliegen formulieren

Eine schriftliche Formulierung eurer Anliegen hilft, eure Argumente zusammenzustellen, sie im Kollektiv zu legitimieren und sie euch bewusst zu machen. Ausformulieren ist daher wichtig, auch wenn es nur für euch ist.

Tipps für das Gespräch

- **Seid gut vorbereitet:** Konzentriert euch auf die Eckdaten (Welche Themen haben eure Gegenüber? Welche Handlungsspielräume und Kompetenzen? Welche nicht?)
- **Redet freundlich und bestimmt:** Lasst eure Gegenüber ausreden und führt dann wieder freundlich und bestimmt auf eure Position zurück.
- **Zeigt eure Titel, Erfahrungen, Verbündete*n:** Leider helfen Titel und Professionalisierungen dabei, ernster genommen zu werden. Wenn ihr sie habt, nutzt sie also.
- **Bleibt dran:** Es klappt leider nicht immer beim ersten Mal. Manche Dinge brauchen Zeit.

3. KOOPERIEREN

Mit dem gefundenen Kontakt geht die Arbeit erst los. Das solltet ihr dabei beachten:

Bürokratie – Mit der Behäbigkeit bewusst umgehen

Es ist immer nützlich, die Geschwindigkeit, Rhythmen und Abläufe innerhalb der Behörde zu kennen und darauf einzugehen. Plant realistische Zeiträume ein und geht so früh wie möglich auf Behörden zu.

Beachtet: Falls ihr den Verdacht habt, dass ihr absichtlich ignoriert werdet: Fragt nach, ruft an, bis ihr eine Antwort bekommt. Seid hartnäckig.

Arbeitet mit den Hierarchien

Seid euch der Hierarchien in Behörden, Politik, Institutionen bewusst, lernt die offiziellen Wege kennen. Bestimmt auch unter euch klare Ansprechspersonen, die den Kontakt halten und die Informationen und Entscheidungen in die Gruppe zurück tragen können.

Baut gute persönliche Kontakte auf

Behörden, Politik, Institutionen bestehen immer aus einzelnen Menschen, die die Positionen ausfüllen. Und je nachdem, wie die Personen drauf sind, kann eure Kooperation runder oder eben konfliktgeladener ablaufen.

Beachtet: Eine Verwaltung(sperson), die nicht wie gewünscht mit euch kooperiert, muss nicht per se gegen euer Vorhaben sein. Häufige Gründe für Zurückhaltung können sein: die Angst vor Unbekanntem, Sachzwänge, fehlende Rückendeckung von Vorgesetzten, die Angst davor ein Risiko einzugehen oder fehlende personelle Ressourcen.

Mündlich vs. schriftlich

Entwickelt eine gute Balance zwischen mündlicher und schriftlicher Kommunikation.

Mündlich ist es oft leichter, an Informationen und Aussagen zu kommen. Weil eure Ansprechpersonen darauf nicht festgenagelt werden können, sind sie eher bereit, etwas weiterzugeben. Wenn euch etwas wichtig ist, ruft also direkt an.

Schriftlich ist verlässlicher, aber das bekommt ihr nicht immer. Manche Dinge wollt ihr vielleicht auch gar nicht schriftlich haben – zum Beispiel wenn ihr noch keine Versprechungen darüber machen wollt, was ihr am Ende eigentlich umsetzt.

Tipp: Wenn ihr auf etwas Schriftliches angewiesen seid, schreibt nach mündlichen Gesprächen proaktiv ein Ergebnisprotokoll und versendet es an die Gesprächspartner* innen. Weist (freundlich) darauf hin, dass Änderungsvorschläge gerne bis Zeitpunkt X (nicht zu lange!) angenommen werden und ab diesem Zeitpunkt die besprochenen Punkte als verbindlich angesehen werden.

4. WAS TUN, WENN KOOPERATION KEINE OPTION IST ODER NICHT FUNTIONIERT?

Es gibt viele gute Gründe, die **breite Öffentlichkeit für ein Anliegen einzubeziehen oder zu mobilisieren**. Manchmal kommt ihr so schneller voran oder könnt nur damit überhaupt erst eine Veränderung bewirken. Manchmal habt ihr euch für euer Anliegen auf zahlreichen Wegen eingesetzt und seid damit bei relevanten Entscheidungsträger*innen aufgelaufen. Oder ihr habt großen zeitlichen Druck. Oder die Politik braucht Unterstützung in Form von öffentlichem Druck. Oder ...

Wichtige Mittel, um Druck zu machen

- **Sichtbarkeit:** durch Interventionen, Veranstaltungen, Proteste usw.
- **Medienpräsenz:** Wenn über euch geschrieben und gesprochen wird, könnt ihr nicht so einfach ignoriert werden und potenzielle Unterstützer* innen erfahren von euch.
- **Rückhalt im Quartier oder der breiten Bevölkerung:** Das ist viel Arbeit, bringt euch aber auch viel, wenn es euch gelingt. Kontaktiert zum Beispiel die lokale Quartierarbeit/das Quartiersmanagement, sammelt Unterschriften, organisiert einen „Tag der offenen Tür“ oder ein offenes Plenum, zeigt , warum das Vorhaben die Interessen Vieler verfolgt.
- **Verbündete:** Vernetzt euch mit anderen Kollektiven, Menschen aus Institutionen, Politiker*innen, “Celebrities”, NGOs usw.
- **Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit:** Erstellt einfache und klar verständliche Kommunikationsmittel, die eure Vision oder Forderungen aufzeigen.

Überlegt euch strategisch, wann und wie ihr zu diesen Mitteln greift, damit ihr nicht unnötig wertvolles Vertrauen verspielt und Kooperationen erschwert.

▸ **Der Verein Urban Equipe** testet Taktiken und fördert Wissensaustausch rund um das Thema Mitwirkung in der Stadtentwicklung.

▸ **Das Handbuch ORGANISIERT EUCH!** wurde von der Urban Equipe und dem Kollektiv Raumstation erarbeitet und herausgegeben. Gratis Download unter ▹ organisiert-euch.org

▸ **Kontakt:** handbuch@organisiert-euch.org oder anna@urban-equipe.ch

REZENSIONEN

KONFLIKTE GESTALTEN

Widersprüche aushalten für eine demokratische Architektur und Stadtplanung

FLORIAN HEINKEL

Es gibt eine neoliberale Kampagne gegen Städte als Orte der Mitbestimmung und Teilhabe. Diese Agenda stellt sich als alternativlos gegenüber einer gemeinwohlorientierten Entwicklung dar. Neoliberale Politiker*innen oder private Investor*innen geben vor, dass keine Ressourcen zur Verfügung stehen für Wohnen, öffentlichen Raum und demokratische Gestaltung.

In ihrem Buch „Stadtkonflikte" skizziert Gabu Heindl eine Alternative. Dazu interpretiert sie das neoliberale Planungsinstrument der Public-Private-Partnerships neu. Die Abkürzung PPP, die für den Ausverkauf von städtischem Grund und Boden steht, wird hier zu Politik, Planung und Popular Agency umgedeutet. Gleichzeitig kann dieser Dreiklang als Metapher von Gabu Heindls Sicht auf den städtischen Raum und Stadtplanung verstanden werden. Für sie geht es in einer gerechteren Stadt und den Weg dahin nicht nur um Eigentumsverhältnisse, sondern auch darum, wie alltägliche Machtbeziehungen gestaltet sind. Damit schafft sie eine wunderbare Streitschrift für Planer*innen, um Möglichkeitsräume für eine demokratische Aushandlung von Stadt im Neolibralismus zu eröffnen.

Gabu Heindl ist praktizierende, lehrende, publizierende und aktivistische Architektin aus Österreich und bringt ihre Erfahrungen in diesem Buch ein. Sie schreibt nah an den Konflikten um Raum und verbindet theoretische und praktische Auseinandersetzungen mit Stadtplanung. Dazu reflektiert sie historische Planungskonzepte Wiens, analysiert aktivistische Praxen und verwendet die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse als Rahmen für eine demokratische Perspektive von Architektur und Planung.

Entlang der Leitthemen Politik, Planung und Popular Agency zeichnet sie eine Skizze für eine kapitalismuskritische Stadtplanung. Sie fordert, dass Architekt*innen und Planer*innen Haltung beziehen: Eine Haltung, die darauf beruht, die neoliberalen Elemente in der Planung zu kennen und zu verstehen und sich der Verantwortung bewusst zu sein, dass Stadtplanung eben politisch ist. Gerade in Zeiten zunehmenden Rechtsrucks in Staat und Öffentlichkeit ist Planung auch Teil des hegemonialen Kampfes um die Zukunft der Gesellschaft.

Es geht darum, als Stadtplaner*in Spannungen auszuhalten und Widersprüche anzuerkennen, um eine eigene, kritische Haltung zu entwickeln. Genau das macht Heindls Buch – aus der Perspektive eines*r Stadtplaner*in – zu einer klaren Botschaft an eine radikal demokratische Agenda: Keine reaktive, sondern proaktive Planung, Vertreten von Betroffenen statt nur deren Anliegen mitdenken, CareCity statt neoliberaler Stadt.

Dazu schaut Heindl in die Vergangenheit und setzt sich kritisch mit dem sogenannten »Roten Wien« der Zwischenkriegszeit des vergangenen Jahrhunderts, mit seiner Umverteilungs- und Wohnungsbaupolitik auseinander. Von damals kann man lernen: Luxussteuern und die Steuerhoheit haben umfangreiche Sozial- und Wohnungsbauprogramme ermöglicht. Für Heindl liegen die Erfolge des Roten Wiens in dem Versuch, die politische Hegemonie zu erlangen, und nicht nur darin, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Stattdessen wurden öffentliche Gebäude präsent in der Stadt platziert, oder ein umfangreiches Sozialprogramm durchgeführt, um Einfluss auf alltägliche Machstrukturen auszuüben. Heindl verbindet das mit dem Anspruch aktueller stadtpolitischer Bewegungen. Sie zeigt nicht nur Utopien auf, sondern stellt wichtige Siege in der Erzählung um eine gerechtere Stadt dar – etwa, wenn sie von Solidarity Cities schreibt.

In ihrem zweiten Kapitel analysiert sie die derzeitige Stadtplanung und ihre Möglichkeiten im Neoliberalismus. Hier kritisiert Heindl zum Beispiel die Diskussion um die Ideologiefreiheit der Planung, die selber zur ideologischen Debatte wird, indem sie letztendlich eine Entpolitisierung der Stadtentwicklung fordert.

Das dritte Kapitel „Popular Agency" dreht sich um Heindls aktivistische Erfahrungen. Sie beschreibt aus ihrer eigenen Praxis, wie eine Umgestaltung des Donau-Ufers mit einem Plan durch eine Bottom Up-Initiative vor einer Kommerzialisierung verschont wurde. Aktivist*innen nutzen die von ihr als Architektin erarbeiteten Pläne um ihre eigenen Forderungen zu unterstützen.

Gabu Heindl verknüpft linke Theorie und Praxis. Das gelingt ihr gut, weil die Architektin über ihre eigenen Erfahrungen schreibt und ihre Arbeit in ihrem Buch stringent darstellt. Für Stadtmacher*innen bietet es die ideale Möglichkeit, eigenes Handeln zu hinterfragen und neue Perspektiven für radikale Architektur und Stadtplanung zu entdecken. Und zu guter Letzt macht sie auch Hoffnung: Denn in der Auseinandersetzung mit dem Konflikt sieht sie die Möglichkeiten, zu gestalten.

▸ **Gabu Heindl, Stadtkonflikte – Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung**, mandelbaum verlag, 20 Euro, 270 Seiten

▸ **Florian Heinkel** ist Teil der Común Redaktion

QUEERFEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN IN FERNEN GALAXIEN

Wie Science Fiktion unseren emanzipatorischen Forderungen eine Architektur zur Verfügung stellt

REBECCA SIRSCH

Abwehrkämpfe zu führen, gehört für viele Aktivist*innen zum politischen Alltag. Häufig fällt es dann schwer, Utopien zu entwerfen. Besonders, wenn es um emanzipatorische und queere Räume und Gesellschaftskonzepte geht, sind die Anpassungsprozesse oft behäbig. Die meisten Städte werden immer noch von weißen privilegierten Männern für weiße privilegierte Männer geplant. Pluralistische Lebensentwürfe jenseits der heteronormativen Kleinfamilie müssen erkämpft werden. Entwürfe von gesellschaftlichen Utopien, in denen unterschiedlichste Lebenskonzepte Anerkennung finden, in denen Reproduktionsarbeit solidarisch aufgeteilt wird und in denen alle Menschen an den Infrastrukturen gleichermaßen teilhaben können, gibt es in Einzelfällen – doch eine gesamtgesellschaftliche Einbettung ist selten zu finden.

Hier bietet sich ein Blick in die Welt der Science Fiction an. Denn was ist geeigneter, um stadtpolitische und queerfeministische Utopien kennenzulernen, als eine Reise mit Raumschiffen in Städte und ferne Galaxien, in denen es Gesellschaften gibt, die jenseits gängiger Vorstellungen und Herrschaftsverhältnisse liegen? In der Wayfarer-Trilogie von Becky Chambers finden wir diese Räume.

In ihrem ersten Roman „Der lange Weg zu einem kleinen zornigen Planeten" gehen wir mit der jungen Rosemary Harper auf eine Reise. Der Fokus liegt dabei darauf, wie das Zusammenleben in einer diversen Community funktioniert. Die Crew besteht aus einer interspeziären Mischung. Der Mechaniker Jenks, der in Lovelace, den Computer, des Schiffes verliebt ist, Dr. Koch, der Koch der Crew, der Mutter und Vater gleichzeitig sein kann, weil Geschlechter bei dieser Spezies fluide sind, Sissix, die freundliche, reptilähnliche, polyamore Pilotin, und einige andere spannende Charaktere begleiten uns durch das Abenteuer. Mit ihnen besuchen wir ferne Planeten und lernen eine ganze Menge über den Alltag an weit entfernten Orten.

Im zweiten Roman „Zwischen den Sternen" begleiten wir Lovelace, die KI aus dem ersten Roman. Ihr Systemausfall zwingt die Crew, ihren Geist in eine körperliche Hülle zu sperren und einen Neustart ihrer Systeme vorzunehmen. An nichts kann sie sich erinnern, doch Pepper, eine chaotische Technikerin, hilft ihr, sich in der neuen Welt zurecht zu finden. Zusammen mit den beiden gehen wir auf Exkursion durch High Tech-Städte auf unbekannten Planeten und staunen über die Vielfältigkeit sozialer Beziehungen.

Im bisher letzten Teil der Roman-Reihe, „Unter uns die Nacht", erleben wir den Alltag auf der Exodus-Flotte. Erzählt wird hier die Geschichte von fünf Menschen, die auf einem Raumschiff leben. Die Bewohner*innen haben sich viel einfallen lassen, um mit den begrenzten Ressourcen, die dort zur Verfügung stehen, umzugehen. Alle haben genug Nahrung, genug Wohnraum und alle haben den gleichen Anteil am Erhalt der Infrastruktur und Reproduktionsarbeit. Wir erfahren, wie eine Gesellschaft Wohnformen und Infrastrukturen schaffen kann, die solidarisch funktionieren.

Wer Lust darauf hat, den Entwurf von diversen Gesellschaften in unterschiedlichen Räumen zu erkunden, wird hier fündig. Beim Lesen kommt Lust auf, sich auch mit der Crew des Raumschiffes an den gemeinsamen Esstisch zu setzen und über Abenteuergeschichten des Alltags zu lachen, durch die Gänge der Raumschiffe zu schlendern und die selbstgehäkelten Gardinen an den Fenstern zum Weltall zu bewundern.

Gesellschaftliche Utopien, die in einer queerfeministischen Stadt ein Zuhause gefunden haben, sind zentral in den Büchern von Becky Chambers. Viele stadtpolitische Forderungen sind darin umgesetzt worden. Wir erfahren, wie eine solidarische Verteilung von Reproduktionsarbeit oder Infrastrukturen aussehen kann, oder wie Wohnformen umgesetzt werden können, die die Metamorphosen bis hin zu einer diversen Solidargemeinschaft durchlaufen haben und für Kleinfamilien geschaffene Strukturen hinter sich lassen. Es ist spannend, beim Lesen durch die Distrikte der Exodus zu flanieren und zu beobachten, wie die Pflege von Gärten, die Müllentsorgung oder sensible Aufgaben, etwa Beerdigungen, solidarisch organisiert werden. Hier finden wir an vielen Stellen bauliche und organisatorische Umsetzungen unserer Forderungen, für die es in der Realität noch zu wenige Blaupausen gibt. Deshalb ist die Trilogie eine Wohfühlreihe für alle, die sich auf Weg zu einer transgalaktischen Gesellschaft machen wollen.

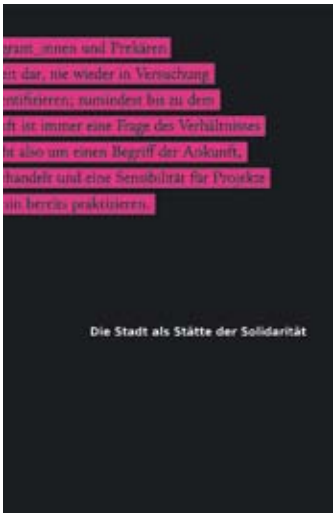
▸ **Becky Chambers Wayfarer-Trilogie**
▹ **Der lange Weg zu einem kleinen zornigen Planeten,** 2016, FISCHER Tor Verlag, 12,00 Euro, 544 Seiten
▹ **Zwischen zwei Sternen**, 2018 – FISCHER Tor Verlag, 9,99 Euro, 464 Seiten
▹ **Unter uns die Nacht**, 2019, FISCHER Tor Verlag, 9,99 Euro, 464 Seiten

▸ **Rebecca Sirsch** ist Aktivistin im Bochumer Netzwerk »Stadt für Alle«.

INFRASTRUKTUREN DER SOLIDARITÄT

Wie die Stadt in Auflehnung gegen den Nationalstaat ein Zufluchtsort für alle sein kann, zeigt der Band „Die Stadt als Stätte der Solidarität“

FRIEDERIKE ANDERS



Städtisches Leben ist von Ungleichheiten geprägt – während es für manche Menschen Wohnen in Szene-Vierteln bedeutet, besteht es für andere aus Kämpfen gegen steigende Mieten und Verdrängung. Für viele bedeutet städtisches Leben auch, rassistischer Diskriminierung ausgesetzt zu sein und Überwachungs- und Kontrollmechanismen der Staatsgewalt zu fürchten. Schließlich ist nach der Logik des Nationalstaats jede Leistung an den Besitz bestimmter Papiere geknüpft. Gibt es da überhaupt Handlungsspielräume auf lokaler Ebene? Wie können Städte Schauplätze eines solidarischen Miteinanders sein? Diese Fragen stellen die Herausgeber*innen Niki Kubaczek und Monika Mokre ihrem Band „Die Stadt als Stätte der Solidarität“ voran, in dem Bewegungen, Kämpfe, Diskussionen und Prozesse porträtiert werden, die davon zeugen, dass ein anderes Verständnis von Städten möglich ist.

In zwölf Kapiteln sprechen und schreiben Sozialwissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Künstler*innen über die Stadt als Ort, an dem ein solidarisches, nachbarschaftliches Miteinander im Widerstand gegen Politiken der Unterdrückung und Diskriminierung möglich sein kann. Zentral ist dabei ein Grundverständnis von Migrationsprozessen als Norm – in Abgrenzung zu Migrationsdiskursen in Europa, in denen Sesshaftigkeit als Norm und Migration demgegenüber als Abweichung, als Ausnahme, verstanden wird. Diesem Verständnis zufolge wird die Stadt als Knotenpunkt von Migration und als Zufluchtsort betrachtet. Im Zentrum steht die Frage, wie solidarisches Handeln, das Streben nach gleichen Bedingungen und Chancen angesichts ungleicher Ausgangssituationen, aussehen kann. Die Herausgeber*innen beschreiben die Suche nach einem „Begriff der Solidarität unter Nicht-Gleichen, der den Grammatiken des Paternalismus entkommen und Verhältnisse der Reziprozität wie der Gleichheit unter Nicht-Gleichen herstellen will“ (20). Es geht darum, zu verhindern, dass eurozentrische Narrative des humanitären Engagements reproduziert werden, wodurch Migrant*innen auf einen Status als Opfer und passiver*m Empfänger*in von Hilfeleistungen reduziert werden.

Diesen Aspekt arbeitet beispielsweise der Humangeograph Tahir Zaman in seinem Beitrag heraus, indem er das islamisch-traditionelle Konzept von Nachbarschaft, von „jiwār“, vorstellt. Der Tradition zufolge werden die Kategorien Gastgeber*in und Gast bei der Aufnahme von Fremden in ein gegenseitiges Verständnis als Nachbar*innen oder auch Verwandte transformiert. Damit steht dieses Konzept in einem deutlichen Gegensatz zur in Europa vorherrschenden Perspektive auf Migration, die auf der Dichotomie Aufnehmende/Ankommende basiert. Zaman verdeutlicht, wie solche nachbarschaftlichen Praktiken von europäischen Aktivist*innen oft in ihrer Bedeutung nicht verstanden würden: Er beschreibt, wie Geflüchtete in Athen ein solches islamisches Verständnis von Nachbarschaft praktizieren, indem sie Essen zubereiten und in ihrer Nachbarschaft verteilen. Viele Aktivist*innen würden dies lediglich als Ausdruck von Dankbarkeit verstehen und nicht als eine tatsächlich reziproke Solidarität. Er schreibt: „Indem Geflüchtete mit ihren neuen Nachbar*innen Lebensmittel teilen, also das, was sie nach weithin geteilter Auffassung am meisten benötigen, stören sie das Narrativ humanitärer Arbeit“ (79).

Um eine Form geteilter Solidarität, die sich von „paternalistischen Formen der Unterstützung ‚weißer Helfer*innen‘ gegenüber ‚passiven (migrantischen) Empfänger*innen‘ unterscheidet“ (236), geht es auch im Beitrag der Soziologin Sarah Schilliger über Racial Profiling in Zürich. Dabei stellt sie das Konzept der „Infrastruktur der Solidarität“ vor. Hierbei wird die Bedeutung politischer Praktiken betont, durch die ein gemeinsamer Raum geschaffen wird, in dem Erfahrungen der Anerkennung, der Gemeinschaft und tatsächlich gegenseitiger Fürsorge gemacht werden könnten. Solche „Infrastrukturen der Solidarität“ sieht sie als Grundlage dafür, dass jene ihre Stimme erheben und handlungsfähig sein können, denen vom hegemonialen politischen Diskurs kein Subjektstatus zugesprochen wird. Dies setzt jedoch auch das Vorhandensein von „safe spaces“ im physischen Sinne voraus.

„Die Stadt als Stätte der Solidarität“ umfasst äußerst vielfältige Beiträge, die sich mit der Frage nach lokalen Handlungsspielräumen befassen. Eine Besonderheit des Sammelbands liegt dabei jedoch auch in seiner formalen Vielfältigkeit: Es gibt Essays, Interviews, Berichte und Gespräche, was der Lektüre einen abwechslungsreichen und lebendigen Charakter verleiht. Dabei nähert sich der Band der Titel gebenden Thematik sehr unterschiedlich an, so dass das entstehende Bild keineswegs in sich rund und schlüssig ist. Die fragmentarisch anmutende Gestaltung des Buchs fügt sich jedoch umso schlüssiger in die Komplexität und Vielfältigkeit des behandelten Themas selbst ein. Denn wenn verhindert werden soll, dass die Stadt als Stätte der Solidarität nichts weiter ist als eine Phrase, kann eine Betrachtung von Städten, in denen es ein nachbarschaftliches und solidarisches Zusammenleben gibt, wohl kaum anders sein als komplex, uneindeutig und vielfältig.

▸ Das Buch „**Die Stadt als Stätte der Solidarität**“ ist im Februar 2021 bei transversal texts erschienen. Es ist dort auf der Internetseite zum Download verfügbar (▹ transversal.at) und im Buchhandel für 15 € zu erwerben.

▸ **Friederike Anders** studiert in Freiburg Geographie, Politikwissenschaft und Soziologie befasst sich im Rahmen der Bachelorarbeit mit Solidarity City Bewegungen.

IMPRESSUM

COMÚN – MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

3. Jahrgang / 2021 / Ausgabe Nr. 5 / Mai 2021

Redaktion: redaktion@comun-magazin.org
Website: comun-magazin.org

Einzelpreis: 7 EUR

Herausgeber
Urbane Intervention e.V.
c/o Botopia / Griesenbruchstraße 9 / 44793 Bochum

V.i.S.d.P.: Kristin Schwierz (Adresse wie oben)

Redaktion: Chri Gutsmiedl, Florian Heinkel, Janika Kuge, Kathi King, Rainer Midlaszewski, Kristin Schwierz

Korrektorat: Alexandra Brundiers, Elsabeth Gutsmiedl, Julian Krings, Jay Pee, Fee Sander, Johanna Tönsing

Satz und Gestaltung: Rainer Midlaszewski

Autor*innen/Beitragende: Friederike Anders, Antifaschistische Initiative Löbtau (A.I.L.), coopdisco, Eine Stadt für alle! (FFM), Florian Heinkel, Lina Hurlin, Kathi King, Klapperfeldplenum, Janika Kuge, Felicitas Kübler, Till Maass, Philip Mallmann, Rainer Midlaszewski, Paolo Migone, Mario Neumann, Potsdam Stadt für alle, Kristin Schwierz, Rebecca Sirsch, Recht auf Stadt Aachen, Recht auf Stadt Freiburg, Linda Lou Schädlich, Stadt von Unten Berlin, St. Paul Code Jetzt!, Hannes Strobel, Werner Szybalski, Urban Equipe, Christian Wagemann, Lisa Vollmer

Interviewpartner*innen: Peter Hoffmann, Daniel Poštrak, Nadja Rakowitz, Gesine Schütt, Spike, Amy Stelly,

Illustrationen: Lotta Bauer, Sandra Bach & Katharina Scholz (sandruschka – Raum für Gestaltung), Lena-Marie Fisch, Carolin Schuster, Rainer Midlaszewski, Eva-Charlotte Vonhof

Fotostrecken: Fatih Kurceren, Philip Mallmann

Fotos: Antifaschistische Initiative Löbtau, Roberta Burghardt, Dörte Boxberg/Herkesin Meydanı, Freddie Collins @Unsplash, Edward Howell @Unsplash, Siraj Izhar, LEG Mieter*innenin-itiative, Sebastian Linke Photography, Mietshäuser Syndikat, Museo della Resistenza Europea, Walid Rashid/medico international, Recht auf Stadt Aachen, Amy Stelly, Studie Ulf Aminde, Ellen Trenn, Frank Vincentz

Druck: Klimaneutral gedruckt von S+G Druck GmbH & Co. KG auf Enviro Top (100% Recyclingpapier, CO2 neutral hergestellt)

Alle Inhalte sind, soweit nicht anders angegeben, lizenziert unter CC-BY-SA-NC 4.0

Kontoverbindung (auch für Spenden): Urbane Intervention e.V.
IBAN: **DE89 4306 0967 1108 2700 00** (GLS Bank)

sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung

Alle Beiträge online & open access auf:
http://www.zeitschrift-suburban.de

https://twitter.com/sub___urban

www.facebook.com/zeitschriftsuburban

Themenschwerpunkt *Digital war besser*
Band 9, Heft 1/2, 2021 jetzt online!

Die nächsten Ausgaben:

Stadt und Kindheit
Herbst 2021

Verortungen, Entortungen. Jubiläumsheft 10 Jahre sub\urban
Frühjahr 2022

„dérive forscht mit der Stadt und nicht über sie."

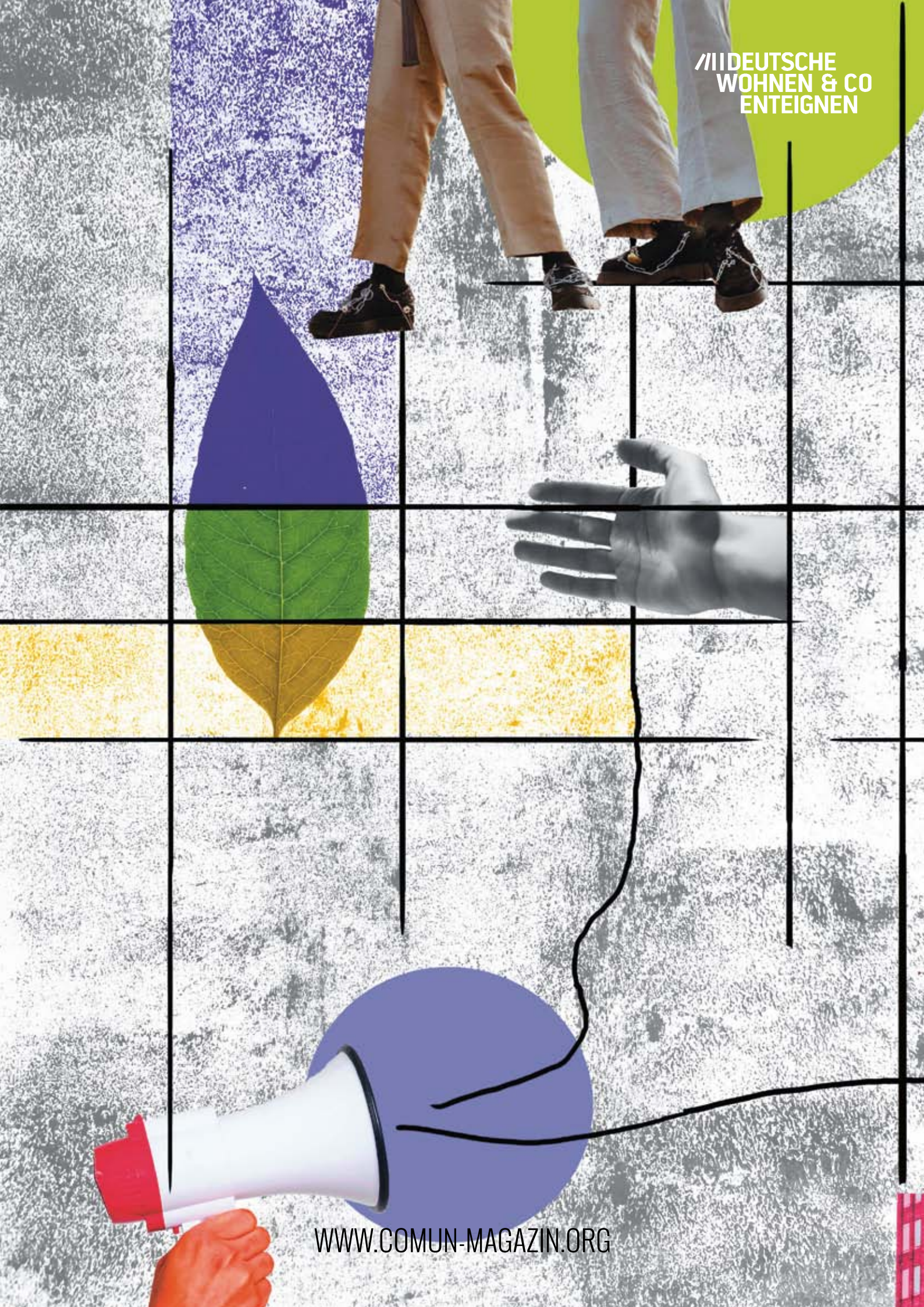
Angelika Fitz
Direktorin des Architekturzentrum Wien

Aktuelle Schwerpunkthefte:
Demokratische Räume, Pandemie, Protest
68 Seiten, 9 Euro
Buchhandel:
Buchladen zur schwankenden Weltkugel,
Bücherbogen am Savignyplatz,
pro qm, Karl Krämer,
Sautter & Lackmann,
Gudberg Nerger,
Walther Koenig.

Jetzt bestellen!
gratis
Probeheft
https://bit.ly/Probeheft

dérive
Zeitschrift für Stadtforschung

www.derive.at


DEUTSCHE
WOHNEN & CO
ENTEIGNEN
WWW.COMUN-MAGAZIN.ORG